

# DER KAMPF

Jahrgang 4

1. August 1911

11. Heft

## Karl Kautsky: Eine Frage

Wie jeder Wahlkampf, wie überhaupt jeder Kampf des Proletariats Oesterreichs, hat auch der jüngste helle Begeisterung in der gesamten Internationale entfacht. Unter den ungünstigsten Umständen haben sich die österreichischen Genossen aufs mannhafteste geschlagen und den Feind zurückgedrängt, der gehofft hatte, uns zerschmettern zu können.

Aber über den glänzenden Seiten, die unseren Jubel erregen, darf man die Schattenseiten nicht vergessen, die in den letzten Wochen zutage traten und die wohl geeignet sind, unsere ernstesten Besorgnisse wachzurufen. Während des Wahlkampfes mussten wir das Schauspiel erleben, dass sozialdemokratische Kandidaten gegen sozialdemokratische Kandidaten im Felde standen. Und jetzt, nach errungenem Siege, findet man, dass die Zusammenfassung der nationalen Klubs der sozialdemokratischen Abgeordneten in einen gemeinsamen Verband, wie er bisher bestand, nicht mehr zweckentsprechend und durchführbar sei.

Das deutet darauf hin, dass der Separatismus, wie das in der Natur der Dinge liegt, vom gewerkschaftlichen Gebiet auf das politische überspringt, und, nachdem man ihn auf ersterem hat erstarren lassen, nun dazu übergeht, auch das letztere zu beherrschen und die einheitliche Organisation der Sozialdemokratie Oesterreichs aufzulösen.

Das ist nun keineswegs überraschend und war vor auszusehen. Was aber überraschend, ja unerklärlich erscheint — wenigstens für den Beobachter ausserhalb Oesterreichs — das ist die Tatsache, dass dieser Auflösungsprozess sich so still und ohne jegliche Erregung vollzieht. Wenigstens ist an der Oberfläche der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs, soweit sie der Schreiber dieser Zeilen übersieht, nicht viel davon zu merken.

Wenn anderswo, etwa in Deutschland, so bedrohliche Anzeichen auftauchten, wäre die ganze Parteipresse davon erfüllt, sie würden aufs lebhafteste überall diskutiert, wo Parteigenossen zusammenkommen; die Massen würden aufs tiefste aufgewühlt und ein Massenwille träte zutage, der sich mit zwingender Macht Geltung verschaffte und jeglicher Eigenbrödelei ein Ende machte. Das Organ, dem überwältigenden Willen der Gesamtpartei Geltung zu verschaffen, ist der Gesamtparteitag.

Gesamtparteitage sind eine unerlässliche Notwendigkeit für jede kämpfende sozialdemokratische Partei, soll sie ein lebenskräftiger Organismus bleiben. Sie kämpft um die Macht im Staate, um die Eroberung der Macht des heutigen Staates. Diesem mit seinen zentralisierten Machtmitteln, seiner Bureaukratie, seiner Armee, ist das Proletariat nur gewachsen, wenn es auch seinerseits alle seine Machtmittel in einen gewaltigen einheitlichen Körper zusammenfasst, der alle seine Kräfte vereinigt, über die es im gesamten Staate verfügt. Mögen sprachliche Schwierigkeiten in einem Nationalitätenstaat dazu zwingen, dass diese Kräfte sich zu propagandistischen Zwecken national gruppieren, zur Aktion, zum Kampf müssen sie einen einzigen Körper bilden, wenn sie imstande sein sollen, ihren historischen Aufgaben zu genügen.

Die Bourgeoisie darf sich den Luxus erlauben, sich national, wie in Oesterreich, oder konfessionell, wie in Deutschland, zu zersplittern. Ihre ökonomischen Lebensinteressen, die Grundlagen der Ausbeutung, werden doch vom Staate gewahrt. Das Proletariat dagegen verliert durch konfessionelle oder nationale Zersplitterung die Kraft, seine primitivsten Lebensinteressen zu wahren, denn es stösst immer wieder auf die



geschlossene Macht des Staates, der die Kräfte des Ausbeutertums aller Nationen und Konfessionen zusammenfasst, auch dort, wo sich nationale oder konfessionelle bürgerliche Parteien innerhalb des Staates bekämpfen.

Überall sind aber im Proletariat Faktoren tätig, die zentrifugal wirken. Das gilt auch in Staaten, die aus einer einzigen Nation bestehen. Selbst dort gibt es immer einzelne Landesteile oder Volksschichten, die eigenartige Verhältnisse aufweisen und daher eine besondere Politik wünschen, die sich durch den Rahmen des Gesamtorganismus beengt fühlen und nach „Meinungsfreiheit“ verlangen, wie das Schlagwort lautet. Wir in Deutschland haben gegen partikularistische, unsere Genossen in Frankreich gegen anarchistische Tendenzen zu kämpfen. Diese würden bald übermächtig werden und die Partei in ein loses Bündel autonomer Gruppen auflösen, wenn nicht die Gesamtparteitage wären, die jahraus, jahrein stattfinden, dem Proletariat wie unseren Gegnern das Bestehen des Gesamtorganismus sinnfällig demonstrieren und den Sondertendenzen den Willen der Gesamtmassen zur Einheit aufzwingen, wobei sie diesen Willen zur Einheit selbst immer kraftvoller und bewusster gestalten.

Man sollte meinen, Gesamtparteitage, die sich regelmässig alle Jahre oder längstens alle zwei Jahre wiederholen, wären nirgends eine dringendere Notwendigkeit als in Oesterreich mit seinen grossen sprachlichen Schwierigkeiten und starken zentrifugalen Tendenzen. Aber merkwürdig, gerade unsere österreichischen Genossen haben die Institution der Gesamtparteitage ausser Kraft gesetzt, und zwar gerade von der Zeit an ausser Kraft gesetzt, wo sie notwendiger wurden als je, wo die Anfänge des Separatismus zu keimen begannen.

Das ist eine der vielen Unbegreiflichkeiten Oesterreichs, die man im Ausland nicht versteht. Gewiss werden unsere österreichischen Genossen ihre triftigen Gründe haben, wenn sie auf das kraftvollste Mittel der Erhaltung der Parteieinheit verzichten. Aber die Frage wurde von ihnen noch nie öffentlich behandelt — wenigstens nicht, soweit meine Erinnerung reicht. Und doch wäre es für das Verständnis der Politik der österreichischen Sozialdemokratie von grösster Wichtigkeit, jene Gründe kennen zu lernen; ja ich meine, nicht nur die Parteigenossen des Auslandes, sondern auch viele Genossen Oesterreichs selbst werden das Bedürfnis haben, zu erfahren, warum die wichtigste Institution des Parteilebens aller sozialdemokratischen Parteien gerade für sie aufgehoben ist.

Freilich muss man davor bangen, eine ausreichende Antwort zu erhalten. Denn wäre es wirklich unmöglich, einen Gesamtparteitag einzuberufen, so hiesse das nichts anderes, als dass die Sozialdemokratie Oesterreichs als Gesamtpartei aufgehört hat zu existieren, dass es nur noch nationale und lokale Gruppen von Sozialdemokraten in Oesterreich gibt.

Aber selbst wenn diese trostlose Perspektive uns winken sollte, erschiene mir der Versuch, einen Gesamtparteitag einzuberufen, immer noch am Platze. Der Elan der Massen hat manches zuwege gebracht, woran die Führer im stillen Kämmerlein zweifelten, und wenn die Massen der Sozialdemokraten erfahren, dass die Einheit der Partei auf dem Spiele steht, dann ist es sehr leicht möglich, dass ihr Einheitsbedürfnis gewaltig ersteht und alle Sonderbündelei einzelner Gruppen über den Haufen wirft.

Sollte das aber nicht eintreten, sollte der Separatismus einzelner Gruppen schon so tief gewurzelt sein, dass der Versuch eines Gesamtparteitages nichts anderes bedeutete als eine Sprengung des jetzigen Rahmens der Partei, so wäre eine solche offene Konstatierung der Dinge, die sind, immer noch erspriesslicher als das stille Fortwuchern des Auflösungsprozesses, der eines schönen Tages doch zu einer Katastrophe führen muss, die um so verheerender wirkt, je überraschender sie für die Fernstehenden kommt.

Es ist unerlässlich, den Massen des Proletariats Oesterreichs zum Bewusstsein zu bringen, dass eine Gesamtpartei notwendig ist. Dieses Bewusstsein ist völlig verloren gegangen. Seit Jahren agiert auf der politischen Bühne Oesterreichs nur eine deutsche, eine tschechische, eine polnische, eine italienische Sozialdemokratie, aber keine sozialdemokratische Organisation, die den ganzen Staat umfasst. Ein Versuch, diese Organisation neu zu beleben, mag zunächst dahin führen, dass autonome Gruppen von Sozialdemokraten ihr offene Feindschaft ansagen. Aber die Feindseligkeit dieser Gruppen



wird dadurch nicht erst erzeugt werden, sie besteht heute schon. Und es ist leichter, einen offenen Feind zu bekämpfen als einen stillen, der auf die Rechte eines Freundes Anspruch macht. Das schlimmste, was dem Versuch eines Gesamtparteitages passieren könnte, wäre, dass er zunächst insofern scheiterte, als es ihm nicht gelänge, alle Gruppen von Sozialdemokraten dahin zu bringen, ihn als oberste Instanz anzuerkennen. Auch dieses Resultat ist keineswegs von vornherein unausbleiblich. Aber selbst wenn es eintrete, so müsste doch von der Einberufung des Gesamtparteitages ein neuer starker Anstoss zur Einheit ausgehen, ein Gesamtkörper würde wieder geschaffen, der, mag er anfangs auch nicht alle Teile des kämpfenden Proletariats umfassen, sie schliesslich doch wieder alle anziehen kann und muss.

Je länger man mit dem Gesamtparteitag wartet, um so schwieriger die Wiederbelebung der Gesamtpartei.

Das alles haben sich jedenfalls die leitenden Genossen in Oesterreich auch schon gesagt. Um so wünschenswerter aber ist es, ihre Antwort zu erfahren auf die Frage:

Warum verzichtet trotz alledem die Sozialdemokratie Oesterreichs auf ihre Gesamtparteitage?

\* \* \*

Vorliegende Ausführungen wurden unmittelbar nach den Wahlen geschrieben, gelangten aber zu spät in die Hände der Redaktion des „Kampf“, so dass sie nicht mehr im Juliheft erscheinen konnten.

In demselben Heft beschäftigte sich Freund Bauer mit dem gleichen Gegenstand in dem Artikel „Zu neuen Formen“. Aber die Antwort auf die Frage, die ich hier stelle, finde ich dort nicht. Bauer erklärt die Gesamtpartei der Sozialdemokratie Oesterreichs für tot. Sie sei abgestorben, ein Gesamtparteitag kaum noch einzuberufen, da das Organisationsstatut auf den nicht mehr bestehenden Wahlkreisen der fünften Kurie beruhe. Die Gesamtpartei sei notwendig, müsse aber auf neuer Grundlage in neuen Formen geschaffen werden. Dazu sei erforderlich die Beendigung des Gewerkschaftsstreites, was am ehesten zu erreichen wäre dadurch, dass man den Separatismus für die tschechischen Gebiete Böhmens und Mährens anerkenne. Sei man dadurch zu einem Frieden im Gewerkschaftskonflikt gekommen, dann würde die Wiederherstellung der Gesamtpartei auf keine unüberwindlichen Schwierigkeiten mehr stossen.

Ich bedaure, mich diesen Ausführungen nicht anschliessen zu können. Man sollte annehmen, wenn die Eroberung des gleichen Wahlrechtes eine Aenderung des Organisationsstatuts notwendig macht, so wäre das ein Grund mehr gewesen, einen Gesamtparteitag einzuberufen. Dass dies versäumt wurde, mag heute wohl eine Schwierigkeit bilden, aber doch kein unüberwindliches Hindernis, sonst müsste man ja auf die Wiederherstellung der Gesamtpartei für immer verzichten.

Das will aber Bauer selbst nicht. Er will bloss die Einberufung des Gesamtparteitages hinausgeschoben wissen, bis der Gewerkschaftskonflikt erledigt ist, was durch Anerkennung des Separatismus innerhalb bestimmter Grenzen erreicht werden solle. Das heisst, nachdem man den Separatismus als einen verderblichen Krebschaden bekämpft hat, soll man ihn anerkennen — warum? Weil die Wahlen gezeigt haben, dass er stärker ist als man glaubte. Aber darf das ein Grund sein, sich vor dem Separatismus zu beugen? Für einen Sozialdemokraten kann es nur zwei Gründe geben, den Kampf gegen eine Einrichtung, die er für schädlich hält, aufzugeben: Entweder er wird davon überzeugt, dass seine Anschauung eine irrtümliche war, oder er gerät in die Minorität, die Mehrheit entscheidet gegen ihn und er fügt sich dem Beschluss, wenn er ihn auch für falsch hält.

Weder das eine noch das andere trifft hier zu. Nicht das geringste Moment ist aufgetreten, das unsere Ueberzeugung von der Schädlichkeit des Separatismus erschüttern könnte. Und weit entfernt, die Mehrheit zu bilden, wurde er von der gesamten Internationale einmütig verurteilt, und bildet er selbst innerhalb des Proletariats Oesterreichs nur eine Minderheit. Wohl hat er sich stärker erwiesen als man glaubte. Aber wenn mein Gegner grössere Kräfte entwickelt, als ich erwartete, kann das kein Grund sein, mit ihm Frieden zu schliessen, solange ich von der Schädlichkeit seiner Absichten



überzeugt bin, sondern nur ein Grund, ihm energischer entgegenzutreten und stärkere Machtmittel gegen ihn aufzuwenden als bisher.

Vergessen wir nie, dass der Separatismus nicht minder verderblich und verwerflich ist wie der Anarchismus. Ebenso wenig wie mit diesem dürfen wir mit jenem Frieden schliessen. Und wir könnten es auch gar nicht, selbst wenn wir es wollten. In der kapitalistischen Welt vermag kein sozialer Organismus zu gedeihen, der nicht beständig wächst. Auch die separatistischen Gewerkschaften werden ihrer Ausdehnung keine Schranken auferlegen lassen, sondern beständig trachten, auf Kosten der zentralistischen zu wachsen. Jedes Abkommen mit ihnen könnte nur ein fauler Friede sein, der neue, heftigere Reibungen und Kämpfe in seinem Schoss trüge.

Bauer selbst erwartet auch gar nicht, dass der gewerkschaftliche Friede bald hergestellt sein wird. Er rechnet damit, dass es noch „geraume Zeit“ brauchen wird, bis es dahin kommt. „In dieser Entwicklungsphase“, meint er, „sind die alten Formen der Gesamtpartei nicht mehr lebensfähig, während zur Schaffung neuer Formen die Zeit noch nicht gekommen ist.“

Mit anderen Worten, das kämpfende Proletariat Oesterreichs soll noch jahrelang darauf verzichten, sich jene Form der Organisation zu geben, in der allein es seine volle Leistungsfähigkeit entfalten kann.

Aber so lange darf es nicht warten. Es ist Gefahr im Verzug. Stets kommen innerhalb jeder Partei Differenzen vor, Meinungsverschiedenheiten, Unterschiede der Interessen, taktische Gegensätze u. s. w. Gerade in der jetzigen Situation ist für die Sozialdemokratie Oesterreichs die Luft dicht erfüllt mit Keimen solcher Differenzen. Gibt es keine höchste Instanz, die sie rechtzeitig beseitigt, dann wachsen sie, dann nehmen sie aber auch unter österreichischen Verhältnissen die Form nationaler Differenzen an. Bereits sind Stimmen laut geworden, die dem Nationalismus der tschechischen Separatisten einen Nationalismus der deutschen Sozialdemokraten entgegensetzen wollen. Ein kleiner Schritt noch und aus der nationalen Selbstherrlichkeit wird der nationale Kampf. Das wäre aber das Ende des sozialdemokratischen Denkens im Proletariat Oesterreichs. Wenn man heute konstatiert, die Gesamtpartei der Sozialdemokratie Oesterreichs sei tot, so wird man bald konstatieren können, dass die Sozialdemokratie Oesterreichs selbst tot und durch nationale Arbeiterparteien ersetzt ist.

Dieser Gefahr zu begegnen, gibt es nur ein Mittel: nicht die Anerkennung des Separatismus in Böhmen und Mähren, sondern die Agitation für die Wiederherstellung der Gesamtpartei, für die baldigste Einberufung eines Gesamtparteitages.

Wohl meint Bauer, dass „im ganzen Empfinden der Parteigenossen keine Gesamtpartei mehr lebt“, aber ich hoffe, er sieht da zu schwarz. Das Empfinden ist nicht tot, es schläft nur, oder vielmehr, es ist nur eingeschläfert. Aber es bedarf nur wieder einer Fanfare, um es zu kraftvollem Wirken wachzurufen.

Noch lebt die Geschichte der Gesamtpartei im Proletariat Oesterreichs fort, noch weiss es, dass alles, was es an Errungenschaften des Klassenkampfes sein Eigen nennt, in Partei wie in Gewerkschaften, durch seine Gesamtorganisationen errungen wurde. Noch muss die Masse der kämpfenden Proletarier Oesterreichs den Nationalismus als eine lähmende Beschränktheit, nicht als ein Element der Kraft empfinden. Die Lehren eines Menschenalters von Kämpfen und Siegen können nicht heute schon dadurch verwischt sein, dass die Organe der Gesamtpartei seit einigen Jahren ihr Funktionieren eingestellt haben. Ich bin überzeugt, es bedarf nur eines Anstosses, um den Zusammentritt eines Gesamtparteitages in den arbeitenden Massen als die Erlösung aus einer unhaltbaren Situation erkennen und das Verlangen danach machtvoll anschwellen zu lassen.

Möglich, dass es dabei zu inneren Kämpfen kommt. Aber wenn dem so ist, dann sind innere Kämpfe für die Sozialdemokratie Oesterreichs überhaupt nicht mehr zu vermeiden. Sie hat dann nur die Wahl, welche Art des Kampfes sie will: unfruchtbaren, verheerenden und degradierenden Kampf der Proletarier verschiedener Nationen untereinander, oder den läuternden, erhebenden Kampf um höhere Formen der Organisation.

Die Wahl kann kaum schwer fallen.



E. Burian (Brünn):

## Die gewerkschaftlichen Einheitsbestrebungen nach den Wahlen

### Das Prinzip des Zentralismus

Die Reichsratswahlen haben den Streit um die beste Form der gewerkschaftlichen Organisation und um die anderen umstrittenen Fragen der sozialdemokratischen Politik noch aktueller gestaltet. In Mähren und Schlesien hat sich die Spaltung der tschechischen Sozialdemokratie auch im Wahlkampf gezeigt, Böhmen hat das Schauspiel der Bekämpfung der deutschen Sozialdemokratie durch Kandidaten der tschechischen Partei gesehen, ja selbst in Wien haben sich einige traurige Erscheinungen bemerkbar gemacht. Die tschechische Sozialdemokratie ist gespalten, der gemeinsame Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten ist aufgelöst, die parlamentarischen Vertreter der Partei, welche die Proletarier aller Länder vereinigen soll, werden vielfach gegeneinander stehen. Und das alles erleben wir in einem Augenblick, da die bürgerlichen Parteien in allen Volksschichten gegen die Partei einen blinden Hass entfachen!

Solche Tatsachen erfordern, dass wir immer wieder prüfen, wie es denn um die Streitobjekte steht, welche die Ursache der Zerklüftung unserer Reihen sind. Müssen wir einander bekämpfen? Ist es nicht möglich, eine Lösung der schwebenden Fragen zu finden? Muss die österreichische Internationale aufgelöst werden? Denn wir dürfen uns nicht täuschen: darum handelt es sich. Sein oder Nichtsein — die Ereignisse verlangen eine klare Entscheidung.

Im Vordergrund, allen sichtbar, steht der Streit um die Gewerkschaftsorganisation. Ein Teil der tschechischen Sozialdemokratie bekämpft die internationalen Gewerkschaften. Dem Prinzip der einheitlichen Organisationen, welche die Arbeiter aller Nationen umfassen wollen, wird das Prinzip der nationalen Organisationen entgegengestellt, in welchen nur die Arbeiter einer Nation sich zusammenfinden sollen. Man beruft sich dabei auf das Nationalitätenprogramm der österreichischen Sozialdemokratie, auf die nationale Autonomie, auf die kulturellen Bedürfnisse der tschechischen Arbeiterschaft, wogegen sich die Vertreter der internationalen Gewerkschaften auf den grossen Gedanken des Kommunistischen Manifests und auf die praktischen gewerkschaftlichen Bedürfnisse berufen. Sie werden darum heftig angegriffen, und so müssen sie sich immer wieder verteidigen.

Die Zentralisation im Sinne des Absolutismus, der Bureaukratie und der kapitalistischen Regierungen bekämpft natürlich jeder Sozialdemokrat. Wir verteidigen nur den Zentralismus im Sinne der Einheitlichkeit dieser oder jener demokratischen Körperschaften. Dass besonders der marxistische Sozialismus diesen Zentralismus immer propagiert hat, kann nicht bezweifelt werden. Marx selbst hat sich für ihn recht kräftig ausgesprochen. So im Jahre 1850 in seiner Ansprache der Zentralbehörde an den Bund der Kommunisten. Damals hat Marx das Wiedererwachen der Revolution in Deutschland erwartet, für welchen Fall er für die Mitglieder des Bundes Verhaltensmassregeln aufgestellt hat. Den Arbeitern wurde empfohlen, selbständig vorzugehen und recht kräftig für die Zentralisation des Reiches einzutreten.

In der Ansprache heisst es: „Die Demokraten werden entweder direkt auf die Föderativrepublik hinarbeiten oder wenigstens, wenn sie die eine und unteilbare Republik nicht umgehen können, die Zentralregierung durch möglichste Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Gemeinden und Provinzen zu lähmen suchen. Die Arbeiter müssen diesem Plan gegenüber nicht nur auf die eine und unteilbare deutsche Republik, sondern auch in ihr auf die entschiedenste Zentralisation der Gewalt in den Händen der Staatsmacht hinwirken. Sie dürfen sich durch das demokratische Gerede von Freiheit der Gemeinden, von Selbstregierung u. s. w. nicht irre machen lassen. In einem Land wie Deutschland, wo noch so viele Reste des Mittelalters zu beseitigen sind, wo so vieler lokaler und provinzieller Eigensinn zu brechen ist, darf es unter



keinen Umständen geduldet werden, dass jedes Dorf, jede Stadt, jede Provinz der revolutionären Tätigkeit, die in ihrer ganzen Kraft nur vom Zentrum ausgehen kann, ein neues Hindernis in den Weg lege. Wie in Frankreich 1793 ist heute in Deutschland die Durchführung der strengsten Zentralisation die Aufgabe der wirklich revolutionären Partei.“ (Karl Marx, Enthüllungen über den Kommunistenprozess zu Köln.)

In einer Anmerkung dazu berichtet Engels, dass zur Zeit der Revolution in Frankreich „die gesamte Verwaltung der Departements, Arrondissements und Gemeinden aus von den Verwalteten selbstgewählten Behörden bestand, die innerhalb der allgemeinen Staatsgesetze sich mit vollkommener Freiheit bewegten“. Und darum erklärt er: „Ebensowenig wie lokale und provinzielle Selbstregierung der politischen, nationalen Zentralisation widerspricht, ebensowenig ist sie notwendig verknüpft mit jener bornierten kantonalen oder kommunalen Selbstsucht, die uns in der Schweiz so widerlich entgegentritt und die 1849 alle süddeutschen Föderativrepublikaner in Deutschland zur Regel machen wollten.“ Denselben Gedanken hat auch Marx in seiner berühmten Schrift über den „Bürgerkrieg in Frankreich“ ausgesprochen, wo er die Verfassung der Pariser Kommune lobt, die Selbstverwaltung aller Gemeinden und Provinzen Frankreichs anerkennt, aber nur darum, weil dadurch eine höhere Einheit des Ganzen hergestellt würde. „Die Einheit der Nation sollte nicht gebrochen, sondern im Gegenteil organisiert werden durch die Kommunalverfassung; sie sollte eine Wirklichkeit werden durch die Vernichtung jener Staatsmacht, welche sich für die Verkörperung dieser Einheit ausgab, aber unabhängig und überlegen sein wollte gegenüber der Nation, an deren Körper sie doch nur ein Schmarotzerauswuchs war.“

Daraus ergeben sich für das Problem des Zentralismus und der Autonomie wichtige Fingerzeige. Marx war ein entschiedener Anhänger der unbedingten Einheit eines bestimmten zusammengehörenden Ganzen. Darum hat er sowohl die alte bürokratisch-zentralistische Staatsmacht bekämpft als auch jeden Separatismus, auch jenen, der sich auf das „Gerede“ von Freiheit und Selbstregierung stützt.

Die Stärke des Ganzen soll voll zur Geltung kommen! Die sozialdemokratische Politik muss in jedem Falle darnach fragen, was dem Proletariat nützt. Wo die Autonomie und Selbstregierung einen Fortschritt bedeutet, wo sie gleichbedeutend ist mit der Verminderung der Bedrückung und Ausbeutung, kann sie nicht bekämpft werden. Wir müssen diejenige Gestaltung fördern, welche im Kampfe gegen die kapitalistische Tyrannei am vorteilhaftesten ist. Auf dem gewerkschaftlichen Gebiet bewährt sich am besten die Zusammenfassung aller Arbeiter eines gegebenen Wirtschaftsgebietes. Eine wirklich wirksame gewerkschaftliche Tätigkeit kann in ihrer ganzen Kraft nur von den die Arbeiterschaft aller Nationen umfassenden einheitlichen Gewerkschaften ausgehen. Nur durch ihre Unteilbarkeit können sie die Kapitalistenklasse bekämpfen.

Soll ihre Internationalität internationalen Sozialdemokraten ein Grund des Anstosses sein? Das ist unbegreiflich. Man gesteht, dass der internationale Gedanke siegreich vorwärts schreitet, in der Kunst und Wissenschaft, in den internationalen Beziehungen der Staaten, in der Regelung der Lebensweise der Bevölkerung der zivilisierten Staaten, überall anerkennt man das Wirken der Internationalität. Nur vor der Organisation der Arbeiterschaft soll die Internationalität stehen bleiben? Die Proletarier sollen einheitlich kämpfen, sie sollen sich aber nicht einheitlich organisieren?

Man stelle sich nur eine Fabrik vor, in welcher deutsche und tschechische Arbeiter gemeinsam arbeiten. Da kann es natürlich leicht vorkommen, dass es zum Beispiel zufällig nur einige deutsche Arbeiter sind, die geeignete organisatorische Fähigkeiten besitzen. Wären nun zwei Organisationen, beide selbständig, dann dürften sich die deutschen Organisatoren nur um die deutschen Arbeiter kümmern, die tschechischen gingen sie nichts an, sie könnten — unorganisiert bleiben. Und das Bild dieser einzelnen Fabrik wäre dann das Bild der ganzen gewerkschaftlichen Organisation in Oesterreich.

Die Ueberzeugung von der Richtigkeit der gemeinsamen Organisation aller Arbeiter eines Berufes kann daher nicht erschüttert werden. Ein weitausschauendes Streben müsste in Oesterreich von dem Ehrgeiz beseelt sein, eine Politik zu treiben, die entschieden die Aufgabe verfolgen würde, den Klassenkampf der Arbeiterschaft auf



die höchste Stufe zu führen. Sie müsste darum alle Augenblicksinteressen in den Hintergrund stellen und müsste von dem Prinzip erfüllt sein: Die Einheit der Gewerkschaften soll nicht gebrochen, sondern organisiert werden.

### Der Wahlkampf.

Kurze Zeit nach den missglückten Verhandlungen über die Gewerkschaftsfrage wurde das Parlament aufgelöst und es wurden Neuwahlen ausgeschrieben. Die tschechischen Zentralisten in Mähren und Schlesien haben beschlossen, selbständig vorzugehen. Auf einen Mandatserfolg haben sie nicht gerechnet. Tatsache jedoch ist, dass sie von den indifferenten Arbeitern keine Stimme erhalten haben; ja, sie haben sogar nur einen Teil der Stimmen der zentralistisch organisierten Arbeiter bekommen, was sowohl auf allgemeine als auch auf lokale und persönliche Ursachen zurückzuführen ist. Nur die entschiedensten und unbedingtesten Anhänger des Zentralismus haben für die tschechische sozialdemokratische Partei gestimmt.

Wenn man sich vergegenwärtigen will, wie es in dem Wahlkampf zwischen den „Zentralisten“ und „Autonomisten“ zugegangen ist, mag man sich der Darstellung erinnern, in welcher Kautsky in der „Neuen Zeit“ geschildert hat, wie es im Kriege zugeht, wenn es der Regierung gelingt, die patriotischen Leidenschaften aufzustacheln. „Da werden zunächst alle zu Patrioten, auch die international Gesinnten, und wenn einzelne den übermenschlichen Mut haben sollten, sich dagegen auflehnen und hindern zu wollen, dass das Militär zur Grenze eilt und aufs reichlichste mit Kriegsmaterial versehen wird, so brauchte die Regierung keinen Finger zu rühren, sie unschädlich zu machen. Die wütende Menge würde sie selbst erschlagen.“ Wohl haben diejenigen recht, welche den Krieg verurteilen, aber das wird in solchen Fällen nicht beachtet. Etwas Ähnliches kann man auch vom Wahlkampf behaupten. Die tschechischen Zentralisten wurden als Feinde der tschechischen Nation ausgerufen und das hat „zunächst“ gewirkt. Wie wird es jedoch in der Zukunft sein?

Natürlich handelt es sich gar nicht darum, dass die tschechischen Zentralisten, die ihre eigene Partei konstituiert haben, als Partei unbedingt und notwendig siegen müssen. Das wäre ein einseitiger Fraktionsstandpunkt, wie er leider in der tschechoslawischen Partei vorherrscht. Die beiden Parteien stehen einander gegenüber, aber es handelt sich gar nicht um den Parteistandpunkt, sondern um die Anschauungen, Prinzipien und Programme im allgemeinen. Die grössere sozialdemokratische Partei will heute die kleinere um jeden Preis unterdrücken. Hat das aber einen Sinn? Wenn es auch glücken würde, was natürlich ausgeschlossen ist, so müssten bald im Schosse der „siegenden“ Partei dieselben Anschauungen um Geltung ringen, für welche heute die tschechische sozialdemokratische Partei eintritt. Denn darüber, welche Politik das tschechische Proletariat befolgen soll und muss, werden politische und wirtschaftliche Ereignisse, wird die Entwicklung der Klassegegensätze entscheiden. Ein Wahlkampf ist nur eine Episode, dauernd wird das politische Leben von den ökonomischen Tatsachen beherrscht. Und so muss die Frage beantwortet werden, ob die Triebkräfte der wirtschaftlichen Entwicklung in Oesterreich der proletarisch internationalen oder der nationalen Politik günstig sind. Und da glaube ich allerdings, dass gerade auch im Wahlkampf viele Erscheinungen auf den Sieg der Politik hoffen lassen, welche heute von den tschechischen Zentralisten befolgt wird.

Die neue tschechische sozialdemokratische Partei wird heute mit Unrecht verpönt. Nachdem die politischen Organisationen der „Zentralisten“ in Brünn aus der Partei ausgeschlossen wurden, nachdem auch in allen anderen Städten und Orten eine Aktion gegen die zentralistischen Organisationen eingeleitet wurde, war es eine Frage, wie sich die Dinge weiter gestalten werden. Bei den Parteinstanzen wurde gar nichts erreicht. Was war zu tun? Es waren Verhältnisse, die zu einer unüberlegten Handlung geradezu verleiteten. Wie leicht hätte bei den Arbeitern, die weniger für die politischen und mehr für die gewerkschaftlichen Fragen eingenommen waren, die Anschauung des Syndikalismus ihren Einzug halten können! Wie leicht hätten die Gewerkschaftler dessen Lockungen erliegen können! An Stelle dessen haben die Zentralisten die tschechische sozialdemokratische Arbeiterpartei konstituiert. Sie haben damit das Eindringen des



Syndikalismus nach Oesterreich abgewehrt. Das ist die historische Leistung der „Rebellen“! Sie ist wahrlich nicht gering zu schätzen, denn es wäre sicher sehr schlimm, wenn zu den nationalen Wirrungen sich auch noch die syndikalistischen gesellen würden. Tausende Arbeiter wären so der sozialdemokratischen Bewegung für immer verloren gegangen, während sie ihr auf diese Weise erhalten bleiben. Der Syndikalismus hätte die Einheit der tschechischen modernen Arbeiterbewegung für immer zerschlagen, so aber ist der Weg für künftige Gestaltungen frei und offen und alle Teile der österreichischen Sozialdemokratie haben allen Anlass, ihn nicht zu verschütten.

Wenn sich nun die Ereignisse derartig entwickelt haben, hat das seinen besonderen Grund. Das rein Gewerkschaftliche war eben nicht allein massgebend, vorherrschend war der Gedanke der in Oesterreich so sehr bedrohten Internationalität. Um diese handelt es sich. War es recht, dass sich die Zentralisten nicht für den Syndikalismus, sondern für die Verteidigung der Internationalität entschlossen haben? Es scheint in Oesterreich zuweilen, als ob auch in der proletarischen Bewegung der Nationalismus siegen müsste. Gegenwärtig sind die Verhältnisse so zerfahren, dass sie selbst einem Anhänger der alten Internationalität trostlos erscheinen können. In einem nordböhmischen deutschen sozialdemokratischen Blatt wird sogar geschrieben, dass in Oesterreich das internationale Prinzip „brüchig geworden ist“. Zum Glück hat jedoch die Internationalität einen mächtigen Bundesgenossen in der ehernen Entwicklung der kapitalistischen Verhältnisse und der bürgerlichen Parteien.

Nicht geleugnet soll werden, dass starke Tendenzen für die Ausbreitung des Nationalismus wirken und dass derselbe darum unvermeidlich auch in die Reihen der Arbeiterschaft eindringt. Die Nationalitätenkämpfe verschärfen sich immer mehr, die Streitobjekte werden immer bedeutsamer. Es wäre interessant, wenn man einmal die Geschichte der Entwicklung der sozialen Schichten des tschechischen Volkes schreiben würde. Vor einigen Jahrzehnten waren die Träger des nationalen Kampfes Kleinbürger, Bauern und utopistische Intellektuelle, heute entfaltet sich der Kampf zwischen den deutschen und den tschechischen industriellen Kapitalisten, zwischen den „deutschen“ und den „tschechischen“ Banken. Der Inhalt der nationalen Bestrebungen war noch vor kurzer Zeit im Kampfe um Schulen, um die Anstellung von Beamten, um die Inschriften der Strassentafeln erschöpft, heute wird ein wilder Konkurrenzkampf um die Absatzgebiete geführt, politisch wird um den Anteil an der Staatsmacht gerungen. Immer gewaltiger und rücksichtsloser wird der Kampf der beiden Bourgeoisien, immer mehr entfaltet eine jede von ihnen ihre Kräfte, immer stärker werden alle Leidenschaften aufgewühlt, um den nationalen Gegensatz zu verschärfen. Beide Parteien sind bestrebt, bis an den letzten Mann ihrer Nation heranzutreten und ihn zu gewinnen. Mit allen Mitteln werden auf beiden Seiten alle Nationalisten zu einem mächtigen Ganzen zusammengefasst. Jeder gewählte Sozialdemokrat, der ausserhalb der grossen nationalen Verbände steht, bedeutet eine Verminderung der Macht der nationalen Parteien, deren Vergrösserung so sehr gewünscht und erstrebt wird.

Ich habe vor den Wahlen in der „Neuen Zeit“ darauf aufmerksam gemacht, dass im nationalen Selbstbewusstsein des tschechischen Bürgertums ein grosser Wandel eingetreten ist, dass es das grosse Wirtschaftsgebiet schätzen gelernt hat, und dass darum dessen gemeinsame Beherrschung gefordert wird. Wie rasch hat sich die Richtigkeit dieser Anschauung erfüllt! Der Wahlkampf hat bestätigt, dass heute die Bestrebungen der Kapitalistenklasse der Politik der nationalen Parteien ihren Sinn und Inhalt verleihen. Das Hauptblatt der tschechischen Bourgeoisie hat offen für den staatlichen Zentralismus geschrieben und hat dessen Eroberung als Aufgabe der tschechischen Politik bezeichnet. Staunenswert ist dabei, dass es den Führern der tschechischen Bourgeoisie in Böhmen gelungen ist, für dieses Programm alle Schichten des tschechischen Volkes zu gewinnen, auch das Kleinbürgertum und die „nationale Arbeiterschaft“. Noch vor einem Jahre schien es, dass es zu einer Vereinigung der tschechischen Nationalsozialen und der Staatsrechtler kommen werde, dass ein neues Parteigebilde entstehen wird, um einen rücksichtslosen Krieg mit der jungtschechischen Partei aufzunehmen. Es kam aber ganz anders; die Staatsrechtler wurden isoliert, die jungtschechische und die nationalsoziale Partei haben sich zu einem mächtigen Kartell verbunden. Als sich in den Neunzigerjahren



im tschechischen Volke zum erstenmal eine Partei der grossen Bourgeoisie zu bilden begonnen hatte, die alttschechische Partei, die „Hofratspartei“, wurde sie von den demokratischen Jungtschechen in einem glorreichen Ansturm niedergedrungen und aufgerieben. Heute vertreten die Jungtschechen die tschechische grosse Bourgeoisie, aber ihr Schicksal gestaltet sich wesentlich anders. Sie unterwerfen sich die Politiker der anderen Volksschichten, sie haben die tschechische nationale „Arbeiterpartei“ in den Dienst der Bestrebungen des tschechischen Kapitalismus gestellt. Die Bourgeoisie triumphiert. Verklungen sind die zu sozialer Empörung rufenden Sklavenlieder eines Svato-pluk Čech, das tschechische Volk begeistert sich für das politische Lied des Sklavenhalters Kramář.

In derselben Weise gestalten sich die Verhältnisse innerhalb der deutschen Nation, wie es ja aus zahlreichen Ausführungen deutscher Genossen bekannt ist. Der nationale Kampf der beiden Bourgeoisien wird in einem immer grösseren Umfange geführt, der nationale Chauvinismus durchdringt alle Volksschichten. Unter solchen Verhältnissen ist es kein Wunder, dass zeitweise auch Sozialdemokraten ihm direkte oder indirekte Konzessionen machen. Aber gerade wegen der Zuspitzung des Gegensatzes der deutschen und tschechischen Bourgeoisie, weil dadurch das Bedürfnis, grosse nationale Kampfarmeen zu bilden, vorhanden ist, müssen die nationalen Parteien die Sozialdemokratie immer schärfer und brutaler bekämpfen, müssen sie ihre Politik so einrichten, dass der Partei, die ausserhalb ihrer nationalen Verbände steht, recht viele Stimmen und Mandate entzogen werden. Der Hass gegen die Sozialdemokratie wird in Oesterreich bis zum Wahnsinn gesteigert\*.

So entstehen innerhalb der Sozialdemokratie zwei Tendenzen. Die eine will dem Nationalismus ausweichen und passt sich ihm darum an, die andere will ihn durch die Pflege des internationalen Gedankens bekämpfen. Welche der beiden Richtungen jeweilig die Oberhand gewinnt, hängt von verschiedenen Umständen ab. Bestimmt darf man jedoch annehmen, dass gerade die nationalen Verhältnisse den Klassegegensatz in Oesterreich stark steigern werden, dass die Erscheinungen des letzten Wahlkampfes nicht vorübergehend sind, sondern dass sie sich verschärfen werden. War der Kampf gegen die Sozialdemokratie diesmal gehässig, wird er künftig noch erbitterter geführt werden. Sowohl auf deutscher als auch auf tschechischer Seite muss darum das Bedürfnis entstehen, den Nationalismus schärfer und wirksamer zu bekämpfen, was nur durch die Hervorhebung des Internationalismus, durch die entschiedener Betonung der Zusammengehörigkeit der deutschen und der tschechischen Sozialdemokratie möglich ist.

Wohl mag es den Vertretern des internationalen Gedankes in Oesterreich manchmal scheinen, dass die Internationalität „brüchig“ geworden sei, dass sie vom Nationalismus zu Boden geworfen werde, aber solche Stimmungen werden nur Episoden sein. Die Internationalität — nicht nur der Gedanke der internationalen Solidarität der Interessen, sondern auch der Gedanke der internationalen Einheit der sozialdemokratischen Bewegung — wird immer wieder neu aufleuchten. Auch auf ihren Vormarsch kann das Dichterwort angewendet werden:

Sie ist nicht tot,  
 Sie spricht mit dreistem Prophezein,  
 So gut wie weiland euer Gott:  
 Ich war, ich bin, ich werde sein!

### Zu neuen Formen?

Die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Zustände innerhalb der österreichischen Arbeiterbewegung wurde in den Reihen der Partei schon lange gefühlt. Der Genosse Otto Bauer hat schon im Jahre 1907 in seinem Werk über die Nationalitätenfrage zur Lösung der schwebenden Fragen Vorschläge gemacht, die alle eine grössere Einheit der österreichischen Arbeiterbewegung bezweckten. Er hat damals ausgeführt: „Wir brauchen

\* Die Wahlen in Mähren, wo die tschechoslawische Sozialdemokratie gegenwärtig mit den nationalen „freisinnigen“ bürgerlichen Parteien verbunden ist, bilden keine Ausnahme. Auch diese Wahlen waren — antisozialistisch. Die Vorliebe für die tschechoslawische Sozialdemokratie ist eine Folge des Hasses gegen die — Zentralisten. Ueberdies haben die Wahlen für die Kramářsche Kartellpolitik den Boden so vorbereitet, dass sie auch in Mähren ihren Einzug halten wird.



die organische Föderation der sozialdemokratischen Organisationen verschiedener Nationalität. In den einzelnen Orten, Wahlkreisen und Ländern, in denen Organisationen verschiedener Nationalität tätig sind, muss eine Gesamtorganisation bestehen, in der die nationalen Organisationen je nach der Zahl der organisierten Genossen vertreten sind. Die Beschlüsse dieser Gesamtorganisationen über die Aktion der Partei bei öffentlichen Wahlen, über Demonstrationen u. s. w. binden alle Parteigenossen ohne Unterschied der Nationalität. Im übrigen bleibt die Autonomie der nationalen Organisationen unangetastet. Endlich muss die einheitliche zentralistische Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung und die internationale Organisation der Konsumvereine gesichert werden. Gelingt es, eine Verständigung auf dieser Grundlage zu erkämpfen, dann ist das österreichische Proletariat zu einem machtvollen Gesamtkörper verschmolzen, der von einem Gesamtwillen beherrscht ist und doch das Wachstum seiner einzelnen nationalen Glieder nicht hemmt, sondern kräftig fördert“.

Hier wird also mit dem grössten Nachdruck die vollkommene Einheit der österreichischen Sozialdemokratie verlangt, die organisatorische Zusammenfassung aller Teile der modernen Arbeiterbewegung. Die praktische Durchführung dieses grossen Gedankens hätte zahlreiche kräftige Kämpfer verdient. Aber die Verhältnisse haben sich anders gestaltet. Es kam zu den bekannten ernsten Wirrungen, zu der Entscheidung des Kopenhagener Kongresses und zu den Verhandlungen der internationalen und der tschechoslawischen Organisationen. Ihr Scheitern wurde dann im „Kampf“ von dem Genossen Renner in einem Artikel besprochen, in dem es heisst: „Da die Partei vor der deklarierten Krisis des Separatismus theoretisch und praktisch steht, ist jeder Aufschub bloss Zeitversäumnis, jede Beschönigung Verlängerung der Unklarheit. Je früher, je entschlossener wir in den Strom hineinsteigen, um so eher sind wir hindurch. Aussprechen, was ist, und das Uebel bei den Hörnern fassen, ist nunmehr die beste Taktik.“

Aber auch zu diesem „Fassen des Uebels bei den Hörnern“ kam es vorläufig nicht. Dafür stellt der Genosse Bauer neue Anträge, die ihn von seinem ursprünglichen Plane einer grosszügigen Organisation der Arbeiterschaft aller Nationen weit wegführen. Allerdings gibt er seine internationalen und „zentralistischen“ Anschauungen nicht preis, sondern begründet seinen Standpunkt mit den „gegebenen“ Verhältnissen. Und das ist tatsächlich die Frage: Soll und kann sich die österreichische Internationale der von den „Autonomisten“ geschaffenen Sachlage anpassen?

Richtig ist, dass auch Marx einmal ähnlich gehandelt hat. Als in die von ihm begründete Internationale Elemente der Zerstörung eingedrungen waren, denen die Unterwühlung der Organisation gelungen ist, als er deren Unhaltbarkeit eingesehen hatte, erklärte er: „Die Internationale ist zwar meine Liebe und ich habe den Glauben an sie nicht verloren, aber derzeit löse ich sie auf.“ Können wir dieses Beispiel nachmachen? Da wäre zunächst darauf zu verweisen, dass das Aufgeben der alten Internationale gleichbedeutend war mit dem vollkommenen Bruch mit den Elementen, die deren Verwüstung herbeigeführt haben und die ja dann auch elend eingegangen sind. Müssen wir wünschen, dass dieser Weg nicht betreten wird, dann dürfen wir auch dasjenige nicht aufgeben, was nach der Anschauung aller „Zentralisten“ die Internationalität der Arbeiterbewegung begründet. Marx hat nur die Feinde der Internationale aufgegeben, der Bauersche Vorschlag gibt dagegen auch die Freunde der internationalen Gewerkschaften preis.

Es wird dabei freilich auf die gegebenen Verhältnisse hingewiesen, und wir alle sind selbstverständlich gezwungen, mit ihnen zu rechnen. Aber eben deswegen dürfen wir auch nicht vergessen, dass über den Ausfall der Wahlen ganz andere Kreise entscheiden als über die Beschaffenheit der gewerkschaftlichen Organisation. Die Entscheidung der Wählerschaft in den Wahlen ist nicht gleichbedeutend mit der Entscheidung der organisierten Arbeiterschaft über Gewerkschaftsfragen. Ist doch die eine Tatsache schon hochbedeutsam, dass die tschechoslawischen Gewerkschaften in einer Zeit, in welcher sie den stärksten Nachdruck darauf legen, nicht einmal alle jene Arbeiter geworben haben, welche aus den internationalen Organisationen ausgetreten sind. Es wurde gesagt, dass die national abgegrenzten Organisationen auf die tschechische Arbeiterschaft eine grössere Anziehungskraft ausüben werden als die internationalen.



Natürlich müsste sich das gerade in der Zeit als richtig erweisen, in welcher das Nationale der Organisationen am stärksten betont wird. Geschieht das nicht, so ist dies der beste Beweis, dass für die gewerkschaftlichen Organisationen nicht ihre nationale Zusammensetzung, sondern ihre gewerkschaftliche Tüchtigkeit von entscheidender Bedeutung sein wird.

Diese gewerkschaftliche Tüchtigkeit kann am besten durch die einheitlichen Organisationen erreicht werden. Diese werden jedoch durch die Bauerschen Vorschläge aufgegeben, ohne dass wichtige Forderungen der „Autonomisten“ erfüllt werden. Bauer spricht sich für eine territoriale Abgrenzung der Gewerkschaften in den tschechischen Gebieten Böhmens und Mährens aus, er behandelt die geforderte nationale Autonomie aller tschechischen Arbeiter als eine unbedingte Unmöglichkeit. Die „Autonomisten“ sollen die tschechischen Arbeiter in Deutschböhmen, in Deutschmähren und in Niederösterreich aufgeben. Ausserdem soll ein „Ueberbau“ geschaffen werden, das heisst, es soll zwischen den territorial abgegrenzten Organisationen eine organisatorische und finanzielle Gemeinsamkeit bestehen. Kurz gesagt, bedeuten diese Vorschläge keineswegs die Anerkennung der nationalen Selbständigkeit, der „Autonomie“, sondern sie bedeuten die Schaffung eines — territorialen Partikularismus! Sie bedeuten auch die Zerreiung der Einheitlichkeit der tschechischen Arbeiterbewegung!

Die tschechoslawischen Organisationen haben sich zu dem Vorschlag noch nicht geäußert. Sie wissen nur sehr wohl, dass es das äusserste ist, was ihnen die den Frieden herbeiwünschenden deutschen Genossen ausserhalb der einheitlichen Organisationen zugestehen wollen. Und da sollten sich alle tschechischen Sozialdemokraten die Frage beantworten: Kann innerhalb der gemeinsamen Organisationen der Arbeiter aller Nationen für die speziellen Bedürfnisse einer jeden Nation nicht mehr erreicht werden? Ich vertrete schon lange die Anschauung, dass das in einem ausreichenden Ausmass sehr wohl möglich, dass es sogar dringend notwendig ist.

Die Vorschläge, die für die Lösung der gewerkschaftlichen Frage auf der Grundlage ihrer Ordnung ausserhalb der einheitlichen Organisation gemacht werden, sind alle unbefriedigend. Die einen nach der gewerkschaftlichen, die anderen nach einer anderen Seite. Die internationalen Organisationen bedeuten dagegen nicht nur die Einheit der Arbeiterbewegung aller Nationen, nicht nur die Schaffung einer gewerkschaftlichen Macht, sondern sie sind auch gleichbedeutend mit der Einheit der Arbeiterbewegung jeder einzelnen Nation und sie können auch den einzelnen Nationen oder Territorien eine ausgiebige Autonomie und Selbstverwaltung auf allen Gebieten gewähren, die in der Betätigung der einzelnen Gewerkschaften in Betracht fallen. Wenn es gelingen sollte, hier den Hebel anzusetzen, so wäre die klassenbewusste Arbeiterschaft Oesterreichs bald so organisiert, wie es nach dem ursprünglichen Plane des Genossen Bauer sein sollte. Die neuen Formen müssen wir innerhalb der Gesamtheit suchen. Ein Gedanke sollte jedoch alle Glieder der österreichischen Arbeiterbewegung erfüllen: das Bewusstsein, dass die Lösung der schwebenden Fragen nicht einseitig von einer Gruppe vollbracht werden kann, sondern dass hier die Entscheidung von der österreichischen Internationale gefällt werden muss. Die Vertreter der tschechoslawischen Organisationen gehen von der Anschauung aus, dass die vollkommen national von der Arbeiterschaft der anderen Nationen losgelösten Organisationen besonders vorteilhaft sind. Wie aber, wenn das den Interessen der polnischen, ruthenischen, slowenischen und italienischen Arbeiter nicht nützlich ist? International ist nur diejenige Lösung, für welche sich alle Nationen aussprechen.

Die Arbeiter aller Nationen sind auf einander angewiesen. Darum wird sich früher oder später ihre geeignete Zusammenfassung bestimmt durchsetzen. Eine grössere Hervorhebung der internationalen Solidarität und Einheitlichkeit wird sowohl durch die genannten politischen als auch durch wirtschaftliche Ereignisse bewirkt werden. Die Vertreter der Idee, dass das österreichische Proletariat zu einem wohlorganisierten, machtvollen Gesamtkörper zu vereinigen ist, müssen für diesen Gedanken unermüdlich tätig sein, denn sie können getrost mit Goethe sagen:

Mein Erbeil, wie herrlich, weit und breit!  
Die Zeit ist mein Besitz, mein Acker ist die Zeit.



## Julius Deutsch: Nationale oder internationale Gewerkschaften?

In der ihm eigenen klaren und fesselnden Weise hat Otto Bauer im letzten Heft des „Kampfes“ die Fragen der nationalen Gliederung unserer Organisationen besprochen. Soweit er die politischen Verhältnisse behandelte, sprach er gewiss Hunderten unserer Vertrauensmänner aus der Seele. Wir haben es ja in den letzten Monaten nur zu oft hören müssen: So wie bisher kann es nicht weiter gehen, die Partei soll endlich einmal Farbe bekennen und sagen, was sie will. Klarheit und Eindeutigkeit ist nötig.

Welche Eindeutigkeit gewünscht wird, ist ebensowenig fraglich. Die deutschen Genossen, wenigstens ihre übergrösse Mehrzahl, sind der Meinung, dass die feine, diplomatische Taktik der Parteileitung, welche darin gipfelt, sorgsam und mit bewundernswerter Geschicklichkeit zwischen den beiden kämpfenden tschechischen Gruppen durchzulavieren, Verwirrung in unseren eigenen Reihen stiftet. Und nichts wäre in dieser an Verwirrungen wahrlich überreichen Zeit nötiger als eine klare, verständliche Haltung der Parteileitung. Wo die Taktik aufhört verstanden zu werden, wird sie missverstanden; die Ueberschlaueheit einer Taktik, wie sie bei uns in dieser Frage geübt wird, löst Missverständnisse und auch Misstrauen aus, die der Partei nicht zum Vorteil gereichen können. Die deutschen Arbeiter können nicht verstehen, warum die deutsche Sozialdemokratie zögert, die internationale Richtung der tschechischen Sozialdemokratie ebenso wie die offizielle tschechoslawische Partei anzuerkennen. Die Männer, die mit uns im Gewerkschaftsstreit Schulter an Schulter gefochten haben, und in der Folge dieses Verhaltens die offizielle tschechoslawische Partei verlassen mussten, dürfen von der deutschen Partei nicht als „Rebellen“ betrachtet werden. Das müsste unseren eigenen Parteigenossen als eine Treulosigkeit erscheinen. Und auch in der Politik erscheint schliesslich in letzter Linie das Ehrlichste als das Vernünftigste! Die Forderung nach Anerkennung der nichtoffiziellen Richtung der tschechischen Sozialdemokratie halten wir demnach für durchaus gerechtfertigt\*.

So sehr wir indes mit Bauers Ansichten in politischer Beziehung übereinstimmen, so gewagt erscheinen uns seine Ausführungen, die den Gewerkschaftsstreit betreffen. Bauer schlägt vor, die österreichischen Gewerkschaften territorial abzugrenzen. „Die internationalen Gewerkschaften“, schreibt er, „müssen ihre Ortsgruppen in den tschechischen Gebieten Böhmens und Mährens auflösen und ihre Mitglieder den tschechoslawischen Verbänden zuführen, sobald die tschechoslawischen Verbände auf jedes Eindringen nach Wien und Niederösterreich, nach Deutschböhmen und Deutschmähren, nach dem deutschen und dem polnischen Teile Schlesiens ernsthaft und für immer verzichten.“

Es sei uns gestattet, vorerst ein prinzipielles Bedenken zu erheben. Die Durchführung des Bauerschen Vorschlages bedeutete eine unumwundene Anerkennung der nationalen Gewerkschaftsidee. Wir würden an die Stelle der internationalen Gewerkschaften nationale Gewerkschaften setzen, dieselben nationalen Gewerkschaften, gegen die sich der Beschluss des Kopenhagener Sozialistenkongresses kehrte.

Als wir nach Kopenhagen gingen, stand die Frage so: Sollen in einem Lande internationale Verbände für alle Arbeiter oder nationale Verbände für die Arbeiter der einzelnen Nationen bestehen? Die deutschösterreichischen Genossen kämpften gegen die nationalen Verbände und der Kongress gab ihnen recht. Er erklärte, „dass die

\* Der Reichenberger „Vorwärts“ (Nr. 94 und 100) verlangt die Anerkennung der nichtoffiziellen tschechischen Partei und die Nichtanerkennung der offiziellen. Dazu fehlt der deutschen Partei jedwede Berechtigung. Wir dürfen uns nicht zum Richter in fremden Angelegenheiten aufspielen wollen, sondern müssen so unparteiisch sein, beide tschechischen Parteien anzuerkennen, solange beide der sozialistischen Internationale angehören. — Der „Vorwärts“ hält übrigens auch die territoriale Abgrenzung der Gewerkschaften als den „völligen Verzicht“ auf die Grundgedanken des Separatismus. Ein solches Verkennen der Sachlage ist bei einem Parteiblatt erstaunlich.



Einheitlichkeit der Gewerkschaftsorganisationen in jedem Staate im Auge zu behalten ist und eine wesentliche Bedingung des erfolgreichen Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung ist“. Der Kongress betonte ferner, um Missdeutungen vorzubeugen, „dass jeder Versuch, international einheitliche Gewerkschaften in national-separatistische Teile zu zerschlagen, der Absicht dieser Resolution des Internationalen Sozialistenkongresses widerspricht“. Und was verlangt nun Bauer? Eben das, was der Kongress abgelehnt hat: nationale Gewerkschaftsverbände, wenn auch deren Wirkungskreis nunmehr territorial abgegrenzt sein soll. Wir meinen, dass die österreichischen Sozialdemokraten einen solchen Vorschlag gar nicht verwirklichen könnten, selbst wenn sie wollten, ohne vorher einen Internationalen Sozialistenkongress zu befragen. Wenn man die Internationale zur Entscheidung aufgerufen hat, muss man sich auch an ihren Spruch halten. Bauer macht selbst der tschechoslawischen Partei den Vorwurf, dass sie den einstimmigen Beschluss des Internationalen Sozialistenkongresses gröblich verletzt habe. Würden Bauers Vorschläge Wirklichkeit, dann könnte man der österreichischen Gesamtpartei diesen Vorwurf mit ganz derselben Berechtigung machen. Eine solch umwälzende Reorganisation, wie sie Bauer vorschlägt, könnte erst erfolgen, wenn die Internationale ihre Zustimmung gegeben hat; denn die neue Organisationsform würde ja auch auf andere Länder mit ähnlichen nationalen Problemen — Russland, Belgien, die Schweiz u. s. w. — zurückwirken.

Nun wäre vielleicht der Einwand möglich, dass dem Beschluss der Internationale Genüge geschähe, wenn sich die nationalen Gewerkschaftsverbände Oesterreichs zu einer höheren Einheit zusammenschlossen, etwa in der Art, wie es Braun vorschlägt. Das schiene mir aber doch nicht im Geiste dieses Beschlusses zu liegen, da ja die tschechischen Genossen am Kongresse in Kopenhagen ein Aehnliches erstrebten, aber ausdrücklich zurückgewiesen wurden. Die Zusammenfassung der selbständigen nationalen Verbände würde naturgemäss so locker sein, dass von einer Einheitlichkeit der Gewerkschaftsbewegung dann nicht mehr die Rede sein könnte.

Bauer sagt, das erstrebenswerte Ideal der Gewerkschaftsbewegung bleibe nach wie vor der internationale Verband; weil aber dieser gegenwärtig nicht zu erreichen sei, müssten neue Formen der Organisation eingeführt werden. Ja, es ist richtig, dass wir neue Formen der Organisation brauchen, aber, wie wir meinen, doch nur solche, welche die bestehenden Gegensätze auf beiden Seiten mildern und so ein Uebergangsstadium zum Ideal des internationalen Verbandes bedeuten. Gegen Bauers Vorschläge lässt sich aber der schwerwiegende Einwand nicht unterdrücken, dass sie keineswegs geeignet erscheinen, die bestehenden nationalen Schwierigkeiten in den Gewerkschaften auszugleichen, sondern eher dazu beitragen, die nationalen Reibungsflächen zu vermehren.

Damit kommen wir zu den praktischen Bedenken, die sich gegen Bauers Vorschläge erheben.

Würde die territoriale Abgrenzung der Gewerkschaften dahin wirken, die nationalen Streitigkeiten einzudämmen oder wenigstens einen Waffenstillstand herbeizuführen, dann wäre ich sofort für eine solche Reorganisation. Leider sind aber derartige vorteilhafte Ergebnisse von der territorialen Abgrenzung kaum zu gewärtigen. Oesterreich lässt sich nicht durchwegs in national gleichartige Territorien zerlegen, es gibt eine grosse Anzahl gemischtsprachiger Gebiete. In Deutschböhmen gibt es beträchtliche tschechische Minoritäten, ebenso in Deutschmähren, Wien und Niederösterreich. Umgekehrt sind in tschechischen Gebieten der Sudetenländer nicht unerhebliche deutsche Gruppen eingesprengt. Würde man national abgrenzen, so blieben bedeutende Minoritäten der anderen Nation im Gebiete jedes nationalen Gewerkschaftsverbandes. Was soll nun mit diesen Minoritäten geschehen? Sollen sie in nationaler Beziehung der Majorität angepasst und ihnen Zeitungen, Statuten, Flugblätter u. s. w. in der Sprache der Majorität gegeben werden? Das ist bei dem erwachten Nationalgefühl unserer Zeit eine Unmöglichkeit: nicht zu reden davon, dass es auch höchst unpraktisch wäre, weil wir mit der Agitation an die anderssprachigen Minoritäten nicht herankämen. In dem Moment aber, wo der territorial abgegrenzte nationale Gewerkschaftsverband mit anderssprachigen



Minoritäten rechnen muss, die an ihn, wie es nicht anders sein kann, bestimmte Forderungen stellen, dann sind ihm ganz dieselben Schwierigkeiten beschert, wie sie bisher der internationale Verband hatte.

Wir hätten dann mehrere nationale Verbände, einen deutschen, einen tschechischen, einen polnischen, einen italienischen u. s. w. in jeder einzelnen Branche. Innerhalb dieser Gewerkschaftsverbände gäbe es nicht unbeträchtliche anderssprachige Minoritäten, mit denen man — ganz so wie bisher in den internationalen Verbänden — des langen und breiten über ihre nationalen Ansprüche verhandeln müsste. Es hätte sich also mit der Verwirklichung der Bauerschen Vorschläge nichts zum Besseren gewendet, sondern aus den Schwierigkeiten in einer Auflage wären Schwierigkeiten in drei oder vier Auflagen geworden. Anstatt internationale Verbände mit nationalen Schwierigkeiten hätten wir nationale Verbände mit internationalen Schwierigkeiten. Dieser Wechsel lohnte wahrlich die Mühe nicht.

Gewiss könnten sich die Majorität und die Minorität im nationalen Verband vertragen. Aber sie werden es nicht tun, so wenig wie sich jetzt ein Teil der Tschechen mit den Deutschen im internationalen Verband verträgt. Es liegt gar kein Grund vor, anzunehmen, dass es in den nationalen Verbänden mit territorialer Abgrenzung mehr nationale Verträglichkeit und weniger nationale Schwierigkeiten geben wird als im internationalen Verband. Weil dem so ist, fehlt, glaube ich, für die Gewerkschaften jeder Anreiz zu einer derartigen Reorganisation. Die Oekonomie der Kräfte gebietet unter diesen Umständen, so lange an dem internationalen Gewerkschaftsverband festzuhalten, bis sich eine neue Form der Organisation herausgebildet hat, welche eine grössere Friedensmöglichkeit beinhaltet, als dies bei der territorialen Abgrenzung der Fall ist.

Bauer meint — und er hat damit wohl nicht unrecht — dass die separatistischen Genossen in den nächsten Jahren schwerlich in die Zentralverbände zurückkehren werden. Freilich kann man mit Bezug auf seine Vorschläge darauf erwidern, dass ebensowenig etwa die zentralistischen Tschechen Mährens in einen nationalen tschechischen Gewerkschaftsverband eintreten werden. Aber sei dem wie immer: aus der Tatsache des Nichtzurückkehrens der tschechischen Separatisten darf nicht auf die Notwendigkeit eines Aufgebens der internationalen Verbände geschlossen werden. Man kann vielmehr auf dem Standpunkt beharren, dass die gewerkschaftliche Entwicklung der nächsten Jahre die Wege weisen wird, welche zu solchen Reformen innerhalb der internationalen Verbände führen, dass eine Einigung möglicher erscheint.

Wir haben es gar nicht nötig, den tschechischen Separatisten fortwährend mit Reformvorschlägen zu kommen. Unsere Zentralverbände haben die schwere Krisenzeit bereits überwunden und beginnen sich wieder aufwärts zu entwickeln. Was drängt uns da, Reformen auszuhecken, die den Eindruck erwecken müssen, als ob wir allein es wären, die an der gewerkschaftlichen Gemeinsamkeit mit den tschechischen Genossen interessiert seien? Vertrauen wir doch der ökonomischen Entwicklung — wir sind ja Marxisten — die schliesslich die Bedingungen schaffen muss, welche eine Einigung ermöglichen. Damit soll keiner fatalistischen Untätigkeit das Wort geredet sein, aber es soll doch einmal darauf hingewiesen werden, dass zu Liebeswerben um die tschechischen Separatisten kein zwingender Anlass vorzuliegen scheint. Je weniger wir uns jetzt — in dieser Kriegszeit — um die tschechisch-separatistischen Genossen bemühen, desto eher wird man auf der Gegenseite begreifen, dass die Gemeinsamkeit der Arbeit im Interesse beider Nationen liegt. Es genügt vorläufig, wenn wir unzweideutig unsere Friedensbereitschaft bekunden und dabei doch an den Grundsätzen internationaler Gewerkschaftsarbeit festhalten. Wie der Friede im einzelnen aussehen wird, können erst die gewerkschaftlichen Erfahrungen der nächsten Jahre lehren.

Es ist zum mindesten arg verfrüht, das prinzipielle Preisgeben der bewährten internationalen Zentralverbände als den einzigen Weg zu bezeichnen (Bauer schreibt: „Auf diesem — und nur auf diesem! — Wege kann die Gesamtpartei wieder hergestellt werden“), der zu einer Einigung mit den tschechischen Sozialisten führen kann.



## Friedrich Adler: Minderwertig im Internationalismus

Wenn wir es nicht selbst gewusst hätten, der Jubel unserer Gegner bewiese es zur Genüge: die Arbeiterklasse Oesterreichs hat durch das Vorgehen der tschechischen Separatisten eine Einbusse an Kraft, an Macht und Ansehen erlitten. Wie hat die Bourgeoisie stets den Internationalismus herabzusetzen, ihn als gleichgültig, wertlos, ja schädlich für die Arbeiterklasse hinzustellen versucht! Und heute, da dem österreichischen Proletariat ein Stück dieses Internationalismus verloren gegangen, heute jubelt sie! Heute ist nicht die Rede von der „Wertlosigkeit“ der internationalen Solidarität, heute kann man sehen, dass die Ausbeuter Oesterreichs und ihre politischen Handlanger ganz genau wissen, dass durch die nationale Spaltung der Gewerkschaften wie durch die Lockerung des Gefüges der Parlamentsfraktion der Arbeiterklasse eine Quelle ihrer Kraft unterbunden, ein Teil ihres Ansehens abhanden gekommen ist. Jetzt wird es deutlicher als jemals: Der Internationalismus ist kein leerer Wahn. Die Gegner jubeln und leider jubeln sie mit Recht. Denn die Hoffnung, die wir noch vor einem Jahre, zur Zeit des Kopenhagener Kongresses hegen durften, dass den tschechischen Separatisten der Gegensatz zur gesamten Internationale bedenklich erscheinen, dass sie durch ihn zur Einkehr und Umkehr veranlasst würden, muss heute aufgegeben werden. Der tschechische Separatismus besteht und wird nicht so bald verschwinden. Die Tatsache ist schmerzlich, aber sie muss als Tatsache anerkannt werden, nach ihr muss sich unsere Taktik richten. Mit vollem Recht verweist ein Artikel des Genossen Hannich, der in- und ausserhalb der Partei starkes Aufsehen gemacht hat, gerade auf diesen Punkt. Er sagt:\*

„Die tschechischen Arbeiter wollen in ihrer Mehrheit von dem Internationalismus, wie er von uns Deutschen bisher aufgefasst und gepredigt worden ist und wie er sich in den zentralistischen Gewerkschaftsorganisationen verkörpert, nichts mehr wissen, und uns fehlen die Machtmittel, sie wieder zu dieser zentralistischen, gewerkschaftlichen Organisation zurückzuführen, oder so weit sie ihr noch angehören, dabei festhalten zu können . . . Dass die tschechischen Genossen von ihren separatistischen Bestrebungen ablassen und als reumütige Sünder gegen das zentralistische gewerkschaftliche Prinzip umkehren werden, ist durchaus nicht anzunehmen.“

Genosse Hannich hat recht. Wir müssen mit dem tschechischen Separatismus als feststehender Tatsache rechnen, es wäre ein falscher Glaube, annehmen zu wollen, dass die deutschen Genossen in der Lage sind, gegen den Willen der Tschechen die internationale Geschlossenheit wieder herzustellen. Wie in allen Fällen ist auch hier der Zerstörer stärker als der Aufbauer. Die tschechischen Separatisten gehen mit geringschätziger Gebärde über die Ansichten und Beschlüsse des Proletariats aller Nationen hinweg, ihnen fehlen die starken Bande der internationalen Solidarität und „Machtmittel“ haben die deutschen Sozialdemokraten weder zur Verfügung, noch wären sie willens, sie anzuwenden. Zur Solidarität kann man eben niemand zwingen.

Wir dürfen uns daher keiner Täuschung darüber hingeben, dass unsere besten Absichten am Widerstand der Separatisten scheitern müssen, da das Ideal der Internationale auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiet nur erreichbar ist, wenn alle Nationen es erstreben. Soweit sind wir mit Genossen Hannich vollständig einverstanden und auch darin, dass es notwendig ist, den Tatsachen in die Augen zu sehen, sich klar zu werden, wie wir unsere Taktik der nun einmal leider gegebenen Situation anzupassen haben. Dagegen stehen wir im schroffsten Gegensatz zu der Auffassung, die Genosse Hannich von dieser neuen Taktik hat. Er sagt, wir müssen „umlernen“, wir sollen den „Separatismus nicht weiter als einen argen Verrat an den sozialdemokratischen Prinzipien brandmarken“, vielmehr „müssen auch wir einen nationalen Boden beziehen“. Eine Polemik gegen diesen höchst überraschenden Vorschlag ist um so weniger nötig, als sämtliche Parteiorgane der deutschen Sozialdemokratie, die sich mit ihm beschäftigten, mit aller Schärfe den Standpunkt entschiedenster Ablehnung eingenommen haben. Dagegen ist es keineswegs überflüssig,

\* „Nordböhmische Volksstimme“, 12. Juli 1911.



das Verhältnis der deutschen zu den tschechischen Sozialdemokraten noch recht gründlich zu diskutieren. Der Moment ist gekommen, wo es möglich und notwendig geworden auszusprechen: was ist. Die Frage, die Genosse Kautsky in diesem Heft des „Kampf“ stellt, und viele ähnliche, schweben Tausenden auf den Lippen und in unseren Organisationen macht sich bereits einiger Unmut darüber geltend, dass der Flut von ungerechten Angriffen, die die tschechischen Separatisten Tag für Tag gegen die internationale Gewerkschaftsbewegung, wie auch gegen die deutsche Sozialdemokratie vorgebracht, insbesondere von seiten unseres Zentralorganes, nur ein beharrliches Schweigen entgegengesetzt wurde.

Dieses Schweigen war sicher gut, solange noch die Hoffnung bestand, dass die Separatisten bald zur Besinnung kommen werden. Es stellte die äusserste Konsequenz jener Taktik dar, deren sich die deutschen Sozialdemokraten in Oesterreich im Gegensatz zu manchen Bruderparteien des Auslandes stets befleissigt haben. Sie unterscheiden auf das schärfste die Auseinandersetzung mit dem Feind von der mit dem Freund. Während die Regel in allen Kriegen ist, dass der Feind lieber zehn Hiebe zu viel als einen zu wenig erhalten muss, sollte bei der Meinungsverschiedenheit mit dem Freunde stets gelten: lieber zehn Hiebe zu wenig als einen zu viel.

Diese Taktik haben die deutschen Sozialdemokraten in Oesterreich gegenüber den tschechischen Separatisten bis auf die Spitze getrieben. Sie haben sich überhaupt nicht gewehrt, obwohl sie von den Separatisten aber schon sehr ausgiebig als Feinde, ja ärger als Feinde behandelt wurden. Wir werden dem Beispiel der Separatisten nicht folgen, wir werden sie auch fernerhin nicht so behandeln wie sie uns. Aber der Moment ist gekommen, wo das Schweigen nicht mehr möglich ist, wo in aller nüchternen Ruhe alles Notwendige ausgesprochen werden muss.

Wir haben nicht nötig, ausführlich zu bekräftigen, dass die deutschen Sozialdemokraten in Oesterreich seit jeher aus tiefster Ueberzeugung für die volle Gleichberechtigung der Tschechen mit den Deutschen eingetreten sind, dass sie stets verlangt haben, dass beiden Nationen die gleichen Entwicklungsmöglichkeiten offenstehen müssen, dass sie im allgemeinen beide als vollkommen gleichwertig angesehen haben.

Aber so schmerzlich auch das Geständnis ist, es muss endlich doch gemacht werden, in einem, in einem einzigen Punkt wurden die tschechischen Genossen von den deutschen seit langen Jahren als minderwertig erkannt. Dieser einzige Punkt ist der Internationalismus.

Wir wollen damit nicht sagen, dass nicht hie und da auch einmal deutsche Genossen in die Gefahr kommen, vom Internationalismus abzurinnen — der Artikel des Genossen Hannich ist ein sprechendes Beispiel für diese glücklicherweise äusserst seltenen Fälle — aber die grosse Masse der deutschen Genossen liess sich durch solche Irrtümer Einzelner niemals verleiten, treu und fest auf dem Standpunkt der Internationale zu beharren.

Ebensowenig wollen wir aber sagen, dass dieses harte Urteil für alle tschechischen Sozialdemokraten gilt. Gerade die von der tschechoslawischen Partei ausgeschlossenen Genossen Jura, Merta, Veska u. s. w. liefern den besten Beweis, dass man auch als Tscheche voll und ganz international sein kann. Aber für die grosse Mehrheit der tschechischen Sozialdemokraten müssen wir leider konstatieren, dass sie noch immer minderwertig im Internationalismus ist.

Es fällt uns bei weitem nicht ein, diese Minderwertigkeit etwa als „nationalen Charakterzug“ betrachten zu wollen, wir wissen nur zu gut, wie das alles historisch entstanden ist, welche harten Kämpfe die tschechischen Arbeiter gegen das bürgerliche Gesindel aller Schattierungen zu führen hatten, wie die Hauptwaffe gegen sie stets die nationale Phrase war. Aber wir wissen leider auch, wie sie Schritt für Schritt dem Gegner erlagen und wie sie aus lauter Angst, Sünden gegen die Nation zu begehen, schliesslich ganz vergessen haben, dass es auch Sünden gegen die Internationale gibt.

Die Minderwertigkeit der tschechischen Sozialdemokraten im Internationalismus ist eigentlich erst seit dem Kopenhagener Kongress allgemein sichtbar geworden, aber sie besteht beinahe so lange, wie es eine tschechische organisierte Partei gibt und die



deutschen Sozialdemokraten in Oesterreich haben stets mit ihr zu rechnen gehabt. Sie haben mit ihr gerechnet und — man darf es ohne Ruhmredigkeit sagen — sie haben sich den tschechischen Genossen gegenüber stets als Brüder benommen. Und zwar hatten die Deutschen — gerade infolge der tschechischen Minderwertigkeit im Internationalismus — die Rolle des älteren, kräftigeren Bruders, der den jüngeren, schwächeren zu schützen hat. In diesem Sinne haben die deutschen Sozialdemokraten jahraus, jahrein die tschechischen vor der Oeffentlichkeit zu decken gesucht, sie haben alle Mühen und Künste aufgewendet, damit die Schwäche der tschechischen Genossen nicht offenkundig werde, damit die Arbeiterbewegung in Oesterreich als Einheit erscheine, damit auch die tschechischen Genossen als vollwertig im Internationalismus angesehen werden.

Es soll hier keineswegs die ganze Geschichte der Partei aufgerollt werden, deren jedes einzelne Blatt ein Beleg dafür ist, wie die tschechischen Genossen immer mehr ihren nationalistischen Gelüsten gefrönt und die Sorge für die Internationalität einfach den Deutschen zugeschoben haben.

Wie weit die deutschen Sozialdemokraten in der Deckung der Schwächen der tschechischen gegangen sind, kann jeder sehen, der die Uebersetzungen der Artikel aus der separatistischen Presse liest, die die deutschen Gewerkschafts- und Parteiinstanzen übersetzen liessen, um sie — in ihren Archiven aufzuheben. Sie haben sie nicht veröffentlicht, weil sie wussten, dass die blosser Publikation ohne ein Wort der Kritik einen wahren Entrüstungsturm des deutschen Proletariats gegen die tschechischen Separatisten entfesseln müsste. Sogar gegen die eigenen Genossen haben die deutschen Sozialdemokraten im Interesse des Ansehens der gesamten Bewegung, im Hinblick auf die Möglichkeit, dass die Separatisten zur Einsicht kommen, die tschechische Minderwertigkeit im Internationalismus gedeckt.

Die Deutschen dürfen mit Stolz bekennen, dass sie ihre Pflicht als Internationale voll und ganz erfüllt haben. Freilich konnten sie nicht erreichen, was unerreichbar war. So konnten sie die Minderwertigkeit der Tschechen im Internationalismus nur deshalb durch so lange Zeit decken, weil einer öffentlichen Auseinandersetzung ausgewichen wurde. Zu einem Gesamtparteitage, einer gemeinsamen Beratung und Weiterbildung des Nationalitätenprogramms reichte die Kraft der Sozialdemokratie in Oesterreich in den letzten Jahren nicht mehr aus. Das Prestige der Internationale konnte nur deshalb solange erhalten werden, weil sie möglichst wenig beansprucht wurde.

Schritt für Schritt haben die Tschechen gegen den Internationalismus Front gemacht. Sie waren es, die 1907 die nationalen Klubs in der Reichsratsfraktion durchgesetzt haben, sie waren es, die im Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten niemals als Gleiche unter Gleichen berieten und beschlossen, sondern als geschlossener Klub mit fertigen Beschlüssen in der Verbandssitzung aufmarschierten. Sie machten die Einigung bezüglich jeder kleinsten Detailfrage im Verbandsverbande zu einem äusserst komplizierten Problem, sie verunmöglichten in so und so vielen Fällen die Einigung und boten leichten Herzens der Welt das Schauspiel, Sozialdemokraten im Parlament gegeneinander stimmen zu sehen\*. Sie stellten rücksichtslos immer weitergehende nationalistische Forderungen auf, da sie erwarteten, dass sich die Deutschen für die Erhaltung der internationalen Geschlossenheit, für die Erhaltung des Verbandes alle Opfer abringen lassen würden.

Doch allzu straff gespannt, zerspringt der Bogen. Die vollständige Missachtung der Kopenhagener Beschlüsse durch die Separatisten, die Aussichtslosigkeit aller Verhandlungen mit ihnen lastete schwer auf der Tätigkeit des Verbandes im Parlament, der in den letzten Wochen vor der Auflösung unter immer grösser werdenden Reibungen zu arbeiten hatte. Als sich Genosse Modraček, ohne sich an die Meinungen des Verbandes zu kehren, aus privater Initiative auf den Obstruktionspfad begab, war die Unhaltbarkeit des Verbandes in der heutigen Form nur allzu deutlich geworden.

\* Bei dieser Sachlage wirkt es geradezu komisch, wenn eines der tschechischen Blätter sich in den letzten Tagen sogar dazu versteigt, die Konstituierung des deutschen sozialdemokratischen Klubs unter dem Titel zu melden: „Die deutschen Sozialdemokraten treten aus dem Verband aus.“



Schliesslich schlug die Aufstellung separatistischer Kandidaten gegen deutsche Sozialdemokraten in Böhmen dem Fass den Boden aus.

Das bisherige Verhältnis der deutschen zu den tschechischen Sozialdemokraten wurde für die Zukunft offensichtlich unmöglich. Es war ausgeschlossen, dass auch fernerhin die tschechische Minderwertigkeit im Internationalismus durch die Deutschen gedeckt werden konnte. Eine neue Form der Beziehungen der deutschen Sozialdemokraten zu den tschechischen ergab sich aus zwingender Notwendigkeit ganz von selbst. Die Deutschen können die Rolle des „älteren Bruders“ nicht länger spielen. Es wäre nicht nur unmöglich, sondern geradezu schädlich für die Bewegung, wenn sie es auch fernerhin als ihre Aufgabe ansehen würden, die Fehler der Tschechen, die aus ihrer Minderwertigkeit im Internationalismus entspringen, vor der Öffentlichkeit zu verheimlichen und zu decken. Die Deutschen müssen sich daran gewöhnen, die Tschechen auch in diesem Sinne als vollkommen mündig zu behandeln, dass sie sie für ihr Vorgehen als allein verantwortlich betrachten. Die Deutschen müssen die Versuche aufgeben, die bitteren Konsequenzen der Handlungen der Tschechen auf sich zu nehmen und gutmachen zu wollen, sie müssen sie selber tragen lassen. Die tschechischen Sozialdemokraten können nur aus den Tatsachen lernen, wohin ihr Verhalten führt, das die Internationalität zwar von den anderen fordert, sich um ihre Erhaltung aber auch nicht die geringste Sorge macht.

Die erste Frucht dieses neuen Standpunktes war, dass die deutschen Sozialdemokraten im Parlament sich den tschechischen gleichgestellt haben, dass sie ihrem Klub dieselbe Bedeutung gaben, die bisher nur der tschechische hatte.

Die Deutschen haben diesen Schritt nicht etwa getan, weil sie das System der nationalen Klubs für besser halten als den „Verband“. Ganz im Gegenteil. Sie sehen nach wie vor im Verbands die wirksamste Vertretung der Interessen des Proletariats, aber nur in einem Verbands, der wirklich einer ist, in dem alle nicht nur gleiche Rechte, sondern auch gleiche Pflichten haben. Indem die Deutschen vorläufig das Schwergewicht ihrer Tätigkeit in ihren Klub verlegen, vollziehen sie nur einen Akt der Pädagogik. Die tschechischen Sozialdemokraten können nun sehen, wohin es führt, wenn alle dasselbe fordern würden — wie sie. Das Vorgehen der Deutschen entspringt nicht, wie oberflächliche Betrachtung meinen könnte, autonomistischen Bedürfnissen, sondern erstrebt auf neuen Wegen das alte Ziel, die Förderung und Stärkung der internationalen Geschlossenheit unserer Parlamentsfraktion.

Während auf politischem Gebiet die Folgen der separatistischen Aktion erst sichtbar zu werden beginnen, stehen wir auf gewerkschaftlichem vor vollständig vollendeten Tatsachen. Die Bemühungen der deutschen Sozialdemokraten im Dienste des Internationalismus können daher auf gewerkschaftlichem Gebiet nicht mehr darin liegen, die Konsequenzen aus der Zerstörungsaktion zu ziehen, sondern es ist bereits möglich, an den Wiederaufbau einer möglichst einheitlich geschlossenen Organisation zu denken. Genosse Otto Bauer sieht wie mir scheint vollständig richtig, wenn er in der vorigen Nummer des „Kampf“ erklärt: „So lange der Kampf um die gewerkschaftliche Organisation tobt, ist die Einheit des politischen Kampfes unmöglich“. Der Ausgangspunkt des Friedens kann nur dort sein, wo der des Krieges war: in den Gewerkschaften. Genosse Bauer erkennt auch, dass der Internationalismus nur als ein Produkt der Einsicht aller wiedererstehen, nicht aber durch Zwang oder Machtmittel hergestellt werden kann. Man kann zwar gegenüber Gewerkschaftsschädlingen alle Gegenseitigkeitsverträge aufheben, ihnen alle finanzielle Hilfe verweigern, wenn aber einmal eine Zerstörungsaktion so weite Kreise gezogen wie die separatistische, so versagen solche Mittel. Die einzige Wehr bleibt die Aufklärung, die einzige Hoffnung, dass den Tschechen schliesslich doch die ökonomischen Notwendigkeiten zum Bewusstsein kommen werden. Genosse Bauer hält es für ausgeschlossen, dass in absehbarer Zeit der vollständig zentralistische Internationalismus in den Gewerkschaften wieder verwirklicht werden könne. Die Separatisten haben die Gewerkschaftsorganisation zersprengt, nur sie können den Schaden wieder gutmachen, leider aber niemals jene, die ihr treu geblieben. Und so bleibt denn in der von den Separatisten geschaffenen Situation nichts anderes übrig, als im Geiste des Internationalismus nach dem kleineren Uebel zu suchen. Dieses sieht Genosse



Bauer in der territorialen Abgrenzung der Wirkungsgebiete der internationalen und tschechoslawischen Gewerkschaften. Die österreichische Gewerkschaftsorganisation soll so geteilt werden, als ob Oesterreich in zwei Reiche zerfallen wäre. Das Verhältnis der beiden Gewerkschaftsorganisationen wäre dann genau das, das etwa die Gewerkschaften Deutschlands zu jenen Englands besitzen. An Stelle der Sprengung der Organisation in jedem einzelnen Betrieb soll eine Teilung in zwei Gebiete eintreten, in deren jedem nur eine zentrale Gewerkschaftsorganisation ihren Sitz hat. Für jeden, der die Bedingungen gewerkschaftlicher Kämpfe kennt, ist klar, dass das letztere tatsächlich das kleinere Uebel ist.

Der Bauersche Vorschlag ist sicher im Dienste des Internationalismus gemacht. Ob die Separatisten aber auch nur für dieses kleinere Uebel zu haben wären, darf bei ihrem jetzigen Zustand billig bezweifelt werden. Vorläufig entfernen sie sich von uns nicht nur in den Fragen der gewerkschaftlichen und politischen Organisation, sondern die letzten Ereignisse — das „gemeinsame Vorgehen“ mit den bürgerlichen Parteien aller Schattierungen in Mähren — zeigen nur allzu deutlich, dass sie der Fluch des Nationalismus nicht nur von den Genossen der andern Nationen wegführt, sondern sie auch vergessen lässt auf alle Notwendigkeiten des Klassenkampfes.

Das Maximum der Internationalität zu erzielen, ist die Taktik der deutschen Sozialdemokraten. Sie lassen sich dabei durch das Geschrei der Nationalverbändler über den „nationalen Verrat“ nicht einschüchtern, sie wissen, dass sie kein nationales Recht preisgeben, wenn sie für alle Nationen gleiche Rechte fordern. Ebenso wenig wie sie sich von den deutschen Nationalisten verleiten lassen werden, die Tschechen zu übervorteilen, ebensowenig werden sie sich von den tschechischen Nationalisten dazu engagieren lassen, für die tschechische Nation höhere Forderungen zu stellen als für die deutsche. Das Mass der Forderungen der tschechischen Nation, für das die deutschen Sozialdemokraten eintreten, kann einzig und allein bestimmt sein durch das der deutschen, die sie zu vertreten haben.

Was den tschechischen bürgerlichen Nationalisten gelang, den deutschen wird es nicht gelingen. Die deutschen Sozialdemokraten werden sich nicht verhetzen lassen. Sie werden die Schwierigkeiten, die die Separatisten in der Arbeiterbewegung erzeugt haben, nicht damit beantworten, dass sie auf deren Standpunkt herabsteigen, dass sie auch minderwertig im Internationalismus werden. Im Gegenteil. Es ist der Stolz der deutschen Sozialdemokraten in Oesterreich, dass sie international waren, sind und bleiben.

---

## Emmy Freundlich (Mähr.-Schönberg): **Wahlkampf und Klassenkampf**

Die erste Wahlschlacht, die die österreichische Arbeiterschaft auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes geschlagen hat, war von überraschendem Erfolg gekrönt. Die bürgerlichen Parteien standen der neuen Situation vollständig hilflos gegenüber. Sie hatten weder eine Partei- noch eine Wahlorganisation. Sie waren faul und träge geworden im Lotterbett des Kurienwahlrechtes und der neue Kampf war ihnen so ungewohnt, dass sie sich fast ohne Widerstand besiegen liessen. Selbst Wahlkreise, in denen unsere politischen Organisationen nur sporadisch vertreten waren und wo die gewerkschaftlichen Organisationen kaum nennenswerte Mitgliederzahlen aufweisen konnten, wurden im ersten Sturm genommen. Alle einsichtigen Leute im Kreise der Parteigenossen waren sich vom ersten Moment an klar, dass wir nicht alles, was wir gewonnen, werden behaupten können. Die Mandatsverluste, die wir in Böhmen und Mähren erlitten, haben uns aber manches Mandat gekostet, das wir zu den sichereren rechneten, und die Gründe, die zu diesen Verlusten geführt haben, liegen nicht allein an dem übergrossen Sieg der ersten Wahlschlacht, sie sind auch nicht allein in dem Terrorismus zu suchen, der von allen Gemeindevertretungen und Unternehmern geübt wurde, sie sind zu einem Teil der Beweis, dass wir noch nicht alle Anhänger zum



energischen Widerstand auch im schärfsten Klassenkampf erzogen haben, zum anderen Teil sind sie die Folgen einer klareren Klassenscheidung, die kommen musste, weil sie die Entwicklung der Gesellschaft bedingt.

Oesterreich ist das Land der kleinen Städte und Dörfer. Diese kleinen Orte haben ihr ganz besonderes geistiges Leben. In dem Dorf herrscht oft noch ein rein patriarchalisches Verhältnis. Der Bauer und der Arbeiter, der Lehrer und der Postmeister, alles, was in dem Ort lebt, verkehrt an einem Biertisch und ist durch steten Verkehr miteinander verbunden. Dazu kommen gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeiten. Vielfach wohnt der Arbeiter zu geringerem Preise oder er zahlt überhaupt keine Miete und die Frau muss als Tagelöhnerin die Miete zur Erntezeit abdienen. Dafür pflügt der Bauer dem Arbeiter den Pachtacker, auf dem er seine Kartoffeln pflanzt. Ist Not an Tagelöhnern, so hilft auch der Fabriksarbeiter dem Hausherrn bei der Ernte. Andererseits gibt es eine grosse Zahl Existenzen, deren wirtschaftliche Stellung gar nicht zu bestimmen ist. Sie sind kleine Grundbesitzer und gehen nur im Winter in die Fabrik oder haben nur im Winter den Webstuhl in der Stube stehen. Sie sind nur teilweise an der Steigerung der Löhne interessiert, zum anderen Teil ist die teurere Milch, der höhere Preis, für sie wertvoll.

Der Bauer selbst ist namentlich im Gebirge ein Mensch, der noch eine fast proletarische Lebensweise führt. Sein oft tief verschuldeter Besitz erlaubt es ihm nicht, besser zu leben als der Arbeiter. Die zwei oder drei grossen Bauern, die wirklich grossen Besitz ihr Eigen nennen, sind nicht massgebend für den Eindruck, den der Arbeiter von dem bäuerlichen Grundbesitz erhält. In all diesen kleinen Dörfern sieht der Arbeiter nichts vom Kapitalismus. Er spürt seine Wirkungen, aber er sieht nicht seine Repräsentanten. Kennzeichnend ist ein Ausspruch, den ein alter Hausweber einmal getan hat: „I kann mer's gar nie denken, dass mer von dem Geklapper wirklich reich werden soll.“ Die Leute haben von dem Reichtum überhaupt keine Vorstellung. Sie wissen nicht, welche Reichtümer die Erde birgt, die den Menschen das Dasein schöner und besser gestalten können! Ihr Sinn reicht bei den meisten — nur Arbeiter, die einmal in der Welt auf Arbeitsuche waren, wissen mehr — bis an die Grenzen des Bezirkes. Die grosse Mehrzahl stirbt noch immer auf der Scholle, auf der sie geboren ist. Diesen Arbeitern fehlt zum grössten Teil noch, selbst wenn sie organisiert sind, die Vorstellung der Klassenscheidung. Sie sehen und fühlen den Gegensatz nicht schroff und stark wie der Arbeiter der grossen Industriestädte, wo schon der grosse Fabriksbetrieb die Vorstellung der Macht des Kapitals erweckt, der Arbeiter sich täglich in seinen Fängen fühlt.

Nicht viel anders ist es in den vielen kleinen Städten. Auch hier ist der Arbeiter noch in gesellschaftlichem Kontakt mit den Gemeindegewaltigen. Auch hier entwickelt sich das moderne Leben nur langsam und allmählich. Die kleine Stadt hat allerdings vor dem Dorf eines voraus: es gibt fast nur noch reine Industriearbeiter in ihr, nicht jene Mittelschichten, die halb Arbeiter, halb Kleinbauern sind, ausser sie wandern von den umliegenden Dörfern der Stadt zu. Aber trotzdem wirken die engen Lebensverhältnisse auch hier hindernd auf den Arbeiter ein. Er lernt nicht nur die Macht des Kapitalismus nicht voll begreifen, weil der Anschauungsunterricht des täglichen Lebens fehlt, er bekommt auch nur selten den Eindruck von der Kraft und Macht der Arbeitermasse. Wann sieht er einmal wie der Arbeiter der Industriestadt Tausende Arbeiter gemeinsam demonstrieren, wann bekommt er bei dem Massenschritt der Arbeiterbataillone einmal das Gefühl für die weltumstürzende Macht des Proletariats?

Darin liegt die grosse Schwierigkeit unserer Agitation, der wir immer wieder begegnen werden. Die industrielle Entwicklung geht in den meisten Kronländern ja so langsam vor sich, dass mit der einzigen Ausnahme Nordböhmens in den meisten Gegenden nur wenige Fabriken sind. Die Arbeiter sind meist nur auf eine Fabrik, die in dem Ort besteht, angewiesen; schon das schwächt ihre Widerstandskraft. Als das erste Mal zur Wahl gegangen wurde, schreckte wohl das neue Wahlrecht auch diese Hinterlassenen der Kultur auf, aber nur die Arbeiterschaft hatte überhaupt eine Partei, die kampfbereit war. Der grösste Teil der Wähler wusste überhaupt nicht, wohin er gehört. Zum erstenmal wurden in allen Orten Wählerversammlungen abgehalten, auch



dort, wo es noch nie einen Kandidaten gegeben hatte. Auf diese vollständig indifferenten Massen musste die Wahlparole der siegreichen Sozialdemokratie wirken. Sehr viele Wähler stimmten damals gar nicht für das Programm, sondern für den Kandidaten, weil er allein zu ihnen kam. In all den kleinen Orten gab es keine Klassenscheidung. Jeder, der nicht schon vorher christlichsozial oder deutschnational war, konnte von unseren werbenden Genossen gewonnen werden. Es war kein Gegeneinanderarbeiten, sondern ein Miteinandergehen. Selbst wenn der eine Ortsinsasse anders stimmte als der andere, war keine Gegnerschaft vorhanden.

Das alles sollte aber der grosse Sieg ändern. Man kann nicht ein paar Klassen in der Schule überspringen, wenn man auch der beste Schüler ist, der Mangel kommt doch einmal zum Vorschein. So ist es auch mit der Partei der Arbeiterschaft. Wir können im ersten Sturm Siege über unsere organisatorische Kraft hinaus erfechten, aber wir können sie nicht behaupten und müssen sie dann erst im mühevollen Kampf, in schwerster Erziehungsarbeit erobern.

Unser Sieg hat vor allem die Gegner geweckt. Ihre leeren Kassen fanden die helfenden Hände des erschreckten Unternehmertums und damit die Möglichkeit, neue agitatorische Kräfte zu werben. Der Beamte und der Direktor traten in den Dienst der Agitation und gerade in den kleinen Orten, die so furchtbar geisttötend wirken, ist die Politik auch für die Bessersituierten eine angenehme Ablenkung und Zerstreuung. Das allgemeine Wahlrecht hat aber das politische Interesse überhaupt geweckt. Heute wird in den entlegensten Gebirgsdörfern gelesen. Dort aber, wo unsere Zeitung nicht hinkommt — und im Verhältnis zur Zahl unserer Wähler ist die Zahl unserer Leser verschwindend gering — dort liest man die agrarischen und deutschnationalen Zeitungen mit Eifer. Die Lügen und Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie sind deshalb weit tiefer in die Massen der Indifferenten eingedrungen als früher.

Dazu aber kamen die Kämpfe gegen die Teuerung, vor allem die Kämpfe gegen die Milchteuerung. Der kleine Häuselmann, der ja Proletarier ist, der vielleicht sogar selbst zeitweise Arbeiter ist, sah plötzlich, dass man ihm verwehren will, seine Milch teurer zu verkaufen. Und wenn er nur ein paar Liter täglich verkauft hat, er fühlte sich doch benachteiligt. Selbst Männer, die schon Mitglieder unserer politischen Organisation waren, traten wieder aus, weil sie sich vernachlässigt fühlten. Das mangelnde Verständnis für all diese wirtschaftlichen Fragen, das heute noch von jedem halbwegs gut scheinenden Schlagwort geködert werden kann, fand sich nicht mehr zurecht. So entstand in den Dörfern und den kleinen Städten der schroffe Gegensatz zwischen Arbeitern und Bauern.

Alle jene Elemente, die sich durch derartige Kämpfe benachteiligt fühlten, waren natürlich bereit, die Verleumdung, dass wir die Schuldigen an der mangelnden Arbeitsfähigkeit des Parlaments seien, zu glauben. Diese Missstimmung benützten nun unsere Feinde, um die Zweifler zu Gegnern zu machen. Es wurden vor allem die Gemeindevorsteher bearbeitet. Bei den Wahlbesprechungen der Deutschnationalen wurden nicht zuerst die Vertrauensmänner, sondern vor allem die Gemeindevorsteher eingeladen. Wo ein Vorsteher war, der nicht auf das agrarische oder deutschnationale Programm geschworen hat, wurde gerade er besonders eingeladen, von den Deutschnationalen seiner Gemeinde, die doch immer die einflussreichsten Leute sind, bearbeitet, so dass er musste, er mochte wollen oder nicht.

Wenn man sich das Milieu dieser kleinen Orte vergegenwärtigt, kann man sich eine Vorstellung von der Wirkung dieser Agitation auf die Arbeiterschaft machen. Die Arbeiter, die nicht in unseren Organisationen stehen, aber doch wenigstens aufrichtig mit uns sympathisieren, verloren einfach den Kopf. Es wurde ihnen gedroht, sie würden die Wohnung und den Pachtacker verlieren, sie müssten auswandern, denn der Ort habe keinen Raum für die Roten. Doch nicht der Zwang allein, auch die verlogene Ideologie der Interessengemeinschaft musste helfen. Es hiess vielfach: „Wir Bauern leben mit euch in einem Dorf, wir sind aufeinander angewiesen, wir müssen miteinander leben. Deshalb müssen wir uns vertragen. Wählt, wen wir wollen, und wir wollen euch helfen.“ Bei den ungeschulten Arbeitern hat auch diese Agitation ihre Wirkung getan.



Ein ähnlicher Umwandlungsprozess trat auch bei den kleingewerblichen Schichten der Bevölkerung ein. Der kleine Handwerker ist ein Feind des Steuerzahlens und hat gewiss bei allen Kämpfen gegen die indirekten Steuern mit der Arbeiterschaft sympathisiert. Er ist aber ebenso der Feind aller Sozialpolitik und vor allem Gegner einer Verkürzung der Arbeitszeit. Die Flugblätter der Arbeitgeber, die gegen die Erweiterung des Arbeiterschutzes protestieren, haben sehr viele kleingewerbliche Stimmen auf die bürgerlichen Kandidaten vereinigt, die ehemals uns gehört haben.

Es wäre müßig und unser nicht würdig, wenn wir an diesen Erscheinungen blind vorübergehen oder wenn wir sie tief beklagen würden. Wir sind heute nicht schwächer, als wir nach dem grossen Sieg von 1907 waren, wir stehen heute nur wirklich isoliert im politischen Leben. Für uns ist nicht die Niederlage, die wir in einzelnen Wahlkreisen erlitten haben, entscheidend, sondern die Lehre, die wir aus all dem ziehen werden.

Vor allem müssen wir energisch und mit aller Kraft an dem Ausbau unserer gewerkschaftlichen Organisationen arbeiten. Wo soll der Arbeiter, der nicht gewerkschaftlich organisiert ist, eine Stütze finden im Klassenkampf? Er ist der Unternehmerwillkür preisgegeben und kann sich meist gar nicht anders helfen, als den oktroyierten Willen zu erfüllen. Hier müssen wir endlich auch auf die notwendige Organisation der Landarbeiter hinweisen. In den letzten Jahren haben unsere Provinzblätter immer wieder Artikel veröffentlicht, die sich mit den bäuerlichen Interessenten auseinandergesetzt haben. Hätten wir so viel geistige Kraft auf die Organisation der Landarbeiter angewendet, so hätten wir im Wahlkampf grössere Erfolge erzielt. Nur der „Arbeiterwille“ hat systematisch die Agitation der Landarbeiter gefördert. Die verschiedenen Verbände der Landarbeiter gehen nun daran, einen Reichsverband zu gründen; es wäre zu wünschen, dass weit mehr als bisher diese junge und für Oesterreich so notwendige Organisation von allen Wahlkreisleitungen gefördert würde.

Wichtig ist ferner die Verbreitung unserer Presse. Wir müssen nicht nur trachten, ihr Aufklärungsgebiet auszudehnen, es muss auch unsere Provinzpresse weit mehr als bisher für prinzipielle Fragen und Aufklärungen Raum finden. Seiten werden noch immer an eine meist sehr unfruchtbare Polemik gewendet, die mit jedem nationalen Schriftleiter geführt wird, und zur wirklichen Aufklärung bleibt viel zu wenig Raum. Was wird über den Nationalismus geredet und wie wenig wirkliche Aufklärungsarbeit wird auch hier geleistet! In den letzten vier Jahren war es eine einzige Artikelserie von Genossen Renner, die durch die gesamte Presse Oesterreichs gegangen ist, die erziehend und aufklärend wirken konnte. Es soll dies keineswegs ein Vorwurf sein. Jeder, der weiss, wie beschränkt der Raum eines kleinen Blattes ist und wie viel hineingehen soll, der wird es begreiflich finden, dass die prinzipielle Erziehung immer weniger Raum findet als Tagesfragen. Es wäre da gewiss auch zu erwägen, ob nicht vielleicht von der Redaktion des „Kampf“ Artikel an die Provinzpresse versandt werden könnten, die diese Seite der Erziehung fördern. Die neugegründeten Tagblätter werden übrigens mehr Raum haben und auch hier mehr leisten können. Die Verbreitung und die Ausgestaltung unserer Presse wird ja auch gefördert werden, weil nun endlich durch die Wahlniederlage der Christlichsozialen unser leitendes Organ, die „Arbeiter-Zeitung“, mehr als bisher den Kampf gegen den Nationalverband und alle seine Trabanten führen können. Die geistige Leitung hat in diesem Kampf leider noch immer gefehlt. Es fehlten vielfach die schlagkräftige Parole und der zentralisierte Kampf. Die „Arbeiter-Zeitung“, die wir alle so sehr schätzen, deren Leitung und Leistung wir immer bewundernd anerkennen, wird nun auch für die Sudetenländer den Kampf führen können und führen müssen. Sie hat im Wahlrechtskampf so viel geleistet und hat gewiss ihr grosses Verdienst an den Wiener Wahlen, die ohne die „Arbeiter-Zeitung“ nie denkbar gewesen wären. Sie muss nun auch den Kampf gegen den erstarkten Nationalismus führen.

Bei allem aber dürfen wir die Erziehung unserer Vertrauensmänner nicht vergessen. Es genügt nun meiner Ansicht nach nicht, dass die Parteileitung diese Sorge einfach den Wahlkreisen überlässt. Es fehlt ja manchmal an einer fähigen Wahlkreisleitung und die systematische Arbeit liegt vielfach brach. Die Genossinnen versenden



seit Beginn dieses Jahres allmonatlich einmal an sämtliche weiblichen Vertrauenspersonen Material, das nicht nur bei wichtigen Anlässen den Vertrauenspersonen Hilfsmittel für Referate bringt, sondern ihnen auch immer wieder genaue Anleitung für die praktische Arbeit gibt. Soweit es bei der kurzen Spanne Zeit möglich ist, wird allgemein bestätigt, dass die Genossinnen sehr froh sind, diese Anleitungen zu erhalten, und sehr gern danach arbeiten. Das ist eine kleine Mühe und verursacht ganz geringe Kosten. Der Vertrauensmann bekommt dadurch aber erst den Weg für seine Tätigkeit gezeigt. Wie oft möchten die Genossen sehr gern arbeiten, sie wissen nur vielfach in den kleineren Orten gar nicht, wie sie es anfangen sollen. Ihnen hier zu helfen, wäre eine wichtige Pflicht der Parteivertretung.

Eines aber vor allem müssen die Wahlen bringen: die klare Erkenntnis, dass auch wir reine Klassenpolitik treiben müssen. Wenn hie und da Ideen auftauchen, dass wir trachten müssen, die Kleingewerbetreibenden oder die Kleinbauern zu organisieren, so zeigt das nur, dass die Wahlniederlage leicht dazu führen könnte, dass wir unseren reinen Klassenkampfcharakter verleugnen wollen. Jedem Einsichtigen, der sich nicht nur von den momentanen Stimmungen beeinflussen lässt, muss es klar sein, dass gerade die Wahlen mit all ihrem Terrorismus uns lehren, vor allem an der Erziehung und Schulung der Arbeiter für den Klassenkampf zu arbeiten. Wenn es uns gelingt, die Millionen Arbeiter, die heute den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen fernstehen, zu gewinnen und sie zu energischen klassenbewussten Kämpfern zu machen, dann werden wir allen Stürmen besser trotzen können, als wir es diesmal konnten. Es sei auch darauf verwiesen, dass wir alle Teuerungspläne der kleinen und der grossen Agrarier mehr als bisher für die gewerkschaftlichen Kämpfe ausnützen müssen. Was nützen alle Milch- und Fleischboykotte, sie treffen doch nicht die grössten, sondern die kleinsten Produzenten. Sie verlaufen ausserdem alle im Sande, da namentlich die Milch im Familienhaushalt nicht zu entbehren ist. Jede Lebensmittelerhöhung sollte zu einer grossen Agitation für die gewerkschaftlichen Organisationen ausgenützt werden. Das würde vielleicht auch die Freundschaft zwischen Industriellen und Agrariern trüben, wenn diese Hoffnungen auch nicht zu gross sein dürften.

Der kommende Parteitag wird Gelegenheit geben, über die wichtigen Lehren, die wir alle im Wahlkampf erhalten haben, zu sprechen, eine starke Beschickung wäre dringend notwendig. Unsere Niederlagen sind immer unser Glück gewesen, weil wir lernen wollten und konnten. So soll es auch diesmal sein. Wir müssen die Arbeiterschaft der kampfhessigen Gegenden der Sudetenländer so gut und so emsig erziehen — vor allem erziehen — wie die Wiener Arbeiter im Kampf gegen die Christlich-sozialen erzogen wurden. Jeder Arbeiter muss nicht nur den Reihen des klassenbewussten Proletariats gewonnen werden, er selbst muss Kämpfer und Organisator werden. Wenn wir trotz der glänzenden Wahlarbeit, die wir diesmal geleistet haben, Niederlagen erlitten, so liegt das vor allem an der mangelnden Schulung der Arbeiterschaft und der Bevölkerung im allgemeinen. Deshalb muss wieder an die Arbeit gegangen werden mit aller Kraft und aller Energie. Aufklärung ist das einzige, was helfen kann.

## S. Semkowski: **Russland in der Revolution**

### I.

Wie eine gigantische Fackel steht die russische Revolution vor dem Eintritt in eine neue Weltära — in die Epoche der Revolutionen. Bereits die Niederlage des Zarismus in dem Russisch-Japanischen Kriege gab einen gewaltigen Anstoss zu der revolutionären Entwicklung ganz Asiens, in erster Reihe Chinas und Indiens, die von ihrem jahrhundertelangen Zauberschlaf durch den eindringenden Kapitalismus geweckt wurden. Und die Revolution in Russland diene einerseits als Signal zum revolutionären Aufmarsch des Proletariats auf der ganzen Welt, vor allem in Oesterreich (Eroberung des allgemeinen Wahlrechtes) und in Deutschland (Wahlrechtskampf in Preussen); ander-



seits fand sie einen unmittelbaren Widerhall in der persischen Revolution, die ein tausendfältiges Echo in der ganzen muselmännischen Welt erweckte. Und kaum verhallte dieses erste revolutionäre Grollen, brach im Jahre 1908 die türkische Revolution und gleich darauf, im Jahre 1909, der militärische Aufstand in Griechenland aus. Zugleich loderte die revolutionäre Flamme am entgegengesetzten Ende Europas, in Spanien, auf; und dem revolutionären Streik in Spanien, der im Blute des Proletariats ertränkt wurde, folgte die siegreiche Revolution in Portugal und bald darauf, jenseits des Ozeans, in Mexiko.

Schon als Ausgangspunkt dieser die ganze Welt immer weiter umfassenden revolutionären Entwicklung stellt die russische Revolution nicht nur ein lokales, sondern ein internationales Interesse dar. Aber für das kämpfende Proletariat tritt ihre internationale Bedeutung noch in einem ganz besonderen Lichte hervor. Ihrem ganzen Charakter nach unterscheidet sich die russische Revolution prinzipiell von allen Revolutionen der letzten Jahre, die einen niedrigeren, vorkapitalistischen Typus der revolutionären Umwälzungen darstellen. In der Türkei zum Beispiel oder in Portugal fiel infolge der Schwäche der Klassengegensätze wie auch der Klassen selbst die revolutionäre Initiative der Armee zu, als der einzigen konsolidierten Macht im Staate; das Proletariat konnte bei dem embryonalen Zustand des Kapitalismus keine selbständige Rolle spielen. Anders stand die Sache in Russland. Hier trat zum ersten Male in der Weltgeschichte an die Spitze der Revolution, zugleich als ihre Haupttriebkraft und als ihr Führer im allgemein staatlichen Massstab das Proletariat auf, in eine selbständige, klassenbewusste Macht organisiert. Hier war es dem Proletariat zum ersten Male beschert, in einem offenen Kampf von Angesicht zu Angesicht mit einem modern zentralisierten, mit allen Mitteln einer europäischen Grossmacht ausgestatteten Staat zusammenzustossen und dabei zum ersten Male die modernen Methoden des proletarischen revolutionären Kampfes in ihrem vollen Masse anzuwenden.

Aus diesen Gründen kann von dem Standpunkt des internationalen Proletariats aus das Interesse für die russische Revolution, für ihre Erfahrungen und die von ihr gestellten Probleme von dem Strom der Zeit nicht verwischt werden. Ganz im Gegenteil wird dieses Interesse noch steigen in dem Masse, wie sich die Klassengegensätze verschärfen und der Kampf der Arbeiterklasse immer entschiedener Formen annimmt. Das trat auch neulich im Zusammenhang mit der Verschärfung des preussischen Wahlrechtskampfes klar zu tage: in den aus diesem Anlass entstandenen Debatten — siehe zum Beispiel die Diskussion zwischen Karl Kautsky und Rosa Luxemburg — nimmt die russische Erfahrung bezüglich des politischen Massenstreiks, des Ineinandergreifens der politischen und der ökonomischen Streiks und des revolutionären Kampfes im allgemeinen einen ehrenvollen Platz ein.

Bis zur letzten Zeit gab es fast nur ein einziges zusammenfassendes Werk, aus dem die deutschen Leser ihre Bekanntschaft mit der russischen Revolution schöpfen konnten — nämlich das Büchlein von A. Tscherewanin: „Das Proletariat und die russische Revolution.“\* Aber schon der Umstand, dass die Verlagsbuchhandlung selbst, um „Missverständnissen vorzubeugen“, es für nötig hielt, in einer Vorbemerkung hervorzuheben, dass sie sich „allerdings nicht ohne Bedenken“ entschloss, das Büchlein Tscherewanins zu akzeptieren, und dass dieselben Bedenken auch bei der Genossin Roland-Holst, die die Vorrede verfasste, entstanden seien, schon dieser Umstand musste zu dem Gedanken führen, dass das vorliegende Werk als eine ziemlich bedenkliche Quelle für das Studium der russischen Revolution zu betrachten sei. Und diese Wertung musste noch dadurch bekräftigt werden, dass kurz nach dem Erscheinen dieses Büchleins die anerkannten Vertreter der menschewistischen Richtung in der Partei, die Tscherewanin als die seinige anerkennt, es für gut fanden, sich öffentlich von seiner Methode abzugrenzen, der Methode, die in den Schluss hinausläuft, die ganze russische Revolution wäre eine einzige ununterbrochene Reihe von Fehlern des Proletariats, die auch die endgültige Niederlage der Revolution verursacht hätten.

\* Mit einer Vorrede von H. Roland-Holst und einem Anhang vom Uebersetzer S. Lewitin. Stuttgart 1908. Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. (Nr. 2 der Kleinen Bibliothek.) Preis gebunden 1 M., broschiert 75 Pf., Vereinsausgabe 50 Pf.



Aber abgesehen selbst von dieser eigenartigen Methode, gibt das Büchlein Tscherewanins keine Schilderung der Revolution, was doch der fremde Leser von einem Werk über die russische Revolution vor allem zu verlangen berechtigt ist. Es ist vielmehr eine taktische Studie aus Anlass der Revolution. Und diese taktischen Betrachtungen geben auch nicht im entferntesten den lebendigen Geist jener grossen Periode wieder. Wenn man sie liest, kann man sich schwer von dem Eindruck losmachen, dass der Autor ausserhalb des Hauptstromes der Ereignisse dieses tollen Jahres gestanden ist. Statt diese in ihrer eigenen Entwicklung und Entfaltung zu verfolgen, ihre kausalen Zusammenhänge aufzudecken, tritt er an sie von aussen her mit einem im voraus auf spekulative Weise hergestellten rationalistischen Massstab heran. Im Resultat ergibt sich daraus eine sozusagen „normative Geschichte“ der russischen Revolution, die ebenso gut wie in Petersburg oder Moskau in Berlin oder Wien hätte geschrieben werden können.

Um so mehr durfte man das Erscheinen des Buches von N. Trotzky, „Russland in der Revolution“\* begrüessen, das die „Schilderung eines Augenzeugen und Mitbeteiligten, aus den Ereignissen heraus empfunden und geschrieben“ (Vorwort) darstellt. Diese Schilderung darf um so grösseres Interesse erregen, als der Autor im Mittelpunkt der revolutionären Ereignisse gestanden ist. Wenn man überhaupt von Führern in dieser Periode sprechen kann, so war der Verfasser mehr als irgend jemand anderer ein politischer Führer des Petersburger Arbeiterdelegiertenrates, dessen Vorsitzender Chrustalew, der sich der Sozialdemokratie erst im Gange der Revolution anschloss, um kurz nach ihrer Niederlage in das Lager der Syndikalisten überzutreten, eine mehr zufällige Figur in der russischen Revolution war. Aber zu gleicher Zeit stellt das Buch Trotzky's keineswegs bloss „Memoiren“ dar. In der zusammenfassenden und doch konkreten Darstellung der revolutionären Vorgänge ist der Verfasser bestrebt, die immanente Logik der sich mit eiserner Notwendigkeit aufrollenden Ereignisse, die lebendige Dialektik des sozialrevolutionären Kampfes zu zeigen.

Die beiden oben genannten Bücher über die russische Revolution, Tscherewanins und Trotzky's, bilden einen diametralen Gegensatz — und zwar in allen Beziehungen. Um so lohnender scheint es uns zu sein, die beiden Werke nebeneinander ausführlicher zu betrachten. Aber ehe wir dazu übergehen, müssen wir noch mit einigen Worten ein drittes, vor kurzem erschienenenes Buch erwähnen, betitelt „Geschichte der russischen Revolution“.\*\* Nicht deswegen, weil es seinem Inhalt nach in einer direkten Beziehung zur russischen Revolution steht, sondern gerade aus dem Grunde, weil das nicht der Fall ist und der Titel leicht irreführen könnte.

Der vorliegende erste Band behandelt in chronologischer Ordnung verschiedenartige revolutionäre Strömungen in der russischen Gesellschaft in der Zeit von den ersten Regungen des „sozialpolitischen Kritizismus“ am Ende des 18. Jahrhunderts bis zum Beginn der Siebzigerjahre des 19. Jahrhunderts. Aus dem Vorwort, in dem der Verfasser den Inhalt der fünf Bände anführt, die das Gesamtwerk ausmachen sollen, ergibt sich, dass er von der eigentlichen russischen Revolution erst am Ende des fünften Bandes zu sprechen gedenkt. Und doch nennt der Autor sein Buch — schon vom Beginn des ersten Bandes an — die „Geschichte der russischen Revolution“! Aber, was gewiss viel schlimmer ist, man muss gestehen, dass der Autor darin ganz konsequent vorgeht. Weil für ihn, im Grunde genommen, die ganze Mannigfaltigkeit der komplizierten Klassenkämpfe in der Dauer eines ganzen Jahrhunderts der russischen Geschichte sich mit der rein äusserlichen, vulgärrevolutionären Formel des Kampfes des Konstitutionalismus mit dem Absolutismus oder des Föderalismus mit dem Zentralismus deckt. Schon dadurch allein wird der innere Wert des Werkes von Kulczycki bestimmt. Dabei kommt noch der Umstand hinzu, dass der Autor ein sozusagen verbissener Eklektiker ist. Nicht umsonst vertrat er auch im polnischen Sozialismus von jeher eine Richtung mit einem durch und durch eklektischen Programm. Der Eklektizismus durchdringt sein

\* Verlag Kaden & Komp., Dresden. Preis 6 Mark.

\*\* Von Ludwig Kulczycki. Einzig autorisierte Uebersetzung aus dem Polnischen von A. Schapire-Neurath. 1. Band. Gotha 1910. Friedrich Andreas Perthes A.-G. Preis 8 Mark. (In der polnischen Literatur ist der Autor auch unter dem Pseudonym Mieczyslaw Mazowiecki bekannt.)



ganzes Buch, das übrigens keine vollständig wissenschaftliche Untersuchung, sondern ein rein kompilatives Werk ist. Kulczycki versucht stellenweise, sich auf die russischen Historiker stützend, die sozialökonomischen Wurzeln der revolutionären Bewegungen zu entdecken, doch geht seine Analyse nirgends tief genug. Oefter aber wird bei ihm die Geschichte auf den Kopf, auf die Ideen und Doktrinen der revolutionären Zirkel gestellt. Und es werden da ganze Seiten der Wiedergabe des Inhaltes und der Kritik der schon längst ausgelebten Ideologien gewidmet, wobei sogar ein ernster Streit mit den vor Jahrzehnten gehenkten Revolutionären geführt wird. Die einzig positive Seite des Buches von Kulczycki besteht in einer fleissigen Ausnützung der Quellen. Aber auch hier wird meistens unkritisch vorgegangen und die ganze Arbeit durch ein perspektivloses Einfädeln des Materials entwertet, indem das Wichtige und das Belanglose einen gleichen — und dabei viel zu breiten — Platz einnimmt.

## II.

„Das klassenbewusste Proletariat . . . begann (nach dem Oktobersieg) eine Taktik zu entfalten, deren notwendiges und unvermeidliches Ergebnis die Dezemberriederlage war“ — auf diese These wird das ganze Buch Tscherewanins zugespitzt und man darf wohl sagen, dass sie, vom Verfasser auf allerlei Weise unermüdlich wiederholt, sein ganzes Werk ausmacht. Das ziemlich reiche Tatsachenmaterial wird nur in dem Masse angeführt, in dem es, nach der Meinung des Autors, seine Grundthese stützen kann. Dass eine solche Methode der Geschichtschreibung geeignet ist, gar zu oft die wirkliche Perspektive der realen Begebenheiten zu verzerren, ist klar. Es genügt, nur das Kapitel über den Oktoberstreik zu lesen, der dem Zarismus ein konstitutionelles Manifest entriss. Von dem Proletariat, das in jenen Tagen mit eherner Hand das ganze Leben im Staat stilllegte, erzählt Tscherewanin trocken und karg. Dafür werden aber auf einer Reihe von Seiten die geringsten Ausstände der verschiedenen Kategorien der bürgerlichen Intelligenz sorgfältig aufgezählt und beschrieben. So eine Gruppierung des Materials erreicht den gesuchten Eindruck, die bürgerliche Demokratie habe eine wirkliche Massenmacht dargestellt, das Proletariat also — seine Kräfte arg überschätzt. Und Hand in Hand mit dieser Verzerrung der Perspektive geht bei Tscherewanin die Verschweigung dessen, was in seine Kombinationen nicht passt. So, um zu beweisen, dass „das Petersburger Proletariat und seine Deputierten alles aufgewendet (hatten), um ihre Kraft zu verschwenden, ehe der Moment eines entscheidenden Kampfes mit der Regierung herangenaht war“, verschweigt er einfach die durchaus rege organisatorische und agitatorische Tätigkeit des Arbeiterdelegiertenrates und der sozialistischen Parteien, die alles aufgeboten haben, was in einer so kurzen Zeit angesichts der immer näher heranrückenden Reaktion aufgeboten werden konnte.

Nicht immer aber gelingt es Tscherewanin, mit Hilfe dieser Methoden die Ereignisse in das Prokrustesbett seiner Formel einzuzwängen. Es kommt nicht selten vor, dass die von ihm selber angeführten Tatsachen seine Konstruktion widerlegen und er in einen Widerspruch mit sich selbst gerät. So stellt er zum Beispiel, indem er zu beweisen sucht, dass das Proletariat seine ganze Hoffnung auf das Bündnis mit der Bourgeoisie und nicht auf die Unterstützung des Bauerntums und der Armee setzen sollte, die kategorische Behauptung auf, dass „das Militär in seiner Gesamtsumme eine ausgesprochen reaktionäre, der ‚Schwarzen Hundert‘ verwandte Macht war“. Und doch weist er an einer anderen Stelle desselben Büchleins selber auf „die sich weit verbreitende, über 26 Gouvernements erstreckende Bauernbewegung und eine ganze Reihe von Soldatenrevolten (in Sebastopol, Kronstadt, Kiew, Jekarinodar, Nowowssisk und Charkow“ (S. 67) hin; manchmal ist er sogar gezwungen, ein Bild zu schildern, wie „ganze Regimenter auf den Strassen demonstrierten und mit den demonstrierenden Arbeitern fraternisierten“ (S. 101).

Gestützt auf seine Methode „beweist“ nun Tscherewanin ohne jedwede Mühe, dass die Niederlage der Revolution durch eine fehlerhafte Taktik des Proletariats verursacht wurde, das durch sein „unversöhnliches“ Betragen seinen „Bundesgenossen“, die Bourgeoisie, von sich abstieß, ihn in die Arme der Reaktion trieb und dann, ganz



isoliert und seine Kräfte weitaus überschätzend, die gerüstete Macht der Regierung herausforderte. Das ist aber nur das negative Ergebnis der Tscherewaninschen Analyse, die indessen auch ihre positive Seite hat. Tscherewanin stellt nämlich noch eine zweite Frage: Wie wäre „der vernünftige, realistische Weg“, der das Proletariat statt zur Niederlage zum Siege führen könnte? Und diese Frage beantwortet Tscherewanin ganz präzise — es ist nur zu bedauern, dass seine Antwort ziemlich spät kam, nämlich erst nach der Niederlage der Revolution! —: Das Proletariat sollte im Oktober 1905 „sich auf das eben Errungene, auf die Duma, stützen“ und, die Bourgeoisie nicht abschreckend, sich in keine unversöhnliche Pose zur Regierung stellend, auf langsamere, aber desto sicherere Weise für die Revolution eine breitere Basis in den Volksmassen schaffen.

Die objektive Unzulänglichkeit und Grundlosigkeit sowohl der negativ kritischen als der positiv schöpferischen Konstruktion Tscherewanins deckt am besten das den wirklichen Gang der Revolution schildernde Buch Trotzky's auf, dessen Besprechung wir unten geben. An dieser Stelle möchten wir nur auf die Tatsache hinweisen, dass Tscherewanin selber anerkennen musste, dass der von ihm vorgeschlagene „logische Ausgang vor allem neben anderen Einwirkungen durch das (konstitutionelle) Manifest selbst gehindert wurde. Alles, was darin versprochen war, schien ephemere zu sein: denn heute wurde es versprochen, morgen konnte es wieder zurückgenommen sein. In den Handlungen der Regierung war keine Spur von Konsequenz zu merken: die ersten Tage der verkündeten Freiheit wurden von den schrecklichsten Pogromen begleitet, die offenbar von Petersburg aus inspiriert waren“ (S. 66). Im Lichte dieser Tatsachen, die gegen die Beschwörung Tscherewanins: „noli tangere circulos meos!“ („berühre meine geometrischen Figuren nicht!“) ganz taub bleiben, ist er sogar gezwungen, zu erklären: „Es mag sein, dass sie (die „grundfalsche Taktik des Proletariats“) vielleicht unvermeidlich war, vielleicht wäre jede andere Taktik bei der völlig widerspruchsvollen Haltung der Regierung und bei der revolutionären Stimmung des Proletariats in diesem Moment unmöglich gewesen. Aber es tut nichts zur Sache...“ (S. 92). Es tut nichts zur Sache oder — wie man sich sonst auszudrücken pflegt — desto schlimmer für die Tatsachen! Man könnte dem fruchtlosen Rasonieren dieser Kabinettsstrategie, die empfiehlt, die Revolution nach den im voraus verfertigten Noten zu spielen, kaum eine verdientere Einschätzung geben, als es der Autor selber getan. Wie es den sogenannten Realpolitikern oft passiert, erweist sich Tscherewanins taktische Weisheit als blosser Utopisterei, die mit der realen Wirklichkeit nicht rechnet. Auf abstrakt logischen Möglichkeiten aufgebaut, gleicht sie jenen ideal vollkommenen Plänen der berüchtigten österreichischen Hofkriegsräte, deren einziger Mangel darin bestand, dass die wirkliche Entwicklung der Ereignisse über sie zur Tagesordnung überzugehen pflegte.

Schliesslich ist es noch interessant, dass Tscherewanin in einem anderen später verfassten und ins Deutsche nicht übersetzten Buch über die russische Revolution, betitelt „Die gegenwärtige Lage und die mögliche Zukunft“ (Moskau 1908), seine Behauptung einigermassen zurücknimmt, dass die Fehler des Proletariats der Grund der Niederlage der Revolution gewesen seien. So schreibt er: „Das Proletariat und die Sozialdemokratie begingen ohne Zweifel eine Reihe von Fehlern, die nicht umhin konnten, den Sieg der Revolution zu erschweren, wenn dieser Sieg überhaupt möglich gewesen wäre (unterstrichen vom Autor selbst). Jetzt aber muss man schon die Frage aufstellen, ob dieser Sieg wirklich möglich war...“ Und diese Frage beantwortet Tscherewanin mit einem entschiedenen Nein. Die prädestinierte Ausichtslosigkeit der russischen Revolution versucht er sogar durch eine genau statistische Berechnung der „Kräfte der Revolution“ zu begründen. Wenn Tscherewanin früher das Proletariat mürrisch belehrte: man sollte dem Zusammenstoss ausweichen — so gipfelt jetzt seine Analyse in dem logischen Schluss: man sollte überhaupt den Kampf nicht aufnehmen. Dabei übersieht unser Realpolitiker nur eines: liesse sich das Kräfteverhältnis so einfach mittels arithmetischer Manipulationen ausrechnen, würde es überhaupt keine Revolutionen geben — es bliebe nur, automatisch zu konstatieren, wem im gegebenen Augenblick die Macht zukomme. Leider entwickelt sich die Geschichte nicht nach der Tscherewaninschen Methode.



## III.

Bei Tscherewanin würden wir vergebens nach einer tieferen Analyse der kämpfenden Klassen suchen. Er operiert mit gesellschaftlichen Gruppierungen, wie sie an der Oberfläche des politischen Lebens erscheinen. Es ist aber klar, dass ein richtiges Verständnis des Ganges wie des Ausganges jeder Revolution eben auf die Analyse der gegebenen Klassengesellschaft und deren materiellen Grundlagen aufgebaut werden muss, die die vorhandenen Produktivkräfte bilden.

In dieser Beziehung unterscheidet sich das Buch Trotzky's vorteilhaft von dem Tscherewanins. Es wird durch eine Darstellung der agraren und industriellen Struktur Russlands, seiner ökonomischen Entwicklung und der von ihr erzeugten gesellschaftlichen Kräfte eingeleitet: des Zarismus und des Adels, der kapitalistischen Grossbourgeoisie und der bürgerlichen Demokratie, des Bauerntums und des Proletariats. Gewiss stellt diese nicht ganz 40 Seiten umfassende Einleitung nur eine Skizze dar; für eine umständliche Behandlung des Gegenstandes wäre der Raum von einigen Bänden erforderlich gewesen. Aber die charakteristische Eigenschaft der Feder des Verfassers ist eben das Vermögen, mit wenigen Strichen ein zwar knappes, aber auch grelles und konkretes Bild zu zeichnen, das in einem treffend ausgewählten Zahlenmaterial, das den neuesten Quellen entnommen und mit den entsprechenden Zahlen der europäischen Statistik verglichen wird, seinen festen Grund erhält. So gelingt es dem Verfasser, die Eigentümlichkeiten des russischen Kapitalismus, die auch den eigenartigen Gang der Revolution selbst bedingten, klarzumachen.

Der russische Kapitalismus, an dem sich in letzter Linie der Absolutismus den Kopf zerschmetterte, ist nicht wie in Westeuropa\* auf dem Boden des Handwerks allmählich entstanden. Vielmehr wurde er von aussen her, vom Westen, und zwar schon von vornherein in seiner hoch entwickelten Form, importiert. Dadurch wurde einerseits das russische Handwerk im Keim erstickt, andererseits aber erhielt die russische Industrie einen ungeheuer konzentrierten Charakter. Manchen ausländischen Genossen wird zweifellos die Tatsache überraschen, dass wir in Russland die konzentrierteste Industrie Europas besitzen. Trotzky führt zum Beweis vergleichende Angaben über die Verteilung der Arbeiter nach den Gruppen von Betrieben verschiedener Grösse in Russland, Deutschland und Belgien an. Eine solche Vergleichung ergibt den Schluss, dass „erstens innerhalb der gleichartigen Gruppen auf jeden der russischen Betriebe eine grössere Anzahl von Arbeitern entfällt, als es in Deutschland (und Belgien) der Fall ist; zweitens, dass die Gruppen von Gross- und Riesenunternehmungen einen grösseren Prozentsatz von Arbeitern als die entsprechenden in Deutschland (und Belgien) um sich konzentrieren“ (S. 13). Es sollte dabei nur hervorgehoben werden, dass, was die Reife des Kapitalismus für die soziale Revolution betrifft, selbstverständlich noch die vergleichenden Zahlen über die organische Zusammensetzung des Kapitals und über das spezifische Gewicht der kapitalistischen Industrie überhaupt in der Oekonomie des Landes in Betracht gezogen werden müsste, woraus sich dann sicher ergeben würde, dass Russland mit Deutschland natürlich keineswegs Schritt halten kann. Uebrigens hebt das der Verfasser einigermassen selber hervor, indem er sagt: „Diese moderne Industrie (Russlands) von so hohem kapitalistischen Typus umfasst nur die Minderheit der Bevölkerung, während die bäuerliche Mehrheit derselben in den Fesseln der wirtschaftlichen Armut und Standessklaverei schmachtet. Dies setzt seinerseits der Entwicklung der kapitalistischen Industrie ihre Schranke“ (S. 13 und 14).

Die eigenartige ökonomische Struktur Russlands, das „die konzentrierteste Industrie Europas auf der Grundlage der rückständigsten Landwirtschaft Europas“ aufweist, bestimmte die Triebkräfte der russischen Revolution. Trotzky deckt trefflich die innerlich bedingte Rolle der verschiedenen gesellschaftlichen Klassen und Gruppen in der Revolution auf. Das ausländische Finanz- und Industriekapital, das in Russland bloss ein Ausbeutungsobjekt zu sehen pflegte, „realisierte seine politische Macht ausserhalb der Grenzen Russlands, in dem französischen, belgischen oder englischen Parlament“. Das

\* Vom russischen Standpunkt aus gehören auch Oesterreich und Deutschland zu Westeuropa.



einheimische Kapital aber — besonders was die schwere Industrie anbelangt — wurde auf die Liebesgaben der Regierung angewiesen und anderseits in seinen oppositionellen Regungen von Anfang an durch das mächtige Auftreten des Proletariats paralysiert. Schon infolge der viel grösseren Verschärfung der Klassegegensätze musste die kapitalistische Bourgeoisie in Russland im Jahre 1905 in viel höherem Masse, als es während der europäischen Revolutionen des Jahres 1848 der Fall war, eine Neigung zum Verrat, zur Aussöhnung mit den Mächten der Vergangenheit aufweisen, und in noch höherem Grade als im Jahre 1848 konnte die Revolution „nicht durch sie, sondern nur gegen sie zu Ende geführt werden“. Gleichzeitig bedingte die oben gestreifte historische Entwicklung des russischen Kapitalismus und die ziemlich weit fortgeschrittene Klassendifferenzierung der städtischen Bevölkerung die politische Ohnmacht der bürgerlichen Demokratie.

Auch das Bauerntum schätzt Trotzky nach seinem wirklichen politischen Werte ein. Diese Tatsache verdient desto mehr erwähnt zu werden, als während der Revolution die Romantik der „Narodniki“, in der Form der Idealisierung des Bauerntums, als einer dem Proletariat verwandten revolutionären Macht, auch in der Sozialdemokratie ganze Strömungen beeinflusste. Im Gegensatz zu diesen Bauerntumduseleien stellt Trotzky fest, dass „die Bauernschaft aus ihrer Vergangenheit nicht die geringste Tradition eines koordinierten politischen Kampfes erbt“ und dass infolge des „lokalen Kretinismus“ sie sich zu einer allgemeinen und gleichzeitigen Erhebung unfähig erwies.

Dafür blieb aber nach unserer Meinung der Verfasser von einiger Idealisierung bei der Charakterisierung des russischen Proletariats nicht frei. „Zünftlerische Traditionen und handwerkerliche Vorurteile hatten keine Gewalt über sein (des Proletariats) Bewusstsein gehabt. Gleich nach den ersten Schritten stand es mitten in der Bahn des unversöhnlichen Klassenkampfes“, schreibt Trotzky (S. 28 und 29). Er übersieht dabei die Kehrseite der Medaille, nämlich den Umstand, dass, wenn der russische Arbeiter von Anfang an von zünftlerisch-handwerkerlichen Traditionen frei war, doch an ihm, seiner Abstammung nach, bäuerliche Traditionen hafteten, so dass er sich gründlich „im Fabrikessel aussieden muss“, bis er ein echter Proletarier wird\*. Es unterliegt keinem Zweifel, dass diese bäuerlichen Traditionen, die nicht mit einem Schlage überwunden werden können, einen Teil der Schuld an der relativ mangelhaften Stabilität und Widerstandsfähigkeit der russischen Arbeiterorganisationen tragen. Dazu kommt noch der geschichtlich bedingte Mangel an Erfahrung auf dem Gebiete des planmässigen Klassenkampfes — im Parlament, in den Gemeinden, unter der Führung der Gewerkschaften u. s. w.

Diese Bemerkungen sind aber keineswegs gegen den durchaus begründeten Schluss gerichtet, den Trotzky aus seiner sozialökonomischen Analyse zieht und der dahin lautet, dass nur das Proletariat in der Rolle des Führers der russischen Revolution auftreten konnte und musste. Und wie diese Rolle, so wurde auch die sich aus ihr von selbst ergebende Taktik mit eherner geschichtlicher Notwendigkeit bestimmt.

„Im November und Dezember herrschte . . . die Taktik Parvus' und Trotzky's“, die „die Hoffnung hegten, Russland aus einem halbwildem Zustand mit einem Schlag in den Sozialismus zu überführen“, so schreibt Tscherewanin in seinem neueren von uns oben erwähnten Buche. Tscherewanin meint, „die grundfalsche Taktik“ des Proletariats und im besonderen die des Petersburger Arbeiterdelegiertenrates sei sozusagen eine Deduktion aus der Prognose Parvus' und Trotzky's, übrigens auch Kautsky's gewesen, die es für möglich hielten, dass die russische Revolution in eine permanente umschlagen werde, falls es gleichzeitig dem europäischen Proletariat gelingen sollte, seine Diktatur zu errichten. Auch wir sind freilich der Meinung, dass eine auf solchen entfernten Möglichkeiten aufgebaute Taktik „grundfalsch“ wäre. Die Möglichkeit und der Zufall sollen, insoweit sie gegeben sind, ausgenützt werden; aber die Taktik des realen Kampfes muss sich nicht nach der Kategorie des überhaupt Möglichen oder gar bloss Zufälligen, sondern nach der Kategorie des Wahrscheinlichen und Unvermeidlichen

\* Dieser Umstand erklärt auch die Tatsache, dass die Sozialisten-Revolutionäre, die als Vertreter zugleich des Proletariats wie des Bauerntums auftraten, in der Periode der Revolution einen relativ grossen Einfluss auf die Arbeiterschaft besaßen.



richten. Es will uns aber scheinen, dass bei den Autoren der oben genannten „Prognose“ selbst dieselbe nicht die Rolle eines taktischen Grundsatzes, sondern eher die eines „Grenzbegriffes“ spielte. Jedenfalls konnte das Proletariat unmöglich unter die Zaubergewalt der einen oder der anderen „Revolutionsformel“ verfallen, weil, wie es Trotzky in seinem Buche richtig zeigt, nicht die politische Ideologie es ist, die den Gang des Klassenkampfes bestimmt, sondern umgekehrt — was sich auch in der Revolution darin ausdrückte, dass nicht die Partei die Massen „führte“, sondern die Massen die Partei vorwärtstrieben.

Welche Notwendigkeiten haben denn nun wirklich den Gang des revolutionären Kampfes des Proletariats bestimmt? Tscherewanin glaubt, dass der Grundirrtum des Proletariats darin bestand, dass es nach dem Oktobersieg eine herausfordernde Stellung der Regierung gegenüber einnahm. Aber der Oktobersieg war nur ein Halbsieg. „Die Revolution erwies sich als zu schwach, um die alte Staatsmaschine zu zertrümmern und aus den Elementen ihrer eigenen Organisation eine neue aufzubauen. Die Armee blieb in den früheren Händen. Alle früheren Verwaltungspersonen, vom Gouverneur bis zum Urjadnik herab, gewählt für die Zwecke der Selbstherrschaft, hatten ihre Stellungen behauptet. Unangetastet blieben auch alle alten Gesetze — bis zur Ausgabe neuer. So blieb der Absolutismus als eine materielle Tatsache ganz und gar bestehen.“ (Trotzky, S. 98 und 99.) Nachdem der Zarismus rein formell nachgegeben, indem er sein konstitutionelles Manifest verkündete, fiel es ihm nicht ein, seine Positionen zu räumen. Er machte sich im Gegenteil sogleich an die Mobilisierung der Kräfte der Konterrevolution, indem er im ganzen Lande den Bürgerkrieg provozierte. Die Organisierung der schwarzen Hunderte, die Pogroms, die Massakrierungen, der Kriegszustand — dieser Einzug des schwarzen Terrors und der offenen Offensive der Konterrevolution begann gleich von den ersten Tagen der neuen „konstitutionellen Aera“ an. Und da „die Sieger von heute nicht die Enttäuschten von morgen werden wollten“, mussten bei solcher Sachlage auch die Arbeiter eifrig zu einem neuen unvermeidlichen Kampfe rüsten. „So war“, schreibt Trotzky, „der künftige Konflikt schon im Halbsieg vom Oktober als dessen materielle Grundlage eingeschlossen.“

Es wäre reine Scholastik, nun nachgrübeln zu wollen, wer denn derjenige war, der den anderen herausforderte — die Regierung das Proletariat oder umgekehrt. In der Dialektik des lebendigen Lebens wird die Ursache zur Wirkung und die Wirkung zur Ursache. Jedenfalls forcierte das Proletariat den Zusammenstoß nicht. Wir finden im Gegenteil im Buch Trotzky's, das die ganze Geschichte des Arbeiterdelegiertenrates enthält, viele Belege dafür, wie der Rat bewusst den letzten Kampf aufzuschieben sich bemühte. Leider hatte über den Augenblick der Entscheidung auch der Zarismus mitzusprechen.

Ob denn das Proletariat Fehler während der Revolution beging? Selbstverständlich: es irrt nur derjenige nicht, der nicht handelt und sich nur die leichtere Mühe, post factum zu kritisieren, vorbehält. Neben den angeblichen konnten auch wirkliche Fehler verzeichnet werden, wie zum Beispiel der Versuch, in Petersburg einfach mit Gewalt den Achtstundentag einzuführen. Aber nicht diese Fehler haben das Proletariat „isoliert“. Schon seine klar zutage getretene Macht trieb die kapitalistische Bourgeoisie in die Arme der Regierung. Und der Mut der bürgerlichen Intelligenz fiel in dem Masse, wie der Kampf sich in die Länge zog, und, anstatt zu einem effektvollen Siege, zu einem Ringen auf Leben und Tod wurde. Das aufgewogte Element der Bauernrevolten vermochte es nicht, im nötigen Augenblick die Kraft seines Ansturmes zu mobilisieren und dem Proletariat zur Hilfe zu stellen, das dann isoliert im Kampf unterlag. Diese Isoliertheit aber wäre durch keine taktische Schlaueit, auf keinen taktischen Umwegen zu vermeiden gewesen:

„Der Dezember folgt aus dem Oktober, wie der Schluss aus der Voraussetzung. Der Ausgang des Dezemberzusammenstoßes findet seine Erklärung nicht in einzelnen taktischen Fehlgriffen, sondern in jener entscheidenden Tatsache, dass die Reaktion sich an mechanischer Kraft der Revolution als überlegen erwies. Das Proletariat scheiterte in dem Dezember-Jänneraufstand nicht an den eigenen taktischen Fehlern, sondern an einer weit realeren Grösse: an den Bajonetten der bäuerlichen Armee.“ (Trotzky, S. 236.)



Trotsky gibt auch eine vortreffliche Analyse der Armee, ihrer Zusammensetzung, der inneren Kämpfe, die in ihr durch die Revolution hervorgerufen wurden und schildert das verzweiflungsvolle Ringen des Zarismus und der Revolution um den Besitz der Armee. Sich auf die reiche Erfahrung der russischen Revolution stützend, untersucht er die Bedingungen des revolutionären Strassenkampfes sowie die Möglichkeiten des Ueberganges der Armee auf die Seite des Volkes. Die bekannte Engelssche Vorrede zu Marxens „Klassenkämpfen in Frankreich“ bekommt hier an der Hand der neueren Erfahrungen nicht unwesentliche Ergänzungen und Berichtigungen. Dieser Teil des Buches sowie die Betrachtungen des Verfassers über den revolutionären Massenstreik dürften für die ausländischen Genossen besonders anregend sein.

Alle Peripetien der Revolution sind im Buche Trozky anschaulich wiedergegeben. Nur wenige Lücken liessen sich feststellen. Die wichtigste von ihnen besteht in dem Mangel eines Bildes der Entwicklung der Revolution in den Grenzländern — in den baltischen Provinzen, in Polen, am Kaukasus, in Sibirien und in Finnland. Es wäre wohl von Interesse, hier zu verfolgen, wie sich die Revolution in den Formen der nationalen Bewegung widerspiegelte. Uebrigens begrenzt der Autor sein Thema ganz bewusst. So schreibt er im Vorwort: „Indem wir diejenigen Ereignisse und Einrichtungen herausgegriffen, in denen sich der Sinn der Revolution gleichsam resumierte, stellten wir in den Mittelpunkt der Schilderung den Mittelpunkt der Bewegung — Petersburg.“ Der Boden Petersburgs wird nur soweit verlassen, „als die Revolution selbst ihren Hauptsammelplatz an die Küste des Schwarzen Meeres verlegte (die rote Flotte), aufs flache Land (der Bauer rebelliert) oder nach Moskau (der Dezember)“.

Und in diesen vom Verfasser selbst gezogenen Grenzen gewährt er dem Leser in der Tat einen Einblick in die verborgenen Triebfedern und Zusammenhänge der revolutionären Ereignisse und zugleich in ihre konkreten Erscheinungsformen. Die abstrakten sozialen Kategorien werden bei ihm mit Blut und Fleisch umhüllt. Der 22. Jänner, der Oktoberstreik, die ersten Tage der „Freiheiten“, die Pogroms, die Sitzungen des Arbeiterdelegiertenrates, dieser revolutionären Arbeiterregierung, der Kampf um den Achtstundentag und der Novemberstreik, die Bauernrevolten, die Kosakenmeetings, die „rote Flotte“, der Guerillakrieg in Moskau, Arbeiter und Bourgeois, Bauern und Intelligenzler, Journalisten und Barrikadenkämpfer, Minister, Offiziere und Soldaten — schreiten vor den Augen des Lesers in lebendiger Reihe vorüber. Hie und da wird die Darstellung durch malerische Silhouetten, durch Auszüge aus der revolutionären Publizistik jener Zeit veranschaulicht; manche Kapitel des Buches sind selbst mitten im revolutionären Kampf geschrieben worden.

Auch der zweite Teil des Buches von Trotsky, worin er den Prozess des Arbeiterdelegiertenrates, dann seine Verbannung und Flucht aus Sibirien schildert, trägt manches zur Vervollkommnung des Bildes jener Epoche bei. Man muss noch hinzufügen, dass die ausgezeichnete Ausgabe mit photographischen Abbildungen und künstlerischen Skizzen reich illustriert ist.

Das Buch Trozky's ist dazu geeignet, dem deutschen Leser ein tieferes Verständnis der russischen Revolution zu ermöglichen. Mehr noch, es wird auch sicher vieles zum richtigen Verständnis für den jetzt schon in den Tiefen Russlands allmählich heranreifenden neuen revolutionären Aufschwung beitragen, wie auch zur Klärung der wichtigsten Probleme der revolutionären Massenkämpfe des Proletariats überhaupt.

---

## Adolf Braun: Finanzfragen der Gewerkschaften

Mit der Entwicklung der Gewerkschaften ergeben sich neue Probleme, zum Teil Kampfprobleme, die immer wieder zur Erörterung zwingen, zum Teil aber auch reine Verwaltungsprobleme. Eine grosse Organisation kann auf die Dauer nicht eingerichtet bleiben wie ein kleiner Verein. Ich habe das an einigen Beispielen in meinen Ausführungen über Demokratie und Bürokratie in den Gewerkschaften auseinandersetzen gesucht. Nun möchte ich an der Finanzwirtschaft der Gewerkschaften auseinandersetzen, welche neue Probleme sich da unter anderen ergeben.



Finanzprobleme, wie sie heute fast alle Gewerkschaften Deutschlands und Oesterreichs kennen, gab es früher nur bei den Buchdruckern. Sie sammelten schon vor Jahrzehnten erhebliche Summen an, die sie vor dem Zugriff der Behörden in den Zeiten behördlicher Willkür sichern mussten, die sie aber auch dem Zwecke unbedingt nicht entfremden wollten, dem die Gewerkschaft diene. So haben die Buchdrucker — auch die Holzarbeiter — im Reiche beschlossen, dass gewerkschaftliche Gelder für Produktivgenossenschaften oder für sonstige gewerbliche Zwecke nicht verwendet werden durften. Man legte die Gelder in sicheren, den Schwankungen der Börse möglichst entzogenen Papieren, dann in Hypotheken an und konnte damals zu keinen anderen Entschliessungen gelangen. Nun ist es anders geworden.

Wir sehen den Kassen zahlreicher Gewerkschaften in Deutschland alljährlich Einnahmen von vielen Millionen, in Oesterreich von manchen Hunderttausenden Kronen zugeführt; Vermögensansammlungen von Millionen in den einzelnen Organisationen sind seit langem nicht mehr angestaunte Ausnahmen. Es ergeben sich da Erwägungen, die den früheren Kassenleitern der Gewerkschaften durchaus fremd waren, so über die Budgetierung, über die richtige Schätzung und über die Verteilung der Einnahmen auf die zu gewärtigenden Ausgabenposten, Ueberlegungen über sichere Anlage und jederzeitige Verfügbarkeit der Gelder, notwendig werdende Kontrollmassnahmen für die Verwaltung und Verwendung der Gelder, für die Sicherung des Besitzes in den zahlreichen Stellen, wo sich Geld der Organisation naturgemäss ansammelt, wo es gegen Missbrauch, Verschwendung und statutenwidrige Verwendung gesichert werden muss. Es muss bedacht werden, dass die Einnahmestellen das Geld zwischen Hauptkasse und Lokalkasse pünktlich und genau zu verteilen haben, dass das Geld der Hauptkasse aber zum Teil am Einnahmeorte auf Grund statutarischer Festsetzungen oder von Anweisungen der Hauptkasse zu verausgaben ist, dass deshalb Gelder am Orte verbleiben müssen, dass sie aber nicht über das notwendige Mass zur Verfügung der Ortskassierer verbleiben dürfen. So ergeben sich zahlreiche Probleme, die noch nicht überall gelöst sind, vielfach herrschen noch unsichere Methoden, feste Formen haben sich nicht überall bilden können. Es haben sich historisch mannigfache Formen der gewerkschaftlichen Finanzgebarung ergeben. Die Zahl der hier aufzuwerfenden Fragen ist zu gross, um nun schon zu befriedigenden und allgemein anerkannten Lösungen gelangt sein zu können. Nicht an den ganzen Komplex der Fragen möchte ich mich wagen, weil man zu allgemein zutreffenden Lösungen wohl noch nicht gelangen kann. Dazu sind die Verhältnisse innerhalb der Verbände noch zu verschieden. Wo man mit einem Dutzend Millionen Mark Jahreseinnahmen rechnet, wird man natürlich ganz anderen Problemen gegenüberstehen als dort, wo die Einnahmen nur um Zehntausende Kronen herumschwanken. Man wird den Masstab, den der Deutsche Metallarbeiterverband mit rund 500.000 Mitgliedern anwenden kann, für durchaus ungeeignet halten bei einer Organisation, die nur mit kleinen Summen in der Gegenwart und in absehbarer Zukunft rechnen kann. Wenn der Deutsche Metallarbeiterverband einen Teil seines Vermögens in Druckereien, Verlagsanstalten, Hausbauten anlegt, so machen diese an sich beträchtlichen Summen doch nur einen verhältnismässig kleinen Bruchteil einer Jahreseinnahme aus, sie können bald amortisiert werden, ja zu direkten normalen Einnahmesteigerungen und hervorragenden Ausgabenersparnissen führen. Sie können das Ansehen der Organisation bei den Unternehmern bedeutsam heben, bei den indifferenten Arbeitern Respekt auslösen und eine Unabhängigkeit der Organisationseinrichtungen von Hausbesitzern u. s. w. herbeiführen. Ganz anders würde man aber urteilen, wenn kleine Organisationen etwa Schulden machen würden, in Abhängigkeit kämen, weil sie das Beispiel einer so grossen und mächtigen Organisation nachahmen wollten.

Zwei Gesichtspunkte sind es vor allem, die für die gewerkschaftliche Finanzverwaltung von grösster Bedeutung sind: die absolute Sicherheit und die stete Verfügbarkeit über die finanziellen Mittel der Organisation. Längst lehrt die gewerkschaftliche Erfahrung, dass geordnete Finanzen, dass die Kenntnis von den finanziellen Machtmitteln der Gewerkschaften ein ganz hervorragendes Kampfmittel der Arbeiterorganisationen sind. So müssen die Gewerkschaften schon der Unternehmer wegen darauf bedacht sein, gesunde Finanzen zu haben, relativ reichlich über Geld zu



verfügen und das Geld auch jeden Augenblick zum Kampfe verwenden zu können. Aber nicht nur wegen der Unternehmer ist dies notwendig, sondern auch für das Vertrauen der Mitglieder in die Organisation. Ununterbrochen sucht man Misstrauen in die Kreise der organisierten Arbeiter zu säen, mit einer nicht zu steigernden Gewissenlosigkeit sucht man den Arbeitern den Glauben zu erwecken, dass sie die Opfer, die sie allwöchentlich zu bringen haben, nicht für sich leisten. Beste, jeden Augenblick kontrollierbare, stets im Interesse der Mitglieder verwendbare Finanzen sind ein bedeutsames Fundament des gewerkschaftlichen Vertrauens, der gewerkschaftlichen Organisation und ihrer Kampffähigkeit. Nicht nur, weil man auf Unternehmer, auf organisierte wie auf indifferente Arbeiter wirken muss, sollen die Finanzen gesichert sein, sollen sie stets verwendbar sein, es verlangt dies auch das praktische Interesse der Gewerkschaften.

Ebensowenig wie die Wirtschaft eines Geschäftsmannes vernünftigerweise als Beispiel der staatlichen Finanzwirtschaft benützt werden kann, ebenso falsch wäre es, die Vermögensverwaltung des klugen Hausvaters, den schon das römische Recht als das Muster des braven, vollstes Vertrauen verdienenden Mannes bezeichnet, auf die Gewerkschaften zu übertragen. Ich werde anders über die Geldanlage zu denken haben, wenn ich als Vormund von Kindern eingesetzt werde, die über ein grosses Vermögen einmal selbst zu verfügen haben; ich werde da manches unterlassen müssen, was ich in der kapitalistischen Gesellschaft ruhig tun darf, vielleicht vernünftigerweise tun muss, wenn es sich um mein eigenes Vermögen handelt. Ich werde mich aber wiederum anders zur Verwaltung der mir anvertrauten Gelder zu stellen haben, wenn ich die Finanzen einer Gewerkschaft zu verwalten hätte. Der private Kapitalist wird ein Stück Risiko gerne übernehmen, wenn er auf eine Steigerung seines Vermögens durch wachsende Werte, zum Beispiel von Industrieaktien oder von Grund und Boden, auch wenn er mit einer hohen Verzinsung rechnen kann. Der private Kapitalist wird sich eventuell gerne der Verfügung über sein Vermögen auf längere Frist hin entheben lassen, wenn ihm das bestimmte Vorteile in Aussicht stellt. So kann auch bis zu einem gewissen Grade, falls er sorgsam auf grössere Sicherung des anvertrauten Besitzes bedacht ist, der Verwalter fremder Vermögen handeln. Das Moment der naturgemäss auch Verluste in Rechnung stellenden Spekulation, das in der kapitalistischen Gesellschaft eine so ausserordentlich grosse Rolle spielt, wird aber unter allen Umständen ausgeschaltet werden müssen, wenn man fremde Gelder zu sichern und zu verwalten hat; man wird sich da selbst wahrscheinliche Erfolge entgehen lassen müssen, weil die Sicherung der anvertrauten Kapitalien das entscheidende Moment bleiben muss. Aber immer wieder wird man sich in einen Zwiespalt versetzt finden, weil das Prinzip höchsten Ertrages das wirtschaftliche Denken in der kapitalistischen Gesellschaft bestimmt.

Da ist nun die Frage aufzuwerfen: Gilt das Prinzip möglichst hohen Ertrages für den Finanzminister der Gewerkschaften, kann für ihn der Besitz und seine Verwertung, wie beim privaten Bankier so oft, zum direkten Selbstzweck werden? Das möchten wir mit aller Entschiedenheit bestreiten. In der Gewerkschaft ist der Besitz ein Kampfmittel zur Erreichung der gewerkschaftlichen Zwecke, zur Hebung der sozialen Lage der Mitglieder. Niemals kann aber die Steigerung des Vermögens durch möglichst günstige Anlage ein gewerkschaftlicher Selbstzweck sein. Die Anlage der gewerkschaftlichen Gelder muss sich den gewerkschaftlichen Zielen unterordnen, muss sich einordnen der gewerkschaftlichen Politik, sie kann niemals zum Selbstzweck, zur Ausserachtlassung der eigenen Aufgaben, zur Ueberschätzung fremder, wenn auch verwandter Aufgaben werden.

Wird eine Gewerkschaft bei der Anlage ihres verfügbaren Geldes verschiedene Möglichkeiten haben, so wird nicht wie beim privaten Spekulanten der möglichst hohe Zins, sondern die absolute Sicherheit zu entscheiden haben. Risiken bei der Geldanlage auf sich zu nehmen, muss für die verantwortungsvollen Leiter der Gewerkschaften völlig ausgeschlossen sein. Ebenso muss eine unbedingte Voraussetzung bei der Anlage flüssiger Gelder die vollkommene, jederzeitige Verfügbarkeit über die aufgehäuften Mittel der Gewerkschaften sein. Wenn sich nicht ganz gewichtige Gründe aufdrängen, die im Interesse der gewerkschaftlichen Organisation liegen können, wird man eine Festlegung von



Gewerkschaftsgeldern, die nicht leicht für den gewerkschaftlichen Kampf flüssig gemacht werden können, nicht für richtig halten können. Jedenfalls wird man aber auch in diesen ausnahmsweisen Fällen dafür sorgen müssen, dass kein zu erheblicher Vermögensteil in dieser aussergewöhnlichen Art festgelegt wird, dass in jedem Augenblick der grösste Teil flüssig gemacht werden kann, weil nicht bloss vorauszusehende, sondern auch unerwartete Kämpfe die Gewerkschaft zur Aktion nötigen können.

Bekanntlich wachsen die Zinssätze der Banken mit der längeren Frist der Kündigung. Ich kann leicht um ein Prozent höhere Zinsen erzielen, wenn ich ein Jahr lang mein Geld vorher kündigen muss, bevor ich es beheben kann. Ich kann um ein halbes Prozent höhere Zinsen erhalten, falls ich mich damit begnüge, Gelder erst zu beheben, nachdem ich ein halbes Jahr vorher der Bank von meiner Absicht Kenntnis gegeben habe, ich kann ein viertel Prozent mehr Zinsen haben, wenn ich auf eine vierteljährige Kündigungsfrist eingehe. Ich muss mich aber mit den geringsten Zinsen begnügen, falls ich ohne jede Kündigung die Gelder, die ich der Bank anvertraut habe, zurückfordere. Die grosse Bank gewährt mir freilich in der Regel auch Rückzahlungen meiner Einlagen zu früheren Zeiten, falls ich mir entsprechende Abzüge von den Zinsen gefallen lasse. Aus diesen Erwägungen kann man dazu gelangen, dass man einen Teil der flüssigen Gelder mit längeren, einen anderen Teil mit kürzeren Kündigungsfristen anlegt und sich dadurch die sofortige Verfügbarkeit über alle angelegten Gelder verschafft und doch die Möglichkeit einer relativ günstigen, freilich von jedem Spekulationsgewinn absehbaren Anlage verschafft, wobei man mit kleinen Verlusten im Falle plötzlichen grösseren Geldbedarfs rechnen muss. Diese Methoden, die wir hier schildern, bilden nicht die Regel, wir wollen auch nicht behaupten, dass sie unbedingt die Regel bilden müssen.

Wir finden in vielen Gewerkschaften die Uebung, einen grossen Teil des flüssigen Geldes in Renten anzulegen. Im allgemeinen kann gegen die Wahl der angeschafften Papiere nichts Ernstes eingewendet werden. Man hat Staatsrenten, kommunale Anleihepapiere, auch an der Börse gehandelte Hypothekarobligationen, mit einem Worte, von glücklicherweise seltenen Ausnahmen abgesehen, pupillarsichere Papiere angeschafft. Aber dass man damit immer gute Erfahrungen gemacht hätte, lässt sich leider nicht behaupten. Bei einer grossen Wiener Aussperrung hat sich die Organisation der Arbeiter mit grosser Hartnäckigkeit dagegen gewehrt, ihre Papiere zu verkaufen, sie wollte Darlehen aufnehmen, aber ihre eigenen Papiere nicht auf den Markt bringen, weil damit bei dem Kursstande jener Wochen bedeutsame Verluste zu gewärtigen waren. Wir wissen ferner, dass die Bewegungen auf dem Rentenmarkte im Deutschen Reiche und nicht bloss dort, die alle anderen Anleihen der öffentlichen Körperschaften stark beeinflussen, grosse Verluste für die Gewerkschaften bei rascher Flüssigmachung der Gelder im Gefolge hatten. Vielfach suchen dann die Gewerkschaften den Verkauf der Anlagepapiere zu vermeiden, sie lassen die Papiere belehnen, zahlen dann einen weit höheren Zinsfuss, als die Papiere selbst bieten, wobei nur über einen Teil der tatsächlich besessenen Gelder verfügt werden kann. Wenn man den Bankzinsfuss mit den Erträgen der Staatspapiere vergleicht, so liegt sehr wenig Veranlassung für die Anlage der Gelder in Staatspapieren vor. Die Banken, bei denen die Gewerkschaften Geld anlegen, werfen sich sehr häufig zu ihren finanziellen Beratern auf, sie empfehlen den Ankauf von Wertpapieren, weil das ihr Geschäft ist. So wählen dann viele Gewerkschaften eine Kapitalsanlage, die für die Gewerkschaften durchaus nicht empfehlenswert ist.

Im allgemeinen herrscht bei den Gewerkschaften die Anschauung, dass sich die bankmässige Anlage durch besondere Vorzüge von anderen Kapitalsanlagen auszeichnet. So besteht für die Gewerkschaften heute oft bloss die Frage, wo sie die beste bankmässige Anlage zu suchen haben. Die grossen Banken haben untereinander Abmachungen, die zu einer fast vollkommenen Gleichheit der Anlagebedingungen, der Zinsfusshöhe und der Zinsfussänderungen geführt haben. Die in Deutschland, wie in Oesterreich zu beobachtende Konzentration des Bankwesens hat die Auswahl der Anlagemöglichkeit sehr stark gemindert, und hat die Art der Anlagemöglichkeiten fast vereinheitlicht. Wohl gibt es Privatbankiers, kleine Bankunternehmungen anderer Art, die sich der Konkurrenz der Grossbank erwehren wollen durch reichliche Heranziehung fremder Gelder, vor allem mittels höherer Zinssätze, oft auch durch Gewährung son-



stiger Bequemlichkeiten für den Geldanleger. Vor der Anlage bei Bankiers und Banken dieser Art ist entschieden zu warnen. Es ist selbstverständlich, dass die grossen Banken, schon durch die Grösse des eigenen Kapitals, ferner infolge der öffentlichen Kontrolle, weiters durch die grosse Zahl der Interessenten und durch die Stellung der verantwortlichen Personen und deren ununterbrochene Ueberprüfung das Risiko des Einlegers vermindern. Zufälligkeiten, wie das Durchgehen eines Kassiers mit mehreren hunderttausend Kronen oder Mark spielt bei den Riesenbanken unserer Tage keine Rolle. Das ist übrigens ein überaus seltener Fall — eine kleine Unbequemlichkeit, aber kein Schaden, der das Gefüge der Bank und ihre Zahlungssicherheit erschüttern könnte. Die grossen Banken machen natürlich die besten und sichersten Geschäfte, sie haben den Staat, die reichsten Grossgrundbesitzer, die grossen Industrieunternehmungen, deren Geschäftsgebarung sie ununterbrochen kontrollieren, die Kartelle, die sie schaffen und verwalten, die anderen Zusammenschweissungen der Unternehmungen, die sie herbeigeführt haben, die grössten Rentiers zu Kunden und alltäglich wird ihnen Geld in ungeheuren Massen zugebracht. Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte lehrt uns, dass, von ganz vereinzelt Ausnahmen abgesehen, deren Wiederholung immer unwahrscheinlicher wird, ein Zusammenbruch grosser Banken kaum noch zu erwarten ist. Das Interesse der anderen Grossbanken, schwere Erschütterungen des Vertrauens zu verhindern, wirkt da mit. Ganz anders steht es um die oben kurz geschilderten kleinen Banken. Sie müssen sich mit der schlechteren und unsicheren, mit der kapitalsärmeren und kleineren Kundschaft begnügen. Zufälligkeiten, Untreue eines Beamten, eine grössere Kreditgewährung mit mangelnder Vorsicht, eine falsche Kapitalsanlage flüssiger Gelder kann zum Zusammenbruch eines derartigen Unternehmens führen. Deshalb sind die Gewerkschaften des entschiedensten abzumahnem, bei derartigen Winkelbanken ihre flüssigen Gelder anzulegen. Im allgemeinen scheinen aber die Gewerkschaften nur selten in Fehler dieser Art zu verfallen. Meist haben sie grossen Banken ihre Kundschaft zugeführt.

Ein ganz neues Problem der Anlage im Augenblick nicht zur Verwendung gelangender Gelder beschäftigt die Gewerkschaften Deutschlands und Oesterreichs immer wieder. Wir wollen nicht untersuchen, ob und inwieweit proudhonistische Einflüsse — wenn auch unbewusst — dabei mitgewirkt haben können. Wir wollen nur feststellen, dass immer wieder der Gedanke auftaucht, dass die Gewerkschaften eine eigene Bank gründen sollen, dass sie sich unabhängig machen sollen von den kapitalistischen Banken. Die Gewerkschaftsbank soll den Vorteil, den sie aus den Kapitalsanlagen der Gewerkschaften zieht, den Gewerkschaften selbst zugute kommen lassen. Es wäre vielleicht erstaunlich, wenn solche Ideen sich nicht einstellen würden. Die grossen Summen, die sich in den gewerkschaftlichen Kassen ansammeln, müssen ja, je weniger man vom Bankgeschäft weiss, desto mehr dazu veranlassen, diesen Gedanken zu hegen, der dem Stolz und dem Selbstbewusstsein der Arbeiter, auch ihren Klassengefühlen, vor allem ihrem Gegensatz gegen das Finanzkapital entspricht. Wenn man die Schlussziffern des letzten Rechnungsabschlusses unserer Gewerkschaften im Deutschen Reich betrachtet, begreift man, dass so mancher meint, mit diesen Summen die grössten Leistungen herbeiführen zu können. Das Jahr 1910 zeigt bei 53 Gewerkschaften im Deutschen Reich Jahreseinnahmen, die bei den Metallarbeitern  $14\frac{1}{2}$  Millionen übersteigen, die bei zwölf anderen Gewerkschaften über eine Million betragen, die freilich bei einzelnen auch auf ganz unbeträchtliche Summen hinuntersinken, die insgesamt aber über  $64\frac{1}{3}$  Millionen Mark ausmachen. Tatsächlich sind die Einnahmen der gewerkschaftlichen Organisationen noch grösser; die Generalkommission, die Gewerkschaftskartelle, Gewerkschaftshäuser u. s. w. sind nicht mit ihren Einnahmen angeführt; freilich stammen diese Einnahmen zum grossen Teil aus den Mitteln der Zentralverbände. Der Vermögensstand der Gewerkschaften wird für das Jahr 1910 mit über  $52\frac{1}{2}$  Millionen Mark, von denen rund  $37\frac{1}{2}$  Millionen Mark in den 57 Zentralkassen aufgehäuft sind, angegeben. Da wird mancher denken, so mancher hat es schon gesagt, dass man mit diesen Geldern eine nette Mittelbank gründen könne, das Vermögen der Gewerkschaften wäre da ein ganz ansehnliches Stammkapital und die alljährlich einlaufenden Millionen würden doch einige Zeit zur Verfügung dieser Bank verbleiben und so ein intensives Bankgeschäft und damit recht erfreuliche Steigerungen der Zinsen



sichern. Bevor wir darauf eingehen, ob diese Erwartungen sich auch erfüllen werden, ist die Frage aufzuwerfen, ob man tatsächlich mit diesen Vermögensbeständen und Eingängen für die Gewerkschaftsbank rechnen kann. So sehr hat dieser Gedanke noch nicht Aussicht, sich durchzusetzen, dass man annehmen kann, es werde wirklich jede Gewerkschaft oder die Mehrzahl der Gewerkschaften bereit sein, ihr Geld der neuen Gewerkschaftsbank zur Verfügung zu halten. Wenn man ein freilich sehr banales, aber nur allzu wahres Wort in Erinnerung bringen darf, das Wort, dass beim Geschäft die Gemütlichkeit aufhört, so wird man natürlich damit rechnen müssen, dass viele ihre alte Bankverbindung, mit der sie seit vielen Jahren vertraut und zufrieden waren, die ihnen ein Gefühl der Sicherheit geschaffen hat, nicht werden aufgeben wollen. Man soll auch nicht vergessen, dass das Vermögen der Gewerkschaften durchaus nicht nur in bankmässig verwertbarer Form vorhanden ist.

So mancher wird sich, wie der Verfasser dieser Ausführungen, die Frage vorlegen, ob die Gewerkschaftsbank das entsprechende Personal zur richtigen Verwaltung der Bankgeschäfte und vor allem zur Leitung einer Bank finden wird und ob die Bank wirklich die Möglichkeit haben kann, die von den Gewerkschaften zur Verfügung gestellten Gelder praktisch zu verwerten. Selbst die grossen Banken, die freilich sehr unter dem Nepotismus der Grossaktionäre und obersten Leiter leiden, klagen über den Mangel an geeigneten Personen für die Leitung von Bankfilialen und für die Besetzung der ersten Stellen, der dirigierenden und entscheidenden Posten. Dabei kargen die Banken, bei aller Sparsamkeit bei der Bezahlung der unteren Beamten und Diener wahrlich nicht bei der Besetzung der leitenden Stellungen; trotzdem war eine ständige Klage in Deutschland wie in Oesterreich, dass es in den Banken an geeignetem Nachwuchs für die leitenden Stellungen fehlt.

Man soll nicht meinen, dass die Leitung einer Gewerkschaftsbank leichter ist wie die einer anderen Bank mit ähnlicher Kapitalhöhe. Ich muss die Behauptung mit aller Schärfe aufstellen, dass die Leitung einer Gewerkschaftsbank unverhältnismässig schwieriger sein muss wie die Leitung jeder anderen, rein als Geschäftsunternehmen betriebenen Bank von ähnlichem Umfang der verfügbaren Mittel. Eine Gewerkschaftsbank ist in allen ihren Handlungen beengt. Sie wird für die Anlage der ihr anvertrauten Gelder nicht so leicht Verwendung finden wie die private Bankaktiengesellschaft. Vor allem wird sie unter der Konkurrenz der eingesessenen Banken leiden, die schon jetzt jeden Aussenseiter mit grösster Rücksichtslosigkeit niederzukonkurrieren suchen. Die neuen Bankgründungen werden immer seltener und schwieriger. In das reguläre Bankgeschäft zu kommen, würde einer Gewerkschaftsbank schon aus diesen Gründen sehr schwierig werden. Ja als Gewerkschaftsbank werden sich ganz besonders grosse Schwierigkeiten ergeben. Vor allem, weil die üblichen Verwendungsformen fast ausgeschlossen bleiben, dann, weil die dieser Bank zugemuteten Gelddarlehen von ihr schwer abgelehnt, aber oft noch schwerer gewährt werden dürfen. Betrachten wir ganz oberflächlich das reguläre Bankgeschäft: Geschäftsleute, Beamte, Offiziere, Rentiers, Gemeinden, öffentliche Anstalten, Genossenschaften, Vereine etc. etc. legen dort Geld an, überweisen ihr Vermögen zur Verwaltung, zum Ankauf und zum Verkauf von Wertpapieren, sie verlangen Einziehung der Zinsen, Leistungen von Zahlungen, vor allem aber die gewinnbringende Anlage anvertrauter Gelder. Die Bank soll für das ihr überwiesene Geld  $3\frac{1}{2}$ , 4,  $4\frac{1}{2}$  Prozent bezahlen. Diese Zinsen nicht nur muss die Bank aus den anvertrauten Geldern herauswirtschaften, aber auch die Kosten der Verwaltung, endlich ihren eigenen Reingewinn, Gelder zur Stärkung von Reservefonds und zur Abschreibung uneinbringlicher Forderungen u. s. w. Will die Bank  $3\frac{1}{2}$ , 4,  $4\frac{1}{2}$  Prozent ihren Kunden zur Verfügung stellen, so muss sie 6, 7, 8 und auch mehr Prozent tatsächlich mit dem Gelde verdienen. Sie kauft und verkauft Wertpapiere auf Grund ihrer Marktkenntnis, sie kauft Wechsel und verkauft sie, sie nützt die Notierungsdifferenzen verschiedener Börsen aus, sie eröffnet Kaufleuten und industriellen Unternehmern Kontokorrentdarlehen, sie gewährt Baukredite auf im Bau begriffene Häuser, sie ermöglicht durch Geldvorschüsse Terrainspekulationen, fusioniert und kartelliert Industrieunternehmungen, vermittelt Anleihen etc. etc. So gibt es mannigfache Geschäfte, die die Banken ausführen, bei denen immer wieder ein starkes Risikomoment



in Betracht kommt, bei denen aber das Geschäft vollständig unabhängig ist von der Persönlichkeit des Geschäftspartners, wenn er nur der Voraussetzung der Kreditwürdigkeit genügt. Ob er Christ oder Jude, ob er ein Wohltäter oder ein Ausbeuter, ob er ein sittlich einwandfreier oder ein lasterhafter Mensch ist, ob und wie er sich politisch betätigt, ob er der Vertreter einer Korporation oder ein einzelner ist, all das ist der bürgerlichen Bank gleichgültig, wenn der Mann oder das Unternehmen, mit dem es Geschäfte macht, Garantien bieten, dass sie eingegangenen Verpflichtungen nachkommen werden. Wie anders steht es bei der Gewerkschaftsbank. Vor allem wird ihr die Kundschaft fehlen, die die privaten Banken haben. Der Rentier, der Kaufmann, der Industrielle, die Stadtverwaltung und der Vorschussverein werden gar nicht daran denken, zur Gewerkschaftsbank zu gehen, weil sie bei der grossen Auswahl der Banken und bei deren Geschick, sich an alle in Betracht kommenden Kunden zu wenden, diese Beziehungen nicht erhalten können. Es mag ja sein, dass auch aus diesen Kreisen der eine oder der andere zur Gewerkschaftsbank kommt, weil eine Bank mit ihm die frühere Verbindung aus irgend welchen Gründen gelöst hat. Aber dass eine derartige Kundschaft geschäftlich besonders erwünscht sein kann, wird niemand behaupten wollen? Die grossen Geschäfte mit Terrainunternehmungen, Bau ausführenden Firmen, die Fusionierung und Kartellierung von Industrieunternehmen können für die Gewerkschaftsbank nicht in Betracht kommen. Auch das Kontokorrentgeschäft mit Fabriks- und Handelsfirmen wird nicht in den Tätigkeitsbereich der Gewerkschaftsbank fallen. Wie soll da die Bank das ihr anvertraute Kapital so reichlich verzinsen, dass sie den Gewerkschaften nicht bloss das bietet, was ihr die andern Banken schon geleistet haben, sondern noch mehr. Der Befürworter der Gewerkschaftsbank antwortet: Wir sind gross und stark geworden, wir besitzen so zahlreiche Unternehmungen, dass die Bank nur mit diesen zu arbeiten braucht, um reichliche Verwendung für ihre Gelder zu haben. An der theoretischen Möglichkeit, die Gelder zu verwerten, die ihr anvertraut sind, zweifle ich durchaus nicht, aber ob es geschäftlich klug ist, alle diese Geschäftsmöglichkeiten auszunützen und vor allem, ob hiebei nicht die wichtigste Voraussetzung gewerkschaftlicher Kapitalsanlage, die rasche Verfügbarkeit über die anvertrauten Gelder unmöglich wird, das muss auch einigermaßen geprüft werden.

Welche Ansprüche können an die Bank gestellt werden?

In erster Linie kommen da Gewerkschaften selbst in Betracht. Schon heute sind die Gewerkschaften auf den Kredit, den ihnen die Schwesterorganisationen in günstiger Finanzlage gewähren, angewiesen. Es ist nicht gleichgültig, ja es ist im Wesen grundverschieden, ob die oberste Zentralstelle einer Gewerkschaft Darlehen vermittelt, das heisst, ob direkt Darlehen von einer Gewerkschaft an eine andere gewährt werden, oder ob eine Bank darüber entscheidet, welcher Gewerkschaft, und dann in welcher Höhe sie Kredit gewährt. Es ist etwas anderes, ob ich geschäftlich erwägend oder aus notwendiger Solidarität ein Darlehen gewähre, ob ich hierbei alle pflichtgemässen, aber sehr nüchternen Erwägungen anstelle oder sie als nicht entscheidend in den Hintergrund stelle. Es ist etwas anderes, ob das Darlehen von Bankleitern, die ihre Stelle doch in erster Reihe ihrer finanziellen Fähigkeit verdanken, oder ob es von Gewerkschaftskameraden gewährt wird. Wenn heute eine Gewerkschaft einer anderen Geld leiht, so verlangt sie überhaupt keine Zinsen oder bloss diejenigen, die die ausleihende Gewerkschaft sonst von ihrer Bank beziehen würde. Wenn die Gewerkschaftsbank einer Gewerkschaft mit erschöpften eigenen Mitteln Geld leihen soll, dann vermag sie nicht  $3\frac{1}{2}$  oder 4 Prozent, sie muss 6 oder 7 Prozent fordern, um ihre Verwaltungskosten zu decken, wie um das Minimum von Verzinsung ihren Geldgebern zu sichern. Dass die durch Vermittlung der Gewerkschaftsbank geldverleihenden Gewerkschaften in der Gewährung von Darlehen an erschöpfte Gewerkschaften strenger sein müssen wie als Kameraden, kann nicht bezweifelt werden. Für die Gewerkschaftsbank kommt in Betracht, dass derartige Darlehen an finanziell erschöpfte Gewerkschaften zwar in der Regel stets wieder zurückgezahlt werden, aber dass zumeist recht lange Zeit vergeht, bevor die Gelder wieder zurückfliessen können. Die Gewerkschaften, die ihre Solidarität durch Darlehen erwiesen haben, brauchen auf diese Fälle nicht besonders hingewiesen zu werden. Für die Gewerkschaftsbank ist es natürlich von der grössten Bedeutung, wenn die Gelder,



die sie stets zur Verfügung halten soll, nur sehr langsam ihr wieder zufließen werden. Die Geschäfte der Gewerkschaftsbank mit den Gewerkschaften werden weder für die Gewerkschaftsbank noch für die Gewerkschaften erfreulich sein können.

Dann kommen die Konsumgenossenschaften als Kunden der Gewerkschaftsbank in Betracht. Die Genossenschaften suchen sich schon seit langem in eigenen Bankeinrichtungen von den anderen Banken zu befreien. Ihre Verbände, ihre Grosseinkaufsgesellschaften kommen zu selbständigen Bankeinrichtungen, die zum Teil ihre bekannten Muster in den Genossenschaftsbanken der bürgerlichen Kooperativbewegung haben. Doch soll nicht gelehrt werden, dass die Genossenschaftsbewegung mit ihren weit ausgreifenden Projekten ein Interesse daran haben könnte, die von den Gewerkschaften angesammelten Fonds für ihre Zwecke zu verwerten. Dabei ist aber zu beachten, dass die Genossenschaften für ihren normalen Geschäftsbetrieb in der Regel flüssige Gelder haben. Freilich haben sie zeitweise Ueberfluss, andererseits aber, wie zum Beispiel zur Zeit der Dividendenzahlung, der grossen Fälligkeiten, der Jahresabschlüsse Geldmangel. Aber sie haben bisher in sich in der Regel die notwendigen Ausgleichungen gefunden, so vor allem die Genossenschaften in England und in Deutschland, nach welchen Vorbildern sich ja vielfach die österreichische Genossenschaftsbewegung weiter entfaltet. Also nicht diese kurzfristigen Kredite, die die Genossenschaften leicht und gerne nach kurzer Frist wieder abstossen, können für die Gewerkschaftsbank als wichtige Kapitalanlage in Betracht kommen, sondern nur langfristige Kredite zur Unterstützung von Bauten, zur Ausdehnung der Eigenproduktion, für Hypothekendarlehen u. s. w., also nicht dort, wo der rasche Umschlag des investierten Kapitals möglich ist. Für die kurzfristigen Darlehen kommt die Gewerkschaftsbank nur wenig in Betracht, jedenfalls nicht in einer geschäftlich sehr einträglichen Art, und für die langfristigen Geschäfte sollte eine Gewerkschaftsbank ihre Gelder nicht festlegen.

Aber es gibt auch sonst in der Arbeiterbewegung manche Gelegenheit, Gelder anzulegen. Herbergen, Gewerkschaftshäuser, Arbeiterheime werden von oft nur zu unerfahrenen Leuten schnell und leicht gegründet, wenn nur eine entfernte Möglichkeit der Beschaffung einiger, wenn auch durchaus nicht ausreichender Gelder vorliegt. Dass aber derartige Gelder auf lange Fristen festgelegt werden, kann nicht im Interesse der Gewerkschaften und ihrer Bank liegen, sie müsste derartige Geschäfte ablehnen. Dass das aber schwierig und peinlich ist, dass das die Beziehungen der Gewerkschaften zu den anderen Zweigen der Arbeiterbewegung nicht bessert, bedarf keiner weiteren Darlegung.

An der Möglichkeit der Errichtung einer Gewerkschaftsbank und ihrer Führung ist durchaus nicht zu zweifeln. Aber die Gewerkschaftsbank für notwendig zu halten, ja sie nur als eine erfreuliche Erscheinung anzusehen, bei der die Vorteile die Nachteile überwiegen, kann ich mich nicht entschliessen. Ich glaube, dass die Gewerkschaftsbank nicht in den Rahmen der Gewerkschaftsbewegung gehört, dass die Geschäftsführung einer Gewerkschaftsbank mit dem Wesen der Gewerkschaften nichts gemein hat. Wohl mag der eine oder andere, von gewerkschaftlichen Gesichtspunkten ausgehend, hoffen, dass eine Gewerkschaftsbank zur Konzentration der finanziellen Kräfte, zu einer erhöhten Solidarität der Gewerkschaften führen wird. Aber eine nüchterne Betrachtung lässt es mir nicht wahrscheinlich erscheinen, dass derartige Experimente die an sie geknüpften Hoffnungen erfüllen werden.

Ist die Gewerkschaftsbank ein Zukunftsgebilde, über das die Meinungen sehr geteilt sind, so ist die Genossenschaftsbank heute schon eine Tatsache. Die Genossenschaften sind vielfach auch Sparvereine, die Gelder der einzelnen Konsumvereine werden den Verbänden oder den Grosseinkaufsgesellschaften zur Verfügung gehalten, Gewerkschaften haben, wie aus ihren Rechenschaftsberichten und aus privaten Mitteilungen zu erkennen ist, ihre Gelder Konsumvereinen und Konsumvereinsverbänden zur Verfügung gestellt, aber es scheint sich da vorläufig um eine noch vereinzelt erscheinende, nicht um eine Regel zu handeln. Nun wird man fragen, ob sich diese Form der Anlage der Gewerkschaftsgelder als Regel empfehlen kann. Die einzelnen Gewerkschaften, die bisher ihre Gelder Konsumvereinen oder Zentralorganisationen der Konsumvereine zur Verfügung gehalten haben, werden sich das wohl reiflich überlegt haben,



eine Kritik über die Zweckmässigkeit dieser Einzelfälle steht mir nicht zu und wird von mir nicht beabsichtigt. Anders ist aber die Erwägung, ob man eine derartige Kapitalsanlage verallgemeinern soll. Ich glaube nicht, dass es sich empfiehlt, sie zur Regel werden zu lassen. Diese Regel würde auch dem Wesen der Genossenschaften überhaupt widersprechen, dem Gedanken, dass sie sich aus eigenen Kräften ein immer grösseres Feld der Wirksamkeit bereiten sollen in vollständiger ökonomischer Unabhängigkeit von allen Personen und Organisationen ausserhalb der konsumgenossenschaftlichen. Ist man über diese Richtschnur in Oesterreich nicht selten hinausgeschritten, so wäre es doch unklug, durch eine allgemeine Finanzpolitik der Gewerkschaften diese Methoden zur Regel werden zu lassen. Aber wir wollen nicht unter dem Gesichtspunkt der Genossenschaftspolitik, so sehr dieser Gegenstand dazu reizen könnte, die Frage der Anlage der Gewerkschaftsgelder besprechen, wir wollen das lediglich vom Standpunkt der Gewerkschaften aus betrachten. In der Regel dürften sich die Konsumvereine durch die Anlage ihrer Spargelder und durch die gegenseitige Solidarität, die in bankmässigen Gestaltungen Form gewinnt, für die Zwecke kurzfristiger Kredite, vielleicht nicht immer, aber doch in der Regel genügen. Ist das aber der Fall, dann können die Gewerkschaftsgelder, die den Konsumvereinen zur Verfügung gestellt werden, im wesentlichen nur für Anlagen in Betracht kommen, die langfristiger Kredite bedürfen. Nun will ich durchaus nicht verhehlen, dass man kurzfristige und langfristige Darlehen gegenseitig im gegebenen Augenblick austauschen kann, dass so manches Darlehen von Gewerkschaften an eine Konsumgenossenschaftsbank oder bankmässige Einrichtung ohne Schwierigkeit rasch zurückgefordert werden kann. Aber für alle Fälle wird man an diese Promptheit kaum glauben können. Da die Gewerkschaften aber für ihre Kampfes Zwecke ihre Gelder stets flüssig haben müssen, so scheint mir diese Anlage unter dem Gesichtspunkt gewerkschaftlicher Kampfbereitschaft wenig vorteilhaft.

Unter den verschiedenen Vorschlägen für die Anlage von Gewerkschaftsgeldern sei noch kurz eines merkwürdigen Erwähnung getan, des Gedankens, dass die Gewerkschaft Aktien der Industrieunternehmungen ankaufe, in denen die Arbeiter des betreffenden Verbandes wirken. Man solle so die Möglichkeit haben, die Unternehmer zu kontrollieren, die Aktionäre auf Fehler im Betrieb, auf schlechte Behandlung der Arbeiter, auf die Möglichkeit von Konflikten aufmerksam zu machen. Wer schon einmal im Auftrag einer gewerkschaftlichen Organisation an einer Generalversammlung teilgenommen hat, weiss, dass zu einer Aktion im Interesse der organisierten Arbeiter kein Platz ungeeigneter ist, als die Versammlung der Grossaktionäre. Es ist das auch kein Ort, wo sich ein kleiner Aktionär über die Verhältnisse eines Aktienunternehmens orientieren kann. Zur Förderung der gewerkschaftlichen Aktion wird also diese Methode der Geldanlage der Gewerkschaften sicherlich nicht beitragen. Es ist ebenso sicher, dass keine Finanzanlage dem Wesen der Gewerkschaft mehr widerspricht als die in Aktien von Industrieunternehmungen. Es sind das fast ausnahmslos Spekulationspapiere mit starkem Wechsel der Kurse, die gerade dann eher eine rückläufige als eine steigende Tendenz zeigen, wenn die Gewerkschaften Geld benötigen, wenn sie sich zum Kampfe vorbereiten und deshalb diese Industriepapiere auf den Markt bringen oder belehnen müssen. Rein theoretisch könnte man selbst behaupten, dass die Rücksicht auf die finanziellen Folgen einer Aktion gegen die Aktienunternehmungen lähmend auf die Initiative einer Gewerkschaft wirken könnte.

So haben wir eine Reihe von Streitfragen der Vermögensverwaltung der Gewerkschaften hier erörtert. Das Resultat unserer Betrachtungen dürfte aber sehr klein erscheinen:

Vorsichtige Kapitalsanlage, grösste Sicherheit, nicht Rücksicht auf hohe Verzinsung, leichte Flüssigmachung der angelegten Gelder. Das ist das Um und Auf richtiger Vermögensverwaltung und die findet man sicherlich auch als Kassier der Gewerkschaften am besten bei den grossen Bankanstalten in Deutschland wie in Oesterreich. Wer die ungeheuren Kapitalien unserer Grossbanken kennt, wer von den Milliarden weiss, die den privaten Banken anvertraut sind, wem die ungeheure Macht des Finanzkapitals bekannt ist, dem werden die Summen, die wir den Banken zur



Verwaltung anvertrauen, über alle Massen klein und lächerlich erscheinen, wir werden durch sie das Finanzkapital nicht merklich stärken.

Es handelt sich bei der von uns erörterten Frage um die richtige Vermögensverwaltung. Dass diese bei den grossen Banken in sachverständiger und sicherer Hand ist, das können wir ruhig anerkennen, es geht ja aus dem Wesen des Kapitalismus hervor. Sollen etwa die Arbeiter und die Vertreter der Arbeiter bessere Geldverwalter und Geldverwerter sein als die Kapitalisten? Wir tun uns nicht Abbruch, wir bescheiden uns bei dem, was gegeben ist, wenn die Gewerkschaften die Gelder bei den grossen Banken anlegen, wenn sie durch Akzeptierung verhältnismässig niedriger Verzinsung den Verzicht auf die Kündigungsfrist erkaufen. Das ist nüchterne und phantasiefreie Finanzpolitik, das ist aber auch Befreiung von allen Experimenten, die nirgends weniger am Platze sind, als bei der Anlage der Gelder der Gewerkschaften, die aufs beste zu sichern und stets zur Verfügung zu halten eine Lebensfrage für jede gut geleitete Gewerkschaft ist.

## Franz Diederich (Dresden): **Emile Verhaeren**

Das letzte Menschenalter ist erfüllt von schwer kämpfendem Herausarbeiten aus dem Kleinen, Beengten ins ungeheuer Grosse und Offene, und alles in dieser Welt jüngster Gegenwart ist riesig entfalteter Wille und höchste Tatkraft. Der Dichter, in dem diese Wandlung und diese Bewegung sich mächtig spiegelt, ist Emile Verhaeren. Wie die Summe aller grossbewegten Energien der Kultur unserer Gegenwart wirkt er.

Er ist ein bedeutender Mensch, und als Mensch wie als Dichter einer, an dem das Weltmilieu gemodelt hat. Ueber den Volksboden, der ihn gebar, ist sein Leben hinausgewachsen mit Wurzel und Wipfel. Er hat schnell auch zu uns hergefunden, tastet an uns heran mit greifender Kraft und bietender Fülle, und der neue Boden nimmt ihn willig an. Er ist ein weltheimisches Gewächs. Starke Dichter holen ihn in neue Sprachen herüber, in die deutsche nun vor allem Stephan Zweigs freudiges Eindringen ins menschlich Grosse. Mit dem wachsenden Weltzusammenschluss ist nicht nur eine eigentönende Weltdichtung heraufgekommen: wir haben auch ein Erblühen der Uebersetzerkunst erlebt, das in dem dreibändigen Verhaeren-Werk Zweigs, das der Insel-Verlag herausbrachte, bis zu hoher Entfaltung gelangt ist.\*

Der Wert der Arbeit Zweigs ist deshalb gross, weil sie den Gegenwartsatem der Dichtung Verhaerens in so kraftvollem Miterleben hervorströmen lässt. Im Schauen und rhythmischen Bewegen hat sie die Spur seines Blutes getroffen. Und sie ist auch deshalb von lebendigem Wert, weil sie in Auswahl und Ausbau des Stoffes die Art schweren Ringens, durch die Verhaeren sich von Vergangenheit zu Gegenwart und Zukunft durchfand, in Tempo und Farbe und Tonwert so bezeichnend ausdrückt. Fast wagt man nicht zuviel mit der Behauptung, Zweig habe den Weg der Unzähligen herausgebaut, der den belgischen Dichter blutnah an die Kämpfer heranzuführen muss, die gleich ihm von den Wirbeln und Wogenstössen der neuen Zeit wissen. Zweigs Verhaeren-Lyrik wirkt wie eine Luft, die den Lungen unentbehrlich ist. Das bedeutet also: sie gibt dem Dichter, was sein ist. Denn er ist einer von den wenigen, aus deren Dichtung der Eindruck erspringt: dieses Werk ist zeitnotwendig.

Woher dieser seltene Eindruck? Nur wer unserem Leben nützt, kann solche Wirkung tun.

Verhaeren hat die volle Höhe unserer Wünsche. Er hat das Verhältnis zur Welt, das wir brauchen, um unsere Kräfte frei zu fühlen. Das letzte halbe Jahrhundert hat mit dem geschichtlich Ueberkommenen so eigenwillig geschaltet, hat es so ungestüm vorwärts gerissen, dass die psychische Entwicklung des Individuums, auf ganz anderen Boden überpflanzt, vor Schicksalsmöglichkeiten geriet und in Kämpfe hineingerissen

\* Die Verhaeren-Ausgabe Stephan Zweigs umfasst drei Bände, die einzeln in sich abgeschlossen und für je Mk. 3.50, geb. Mk. 4.75 käuflich sind; Gesamtpreis 10 Mk., geb. 14 Mk. Der erste Band enthält eine Würdigung des Dichters von Zweig, der zweite die Gedichte, der dritte die Dramen



wurde, die in der nun erlebten Art etwas Neues sind. Umgarnet von alten Abhängigkeiten ringen wir mit diesen neuen Gewalten. Wir ringen um ein neues Gleichgewicht in und gegenüber einer gänzlich veränderten Umwelt, in der die brodelnden gärenden Kräfte immer noch nicht zur Ruhe kommen wollen. Von diesem Gleichgewicht hängt unser Ichglück, hängt das Kraftmuss unseres Schaffens ab, und das darf nicht hinter den Kräften zurückbleiben, die uns aus den neuen Quellen zugeflossen sind. So gross ist dieser Kraftzufluss, dass sich von den Toren aller Möglichkeiten die Riegel lösen.

Ein Zeitalter der Revolten hält unsere Sehnsucht in Atem. Was gestern herrlich dünkte, muss heute entschlossen aufgegeben werden. Nicht weil uns schon Ersatz gewachsen wäre, vielmehr weil wir fühlen, dass ein Ersatz notwendig und eben möglich geworden ist. Wir stürzen uns nicht zerstörerisch in den Abgrund eines unerhörten Chaos, wir stossen an, bewaffnet mit einem Gegenwartsfühlen und Zukunftsvertrauen, das zum grössten Wagnis verpflichtet. Zu diesen Waffen brach Verhaeren sich Bahn. Sein Lebenfühlen hat sich durchgeschlagen auf den Weg, den Dehmel abgesteckt mit dem Worte: „Aus dumpfer Sucht zu lichter Glut!“ Das im Unbewussten durch zeitliche Mächte Vorbereitete hat das grabende Ringen seiner Seele sich bewusst gemacht, indem es sich in den vollen Ansturm dieser Mächte stellte. Diesem Ansturm als ein Element verschmolzen, hat er den Kern der Gewalten in ganzer Nähe erahnt und erfüllt, die den Menschen im Strom des neuen Werdens packen und zum Handeln zwingen. Er hat durchlebt, was sie ihm nehmen, was sie ihm geben können. Den Schwachen treiben und reissen sie auf ihrem Grunde mit sich, um ihn zu zerreiben, der Starke bringt sie unter sich, um an ihrer Kraft zu wachsen und um sich an ihr zu formen zu neuer Menschenherrlichkeit. Als Naturalist, der das mächtige Geschehen von draussen her betrachtet, begann Verhaeren, und dann, tief ins Geschehen eintauchend, offenbarte sich ihm das Innerste, ohne das die Welt für uns Menschen tot und unfruchtbar bleibt. Die Welt, die einst aussen an ihm vorübertrieb, stellt sich in seinem Werke dar, als sei er selbst der Mittelpunkt, aus dem sie sich bewege. Ein Weltbild quillt aus seinem lyrischen Schauen, ein Weltbild von mächtig beherrschter Einheit, eine Harmonie neuer Schönheit des Weltgefühls und ein Lebenfühlen, so sieghaft geklärt, dass alles Hemmende, Dumpfe und Scheue untergesunken, verschwunden ist und nur die Bereitschaft Raum hat, aus jedem Augenblick Werte der Persönlichkeit und Zukunftswerte herauszuleben. Verhaerens Lyrik ist höchstes Kulturgut, ein Neubesitz, den nur unser Zeitalter schaffen konnte und an dem die Weltmenschheit Anteil hat. Sie ist Pioniertat, die vorwärts führt als Menschenbildnerin.

In Belgien reichen Mittelalter und Gegenwart sich die Hände: neben dem Mönchtum der Klöster lebt sich die grosse Industrie des rücksichtslos profitgierigen Kapitalismus aus. Verhaeren wuchs in der Luft dieser beiden Mächte. Er war Jesuitenzögling und ging in der Glaubenswelt dieser Sphäre seiner Jugend, der romantisch umdämmerten Sphäre der Vergangenheit, auf. Dieser Anfang hat seinen Gegenpol in dem Aufgehen des reifenden Mannes in der wildlauten Welt der neuen grossen Städte und grossen sozialen Bewegungen und in dem Herausgewinnen eines neuen von aller überlieferten Religiosität losgelösten Glaubensinhalts für das Leben. Diese Entwicklung vollzieht sich in den Achtziger- und Neunzigerjahren, dieser Zeit, in der alt und neu sich trennt in den materiellen Grundlagen und geistigen Strömungen der Gesellschaft, der Zeit, in der Zola und Meunier zur Höhe kommen, um von Europa aus eine Weltmacht zu werden. Die Bedeutung dieser beiden als Epiker und Plastiker ergänzt nun Verhaeren als Lyriker. Er taucht in die Erscheinung der brodelnden Masse ein und taucht ungeboren wieder empor, und an sich selbst erfährt er, was der einzelne aus dem Getriebe dieser Masse als persönlichen Ertrag für die Kultur haben kann. Walt Whitman war der erste, der aus dem neuen Welt- und Lebenschauen heraus zu neuen eigenartigen Rhythmen gelangte, und Verhaeren hat diese Rhythmen gepackt, überzeugend wie keiner zuvor. Er packte sie, weil er stark genug war, das kreisende Leben aus dem Blutgang seiner Sehnsuchten und Leidenschaften heraus zu begreifen. Nicht auf ein naturalistisches Abspiegeln der Wirklichkeit geht er aus, das Thema seines lyrischen Schaffens ist immer das Handeln eben dieser Sehnsuchten und Leidenschaften des neuen Menschen, die in ihm selber in Bewegung sind und sich ausleben



in Weltbildern, die sich ihm aus den typischen Elementen der Wirklichkeit in visionärem Schauen selbstschöpferisch gestalten. So ist in seinen Bildern alle Enge der Wirklichkeit gesprengt, die Bilder sind allumfassend, jedes für sich ist eine Welt, die zum weitesten Fluge Raum gibt, und es ist ein Stück seiner eigenen Innenwelt, das die Aussenwelt in ihm gebaut hat. Sie erwacht in ihm gleichsam zum Eigenbewusstsein. Was sie ihm scheint, ist sie in ihm und durch ihn. Die Umwelt harret, dass der Mensch zur Kraft des Gottes aufsteige, der sie schöpferisch beseelt. Und wenn sein Leib zerfällt, verweht mit ihm die Seele, die er der Welt gegeben hat. Aus dieser lyrischen Weltanschauung heraus gebiert sich dem Dichter die herrlichste, fruchtbarste Gemeinschaft und Einheit von Ich und Welt. Sie bringt ihn von pessimistisch bedrückter Unfreiheit zu optimistisch aufschwinger Freiheit. Seine Weltfreude und Weltgläubigkeit zuckt und dehnt sich in gewaltiger Kraft, fähig, die ihr gegebene Gegenwart aufzusaugen und von sich aus die ganz umfasste Zeit mit bewegtem Leben auszufüllen. Wer in dieser von Unruhe und Empörung schweren Zeit des Uebergangs die Menschen als Dichter an sich reißen und festhalten will, der muss sie zum Grossgefühl des Ueberwindens und Beherrschens der Weltgewalten vorwärtsführen können. Diese Macht hat Verhaerens Lyrik und deshalb ist sie Kunst im höchsten Sinne. Kulturgut! Wie ein beruhigtes Meer mit fernen Himmelshorizonten wirkt die Lyrik der jüngsten Phase des nun 56jährigen Dichters. Gross und weit und in wundervoll abgeklärtem Gleichgewicht mit dem All. Keine Spur von einem Weltflüchten ist darin, es ist ein Welt-dichten. Aus dem Glück, das Verhaeren als Frucht seines Ringens genießt, fällt es wie ein Strahl in die Zukunft, die hinter den Stürmen von heute aufdämmt und alles Grosse, das heute die Rhythmen des Wogens, Brandens und Tosens in uns auslöst, beruhigt überthronen, anschauen und empfinden wird, um es so viel sicherer bis in die letzten Tiefen seiner Kraft und Schönheit auszuschöpfen.

Stephan Zweig hat seine Auswahl Verhaerenscher Lyrik so aufgereiht, dass der Leser die Entwicklung des Dichters durchempfinden kann. Die ersten Zeilen wecken eine Vision vereilender Zeit: aus ferner Zukunft her fällt ein Blick auf des Dichters Gegenwart, die in den Staub vergangenen Lebens gesunken ist. Der Dichter schlägt vor dem Menschen der Zukunft das Buch seines Wollens auf, in dem aufgezeichnet steht: „mit welcher Hoffnung wir von einst gewappnet waren“.

Er wisse, wie durch Tränen, Schreie und Revolten  
Mit wilder Inbrunst einst sich mein Frohlocken mühte,  
Wie es im herben Manneskampf der Schmerzen glühte,  
Bis es die Liebe fand, der seine Brunst geglolten.

Ich liebe meinen Fieberblick, mein Hirn, die Nerven,  
Im Herzen und im Leib des Blutes warmes Raunen,  
Ich liebe Mensch und Welt und will die Kraft bestaunen,  
Die meine Kräfte spendend in das Weltall werfen.

Denn Leben heisst allein: Empfangen und Verschenden,  
Und nur die Sehnsuchtswilden haben mich begeistert,  
Die auch so gierig standen, keuchend und bemeistert  
Vom Leben und von seiner Weisheit roten Bränden.

In feierlichem Erglühen offenbart des Dichters Wort Wesen und Ziel seines Daseins. „Stunden der Grösse und des Sinkens“ durchkämpfte er mit ewiger Sehnsucht —

Und Grosse sind nur, die sich an die unzählbaren  
Massen der Menschheit, tiefer Inbrunst voll, verschenken,  
Nur in Unendlichkeit wiegt trunken sich das Denken;  
Ein Schöpfer braucht die Liebe, um zu offenbaren!

All unser Ringen und Erkennen ist Vorarbeit der Zukunft. Einst wird ein Kühner kommen und das Wissen der Welt aus der Notwendigkeiten Brust reißen und gross dastehen als die höchste Möglichkeit der Schöpfung, als ihr fleischgewordener Sinn: „Um in sich selbst der Dinge Eintracht zu vollenden“.

Von früh an gestaltet sich in den Gedichten Verhaerens der Drang, vom Menschen aus an allem Sein und Geschehn umher in die geheimnisreichen Weiten und Ver-



schwiegenheiten von Raum und Zeit hinauszutasten und die dichterisch enträtselten Beziehungen sinnlich greifbar darzustellen. Wind, Regen und Schnee, die Unholde nordischer Heiden, treiben heran, und Land und Volk, seit Jahrtausenden von ihnen gequält, haben sich an ihr Ungemach gewöhnt und lassen sie gelten wie alte Freunde. Arbeitglühend kneten Mägde den Teig des Feierbrots und wenn sie ihn in den Ofen schieben, springen die lechzend-heissen Glutzungen des Feuers wütend ihrem Antlitz entgegen. Die Mönche, die „Zukunftlosen in der neuen Zeit“, sind dem Dichter die Leben gewordenen Jahrhunderte der Vergangenheit, die schön heraufschreiten und dann wieder verkörpern sie ihm das starre Schweigen im Flüchten der Stunden, und ihre frommen Wandererwege, auf die die finsternen Wälder nachdenklich niederschauen, ziehen wie Wesen im Lande dahin. Die Stunden, diese Zeichen der Unendlichkeit, sind wie steile steinerne Treppen, und die Uhren, die nicht rasten und ruhen, wecken mit ihrem Poltern und Schleichen schwere bange Fragen. Vom Gangwerk der Zeit hallt es hervor aus dem Gedicht von den Matrosen, die aus sizilischen Fernen eine lichte singende Sirenen-schar nach Norden heimbringen; aber keiner dort vernimmt ihr Lied und keiner kennt die Matrosen mehr. Eingefroren liegt eine Barke am Ufer, umgeben von stummen Unendlichkeiten; wann wird der Held kommen, der mit dem Ruder den eisigen Winter zerschlägt und hinfährt zu flammenfernen Paradiesen? Die Barke ist die Sehnsucht, die eingekettet träumt und trauert.

Dies Gedicht von der Barke hat Zweig mit feinem Bedeuten vor die Gruppe „Trilogie der Qual“ gesetzt. In ihr sind vereint Gedichte voll Zerrissenheit, Schwermut, wildem Aufbegehren, inmitten menschlicher Hohlheit und Kleinheit, die nicht begreift, was seiner bedeutenden Seele Sehnsucht will. In den „Traumlandschaften“ setzt ein trotzig schweigendes Wehren gegen die drückenden Schicksalsgewalten ein. Endloser Regen rinnt.

Der Gast der Länder, die grau und alt,  
Der Regen  
Mit seiner ewigkeitsstarren Gewalt!

Und die Schneezeit dann —

Die Schürze der bösen Zeit wird jetzt  
Am rauhen Himmel gerafft und gerüttelt,  
Die Schürze, vom wilden Wind zerfetzt,  
Die ihr Unheil über die Erde schüttelt.

Der Schnee fällt und fällt unaufhörlich, weite, weite Wege wandernd —

Der Schnee mit seinem Leichentuch,  
Der Schnee mit seinem bleichen Fluch,  
Der Schnee mit seinem greisenden Haare,  
Der Schnee, der weisse und unfruchtbare,  
Fällt und fällt  
Hin in den unendlichen Winter der Welt.

Drei mächtige Gestalten ragen in diesen Landschaften auf. Ein Fährmann, der, ein grünes Schilf zwischen den Zähnen, im Boot stroman kämpft. Ein Ruder zerschellt — er kämpft mit dem anderen weiter. Auch das Steuer bricht und dann das andere Ruder. Nun wird das Boot stromab gerissen, wehrlos treibt der Fährmann ins Verderben hinaus. Und immer noch hält er todestrotzig das Schilf zwischen den Zähnen. Dann das Gedicht vom Glöckner, der im brennenden Turm die Glocke läutet, bis sie niederstürzt und den Ausharrenden unter sich begräbt. Endlich das bedeutsame Gedicht von dem Müller der schwarzen Mühle, vor dem die Menschen sich wie vor dem Satan bekreuzten und der nun gestorben ist und bei Nacht und Nebel „in Unkraut und Kohlenkies“ verscharrt werden soll.

Lang hatte sein einsames Herz gespät  
Nach dem, was in dämmernden Worten zuzeiten  
Das Weltall dem Horcher der Ewigkeiten  
Verrät.  
Die harte Heide der endlosen Flächen  
Umschloss sein Herz wie ein Zauberring,  
Lebendig und traulich ward Wesen und Ding



Und suchte zu seiner Seele zu sprechen.  
 Die grossen Stürme, die den Erdball umkreisten,  
 Durchdrangen sein Fühlen mit ihrer Kraft,  
 Dass er sich in seiner schlichten, verwaisten  
 Seele das Schauspiel des Lebens geschafft.  
 Von den ältesten Leuten hat ihn keiner gekannt.  
 Stadtferne, wo nur mehr die Stürme hausen,  
 Ist er umhergerannt,  
 Den Flug und die Reise des Winds zu erspäh'n.  
 Und die feurigen Worte der Wolken zu seh'n.

Nun ist der Totengräber allein mit der Leiche des Mannes, „der so in aller Adern hinein den Hass und das Schauern tief eingewühlt“. Unheimliches begibt sich: Haide, Wind, Nebel geraten in empörende Bewegung wie in Todesschauern. Der Gräber wirft den Spaten weg und flüchtet. Er begreift nicht, was an dem Grabe in den Weiten geschah. Wenn ein Denker stirbt, trauern die Unendlichkeiten, deren „dunkles Wissen“ sein Leben „erhellte und zu ewigen Fernen emporgerissen“ hat; sie selber verstummen. Das Wort eines späteren Gedichtes mag herübertönen, das von den Dingen der Natur sagt:

Ihr werdet Ich, seit ich euch voll erlebt.

Diese Gedichte wurden ausgangs der Achtzigerjahre geschaffen. In den Anfang des folgenden Jahrzehnts fallen dann die wuchtigen sozialen Bilder, die in der Gruppe „Verführungen der Städte“ zusammengefasst sind und mit denen Verhaerens Lyrik ihrer gewaltigen Höhe zustrebt. Die Welt der Städte und der Massen tut sich auf. Finster, drohend, lodernd. Vorüber treibt der Zug der armen Leute, die Unglück haben in alle Ewigkeit und ihm nachgaben. Sie wandern aus. Wohin? In die Stadt, die auf sie wartet. „die Stadt mit apokalyptischer Stirn“. Dann das Gedicht von Fabriken, den schwarzen Fabriken, „die Unendlichkeit des Elends entlang“, in denen die Tausende sorgsam ihre Arbeit verrichten.

Die Tausende, die starr wie Automaten  
 Den geheimnisvollen Takt  
 Der grossen Weltmaschine bestimmen,  
 Die mit ihrem eisernen Zahn die Stimmen  
 Und lebendigen Worte zerreisst und zerhackt.

-----  
 Dort am Kanal und der Ferne entgegen,  
 Die Unendlichkeit des Elends entlang,  
 Rauchen und fauchen  
 Rings um die Stadt bei Nacht und Tag  
 Mit unaufhörlichem dumpfen Schlag  
 Die schwarzen Fabriken.

Der Morgen verwischt  
 Sein Rot in ihre russenden Ecken,  
 Der Mittag mit zaghaftem Sonnenblinken  
 Verlischt,  
 Erblindet in ihren Nebeldecken.  
 Doch lässt des Wochentags Abendsinken  
 Dämmerung über ihr Dunkel rinnen,  
 Dann hält diese rasende Anstrengung  
 Jäh wie ein fallender Hammer im Schwung  
 Urplötzlich inne,  
 Und der Schatten, der über die Stadt sich ründet,  
 Scheint wie goldener Nebel, der sacht sich entzündet.

Als Sammelstätten von Laster und Verbrechen saugen die Singpielhallen die Massen der Städte auf: „eine unersättlich unendliche Menge, eine rote Rebe voll giftigem Saft“. Hinter den schwellenden Farben der Greuel lodert die Revolte der „endlos anbrausenden Massen des Volkes, das gierig begehrt“, in den Strassen empor. Mitten im blutigen Entsetzensgewühl jauchzen die extatischen Verse auf:

— Töten, um zu verjüngen, zu schaffen!  
 Selbst wie der unersättliche Weltgeist sein  
 Und rücksichtslos sein Ziel sich erraffen  
 Durch einer Minute erschreckenden Schein:  
 Töten — oder sterben, um frei zu sein!



Und am Schluss des Gedichtes noch einmal gesteigert mit dem Zukunftsausblick des todbereit Kämpfenden, aus höchster Lebensenergie hervor:

— Töten, um zu verjüngen, zu schaffen!  
 Oder sich selbst im Kampfe zu fällen!  
 Bändigen — oder die Stirn sich zerschellen!  
 Ob grün oder blutrot der Frühling tagt,  
 Ist es nicht doch  
 In der Tage mühsam keuchendem Joch,  
 Die gleiche Triebkraft, die uns vorwärts jagt!

Sieghaft steigt der Dichter aus den Wirbeln der Städte empor. In ihrem Kochen wird der Blick zur Zukunft klar. Kein dumpfer Druck hemmt die Gläubigkeit, die das Grosse ahnt, wenn die Frage aufsteigt, was werden wird in „der Städte eiserner Umklammerung“. Werden sie ein Vollenden schaffen? Wir, die erfüllt sind von „edler Wut, alles zu wägen und zu wissen“, müssen uns begnügen mit dem Gefühl, dass wir „fruchtbar-frohe Lust“ in uns haben. Im Treiben der Menge, die um Befreiung aufschreit, bewegen sich Schicksalsgewalten. In der Menge wächst die Messiaskraft, die das entscheidende Tatwort sprechen wird. Sie ist der Boden der Hoffnung.

Die Menge mit ihrem gewaltigen Drängen  
 Muss die überflutenden Städte zersprengen.  
 Nun ist die Stunde der Wunder und Werke,  
 Die Stunde des Siegs und des Untergangs,  
 Von Gold und Blitzen erfunkeln nun Hände  
 Ueber den Fernen in mythischem Glanz.  
 Wie eine Welle im Strom sich verliert,  
 Eine Schwinge im Aether unsichtbar wird,  
 So verliere auch du,  
 O mein Herz, dich in diesen unzählbaren Mengen,  
 Die die Städte mit Schrei und mit Jubel durchdrängen!

Sieh zu, o sieh zu,  
 Wie sich Angst und Triumph und Wahnsinn dort schärfen,  
 Wie sie sich steigern und jäh sich entladen  
 In zuckenden Flammen,  
 Und schmiede die tausend Fibern und Adern,  
 Die springenden Muskeln, die zuckenden Nerven  
 Dir dann in eine Einheit zusammen!  
 Vereine, umfasse  
 Liebend in dir die zerstückelte Masse  
 Und nimm immer so sehr  
 Teil an diesem Verändern und Wandeln  
 Der Menschen und Dinge,  
 Bis dich dann plötzlich das tiefste Gebot,  
 Nach dem sie alle ahnungslos handeln,  
 Jäh wie ein blendender Blitz durchloht!

Lass' Einklang walten zwischen deiner Kraft  
 Und den Geschicken,  
 Die unbewusst die Menge schafft!  
 Denn für all das, was morgen erst Geltung erhält,  
 Hat sie die unbewusst ahnenden Blicke.

Ueber dem Gedichte, das diese berausenden Rhythmen hinströmt, steht das Wort: Die Menge. An der Wende des Jahrhunderts ist es gedichtet. Wie aus dem Gewühl der befreiungsschwangeren Städte hervor. Und es schliesst mit der leuchtenden Mahnung: „In diese Städte schliesse dich ein, mein Herz, um gross und gewaltig zu sein!“

Bahnbrechende Herrlichkeit durchschüttert diese lyrischen Schöpfungen. Die geweckte Energie flutet zu allen Gipfeln empor. Allem Kampf um Höchstes dichtet Verhaeren seine Rhythmen nach: den Qualen und Triumphen der Forschung, dem Flug ins Grenzenlose der Allwelt, den Eroberungen des Erdballs, aller weltumkreisenden Bewegung, die das staunende Wort preist: „Die Erde pressen sie in nie gekannte Bahnen!“ Die Stimmungen der Stille hat die Kunst des Dichters in allen Zungen seit langem in ihre Gewalt gebracht; auch die des Sturms der Elemente in der Natur hat sie mit immer mehr wachsendem Einfühlen erobert. Nun steht sie dem neuen Geräusch der ge-



waltigen Städte gegenüber und dem Weltgeräusch des Erdballs, den der Mensch eroberte, und dem Ewigkeitsweben im Universum, in das der forschende Menschensinn hellend vordrang bis zum Einheitsempfinden des Alls. Verhaeren ist dieser dichterischen Aufgabe gewachsen gewesen. Aus der Urkraft des grossen Dichters heraus, in dem der „Rhythmus der Welt“ ursprünglich rinnt. „Den kann keiner aus Büchern erlernen.“ Er hat ihn kämpfend erlauscht in sich, und im Kampf errungen arbeiten die Schaffenskräfte der Gegenwart in seiner Dichtung. In mächtigem Bogen wölbt sich vor seinem Wege das berauschende Ziel:

„Die neue Formel finden für die neue Zeit.“

## Bücherschau

### Parteiliteratur

Die deutsche Sozialdemokratie bereitet gründlich die Wahlen vor. Eine ganze Reihe von Parteischriften, mit denen die Agitation für die Wahlen beginnt, ist schon erschienen, eine Reihe weiterer ist in Vorbereitung, so dass die Sozialdemokratie im Reiche mit ausgezeichneter geistiger Rüstung in den Kampf ziehen kann. Es ist schade, dass so manche dieser Schriften nicht auch unseren Wahlkampf gefördert haben. Gegen die Flut von frechen Verleumdungen, von schamlosen Verdächtigungen und gewissenlosen Erfindungen gegen unsere Partei im Wahlkampfe hätte nicht übelgewirkt eine kleine Schrift, die vor kurzem im Verlage von Stritzke & Co. in Altenburg erschienen ist. Genosse Dikreiter hat dort eine Materialiensammlung Sozialdemokratie und Sozialismus im Lichte bürgerlicher Kritik veröffentlicht. (80 Seiten, Preis 30 Pf.) Das Schriftchen ist eine Sammlung von Urteilen unserer Gegner über die Sozialdemokratie. Es werden anerkennende Ausdrücke von Feinden unserer Partei zusammengestellt über die kulturelle Bedeutung des Sozialismus und der Sozialdemokratie, über die soziale Hebung der Arbeiterklasse, über den Einfluss der Sozialdemokratie; dann werden besondere Urteile evangelischer und katholischer Geistlicher über Sozialismus und Sozialdemokratie, weiter Urteile der Liberalen über die Sozialdemokratie zusammengetragen. Besondere Kapitel sind der Anerkennung sozialdemokratischer Parlamentsarbeit und sozialdemokratischer Gemeindearbeit wie der sozialdemokratischen Presse gewidmet. Das Schriftchen schliesst mit einem Kapitel „Wie man die Sozialdemokratie nicht bekämpfen soll“.

Es ist selbstverständlich, dass eine derartige Schrift weder vollständig noch gleichmässig sein kann, jeder Kenner wird dieses oder jenes vermissen, während ihm anderes wieder der Aufnahme wert erschienen wäre. Unzweifelhaft ist aber, dass das Schriftchen auch in seiner heutigen Gestalt sehr wertvolle Dienste leisten kann, dass es den Verleumdungen unserer Gegner wertvolle Anerkennungen der Partei durch ihre anständigeren Widersacher entgegenstellen kann. So vermag es arge Verlegenheiten im Lager derer, die die Sozialdemokratie mit allen Mitteln bekämpfen, herbeizuführen. Der ausgezeichnete

Gedanke dieses Schriftchens wird sicherlich dazu führen, dass es bald in neuen Auflagen erscheinen kann und dass es dann in erhöhtem Masse Nutzen stiften können wird. Auch schon in seiner heutigen Gestalt kann es bei kluger Verwendung zu einem bedeutungsvollen Agitationsbehelf werden, von dem politische wie gewerkschaftliche Agitatoren Gebrauch machen sollen. ad. br.

### Gewerkschaftliches

Die älteste und erfolgreichste gewerkschaftliche Organisation ist die der Buchdrucker. Gerade in unserer Zeit schwerster Krise unserer Gewerkschaftsbewegung ist der „Verband der Vereine der Buchdrucker und Schriftgiesser und verwandter Berufe Oesterreichs“ besonders interessant. Stellt er doch eine glückliche, aber, wie die Diskussion gelehrt hat, nicht nachzuahmende Form der Verbindung aller Arbeiter Oesterreichs in einer Organisation auf Grund von Landesverbänden dar. Soeben erschien der Bericht über die Tätigkeit des Verbandes für die Zeit vom 1. Jänner bis zum 31. Dezember 1910 nebst einem Rückblick auf die Gesamtgebarung der Verbandsvereine seit deren Gründung. Dieser 77 Seiten starke, vortrefflich ausgestattete, im wesentlichen tabellarische Bericht ist vom Verbandsrat verlegt. Der Verband zählte am Schlusse des Jahres 1910 14.982 Mitglieder und hatte eine Gesamteinnahme von 1,290.559 Kronen und eine Gesamtausgabe von 1,224.918 Kronen. Hiervon wurden zu Unterstützungen 828.815 Kronen verausgabt. Das Gesamtvermögen des Verbandes betrug 2,509.208 Kronen. Der Verband setzt sich zusammen aus 15 Vereinen, von denen der böhmische 37 Filialen in allen Teilen des Landes hat. Die 308 Druckorte, in denen die Mitglieder wirken, gehören allen Sprachgebieten Oesterreichs an. In dem Berichte findet man, was diese mächtige Vereinigung für Organisation und Agitation, für Fortbildung und Arbeitsvermittlung, für Arbeitsstatistik und vor allem für die Verbesserung der Lebenshaltung ihrer Mitglieder getan hat. Besonders interessante Angaben finden wir über das Fortschreiten des Setzmaschinenbetriebes, über Arbeitseinstellungen, über die tarifreuen Betriebe. Ausführliche und sehr beachtenswerte Tabellen geben Aufschluss über die Kassen-



gebarung wie über das Unterstützungswesen des Verbandes. Sehr interessant sind auch die Nachweisungen über die Aufteilungen der zentralisierten Unterstützungen zwischen der Zentrale und den einzelnen Vereinen. Ein Rückblick auf die Gesamtgebarung seit Gründung der Verbandsvereine (1894), der mit annähernd 22 Millionen Kronen Gesamteinnahmen rechnet, weiter ein Verzeichnis der Gegenseitigkeitsvereine und Gegenseitigkeitsverträge schliessen diesen überaus interessanten Bericht ab. ad. br.

## Konsumvereinsliteratur

Professor Dr. W. Wygodzinski, *Das Genossenschaftswesen in Deutschland*. (B. G. Teubners Handbücher für Handel und Gewerbe.) Leipzig und Berlin 1911. 287 Seiten.

Professor Wygodzinski will in seinem Buche zeigen, „welche Rolle die Genossenschaft im Wirtschaftsleben der Gegenwart spielt“. Nach einer kurzen Skizze der Geschichte des Genossenschaftswesens und einer eingehenden, wohl gelungenen juristischen Analyse der Genossenschaft beschäftigt sich der Hauptteil des Werkes mit der „wirtschaftlichen Betätigung der Genossenschaften“. Hierbei hat der Verfasser die Kreditvereine, deren Darstellung übrigens sehr interessant ist, räumlich entschieden begünstigt. Sehr hübsch ist die Behandlung der landwirtschaftlichen Genossenschaften, deren Entstehen mit den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen der Zeit — Uebergang von der Natural- zur Geldwirtschaft — zutreffend verknüpft ist und deren besondere Eigentümlichkeiten ganz richtig aus der besonderen Beschaffenheit des landwirtschaftlichen Betriebes abgeleitet werden. In diesem Zusammenhang findet auch die bekannte preussische Zentralgenossenschaftskasse eine ausführliche Schilderung.

Die Konsumvereine sind hingegen etwas stiefmütterlich behandelt — räumlich; denn inhaltlich ist Professor Wygodzinski von unzweifelhafter wissenschaftlicher Objektivität. Darum fällt es um so mehr ins Gewicht, wenn dieser unbefangene Beobachter die moderne Konsumvereinsbewegung als eine „durchaus unzweideutige Klassenbewegung“ bezeichnet und von den Genossenschaften des Zentralverbandes als von „Arbeiterkonsumvereinen“ spricht, was bekanntlich die Leiter dieses Verbandes absolut nicht Wort haben wollen. Von den Feinden der Konsumvereine konstatiert der Verfasser, dass dazu nicht nur die Kleinhändler, sondern auch die Grosshändler und die Handwerker, ja sogar schon die industriellen Grossbetriebe gehören. Auf diese Feststellungen von uninteressierter wissenschaftlicher Seite — so wenig neu sie an sich sind — wird man hinfort die Neutralitätssteckenpferdreiter hinweisen können, wenn sie wieder einmal den Vorwurf tendenziöser Darstellung gegen die Anhänger eines innigen Verhältnisses zwischen Sozialdemokratie und Konsumvereinen erheben.

Der Schluss des Buches behandelt dann die verschiedenen Arten der Produzentengenossenschaften, wobei die vielen inneren und äusseren Schwierigkeiten derselben beleuchtet werden.

Der Zweck der vorliegenden Schrift schliesst rein theoretische Erörterungen aus, sie kann daher in dieser Richtung weder Zustimmung finden, noch Widerspruch wecken. Aber wenn der Verfasser den eigentlichen Sinn der Genossenschaft im Nachbarschaftsverband sieht, das heisst in dem Zusammenschluss eines engen Kreises von Genossen zu einer bodenständigen, auf persönlichem Zusammenhang und persönlicher Anteilnahme ruhenden Organisation, so erscheint dies doch eine sehr anfechtbare und zu sehr an dem Worte „Genosse“ haftende Anschauung zu sein, die Wygodzinski auch folgerichtig dazu verleitet, in den grossen, viele Tausende umfassenden Genossenschaften so etwas wie eine Entartungserscheinung zu sehen.

Alles in allem aber ist das Werk eine sehr sachkundige und nüchtern urteilende Schilderung des deutschen Genossenschaftswesens und kann jedem, der darüber orientiert sein will, empfohlen werden. Als Anhang ist eine kurze Uebersicht über die genossenschaftliche Literatur beigegeben.

E. Lenz.

## Arbeiterleben

Wie der Arbeiter lebt, wie die Umwelt auf ihn wirkt, vermag nicht genug geschildert zu werden. So mannigfach die Arbeiter nach Beruf, Erziehung, Anschauung, Bildungsstand, nach Herkunft und Interessenkreis sind, so mannigfach verschieden muss auch das sein, was sie erzählen können über sich und über die Wirkung der Welt auf sie. Dass wir hierüber noch viel zu wenig wissen, kann nicht bestritten werden; deshalb müssen wir über jede Vermehrung von Schilderungen der Arbeiter über sich dankbar sein. Trotz der nicht unerheblichen, wenn auch sympathischen Redaktion durch den Chef der Badischen Gewerbeinspektion Karl Bittmann ist das von ihm herausgegebene Buch „Deutsche Arbeiter, aus Reiseberichten von Arbeitern badischer Betriebe über die Weltausstellung in Brüssel 1910“ (Karlsruhe 1910, Friedrich Gutsch) ein sehr wertvolles, eigenartiges und in mancher Hinsicht auch unterrichtendes Buch. Arbeiter verschiedener Partei- richtung konnten unter anderm durch Unterstützung der Badischen Regierung unter sachkundiger Führung die Brüsseler Weltausstellung besichtigen. 126 Arbeitern wurde unter Aufwendung von 12.700 Mk. ermöglicht, zur Weltausstellung zu reisen und mit Einschluss der Reisezeit sechs Tage von Haus und Fabrik abwesend zu sein. Von den 126 Arbeitern waren 68 organisiert, darunter 52 in unseren Gewerkschaften. Alle Schilderungen, die in dem 173 Seiten starken Buche vereinigt sind, zum Teil Schilderungen der Reise, dann der Ausstellung, dann der Stadt Brüssel, endlich einzelner Gewerbe, sind interessant, nicht immer wegen des Inhalts, sondern wegen der Art, wie gesehen wurde und wie geurteilt wurde. Vor allem ist es sehr merkwürdig, wie verschieden sich die Arbeiter zu alter und neuer Kunst stellen. Wir finden Urteile über die gleichen Kunstwerke voll des grössten Beifalls, aber auch voll schroffer Ablehnung. Zahlreiche allgemeine Urteile über Schule, Bildungswesen, technischen Fortschritt, Bedeutung der Maschinerie, ja auch einige Urteile, die den Nationalpolitiker inter-



essieren würden, liessen sich aus dem Buche zusammenstellen, so wenn die Werke der verschiedenen Nationen nebeneinander gestellt werden, zum Beispiel französische, deutsche und belgische Schmucksachen, die Porzellanmalerei verschiedener Nationen. Es finden sich Urteile über das eigene und über fremde Völker, wobei ein starkes Selbstbewusstsein für die Leistungen der deutschen Industrie, aber erfreuliche Anerkennung für die künstlerischen und anderen Vorzüge fremder Nationen zum Ausdruck gelangen und scharfer Tadel für mangelhafte deutsche Leistungen durchaus nicht zurückgehalten wird. So sagt zum Beispiel ein Schlosser, der über den Lokomotivbau einen anschaulichen Bericht gibt, „dass der deutsche Arbeiter bestrebt sein muss, sich immer mehr auszubilden, praktisch und theoretisch, um gerüstet zu sein, damit der Vorsprung, den die Arbeit den anderen Nationen gegenüber hat, erhalten bleibt“. Ein Tapezierer schreibt: „Gewiss, Deutschland hat in moderner Wohnungskunst vor den Franzosen und Engländern das eine voraus, nicht an alten Formen hängen zu bleiben, aber die neuen Formen sind vielfach steif und gefühllos...“ Dieser Arbeiter schliesst seinen Bericht mit nachstehenden Sätzen: „Erfreulich und ausserordentlich übersichtlich war die deutsche Schulausstellung. Aber auch hier gab es einen Wermuttropfen in den Freudenbecher bei dem Gedanken, dass es halt doch nur Kinder der besser situirten Leute sind, denen die ganzen Vorteile der deutschen Schulbildung zuteil werden. Möge die Zeit der gänzlichen Schul- und Lehrmittelfreiheit kommen wie in Belgien.“ Bemerkenswert sind Ausführungen über Arbeiterhäuser, über die deutsche Spielwarenindustrie, über die Eisenindustrie und den Maschinenbau, über Werkzeugmaschinen, Mechanik etc. etc. Ein Schlosser erzählt, wie in seiner Jugendzeit die Schulen ausgestattet waren und wie nun die Musterschulen auf den Ausstellungen aussehen, wobei freilich zu beachten bliebe, dass die Schulen auf den Ausstellungen nur zu häufig anders aussehen wie in der Wirklichkeit.

Natürlich gäbe es sehr viel Anlass, mit den Berichterstatlern zu rechten. Aber das Buch wird erst dann seinem vollen Werte nach beurteilt werden, wenn man sich mehr um die Wirkung der Ausstellung auf die besuchenden Arbeiter, als um Einzelheiten der Berichterstattung dieser Arbeiter über die Ausstellung bekümmert. Wir glauben, dass jeder dieses Buch mit Interesse lesen wird, wir sind überzeugt, dass die Arbeiterbibliotheken vielen Dank ernten würden, wenn sie dieses eigenartige Buch ihren Benützern zur Verfügung stellen würden. ad. br.

## Verwaltung

In der Wiener Freien Staatswissenschaftlichen Vereinigung hat Professor Karl Brockhausen sechs Vorträge über „Oesterreichische Verwaltungsreformen“ gehalten, die ein bescheidenes Bändchen einem weiteren

Kreise zugänglich macht\*). Wer Brockhausens ältere Schriften kennt, wird in diesem Büchlein manches Bekannte wiederfinden. Aber Brockhausens Darstellungskunst lässt uns auch das uns schon Vertraute immer wieder in neuer Beleuchtung sehen. Und neben dem Alten finden wir auch hier wieder nicht wenig neue Gedanken.

Brockhausen will von der „Politik des zurzeit Erreichbaren“ sprechen. Die Verwaltungsreform soll innerhalb der Grenzen bleiben, wo sie noch nicht Staatsreform, Verfassungsreform ist; es soll angestrebt werden, was durchgeführt werden kann, „ohne den Schwebezustand zu ändern, in dem die nationalen Kräfte sich befinden“. Aber nur zwei Kapitel des Schriftchens, — das über „Beamtentum und Protektion“ und jenes über „Verwaltungstechnik“ — bleiben diesem Programm treu. So wenig sie ihren Gegenstand erschöpfen und so viel man gegen einzelne Vorschläge einwenden könnte, so enthalten sie doch ein Reformprogramm, dessen Durchführung im Rahmen der heutigen Staatsorganisation denkbar ist. Freilich, nicht mehr als denkbar! Denn wir halten es für sehr unwahrscheinlich, dass die von einer impotenten Gesetzgebung gelähmte, durch die Nationalisierung des Beamtenkörpers zersetzte österreichische Bureaucratie die Kraft zu einer Verwaltungsreform aufbringen wird, wenn nicht eine wirkliche Staatsreform sie dazu zwingt. In der Tat bleibt auch Brockhausen nichts anderes übrig, als, seiner Absicht entgegen, in das Gebiet wirklicher Staatsreformen überzugreifen. Das tut er in seinen Kapiteln über die Kreiseinteilung und über die Organisation der Selbstverwaltungskörper. Denn die von ihm hier geforderten Reformen kämen in ihren Folgeerscheinungen wirklicher Staatsreform gleich und sie liessen das nationale Kräfteverhältnis keineswegs unberührt. Es sind Reformen, deren Durchführung nicht anders als im Rahmen eines „nationalen Ausgleiches“ gedacht werden kann. So mündet die Analyse unserer Verwaltung stets und unvermeidlich in das nationale Problem.

Brockhausens Schrift ist nicht nur denen, die sich für die Probleme unserer Verwaltung interessieren, sie ist allen österreichischen Politikern zu empfehlen. Nicht nur darum, weil die grossen nationalen und sozialen Probleme mit dem Verwaltungsproblem eng verknüpft sind, sondern auch deshalb, weil in diesem Rahmen auch viele aktuelle Fragen der Tagespolitik in breiterem Zusammenhange erscheinen. Der böhmische Ausgleich, die Sanierung der Landesfinanzen, das Landtagswahlrecht, die Gemeindeverfassung, die Dienstpragmatik der Staatsbeamten, die Frage der Beamten- und Richterernennung werden mit kurzen, aber zu politischem Denken anregenden Bemerkungen gestreift. Wie Brockhausens Büchlein über das österreichische Gemeinderecht, gehört auch diese Schrift in die Hausbücherei jedes österreichischen Politikern. O. B.

\*) Brockhausen, „Oesterreichische Verwaltungsreformen“ Wien 1911. Franz Deuticke. 85 Seiten.